Hearing "Menschenrechte in der Türkei" - 11. Juni 1988, Hamburg

PRESSEMAPPE

zur Pressekonferenz - 13.3o Uhr, Curio-Haus

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Initiative für den Schutz der in die Türkei zurückkehrenden
Politischen Emigranten - I.S.P.E.

Nachfolgend finden sie den Wortlaut des Briefes, der am 8. Juni 1988 dem türkischen Generalkonsul durch eine Delegation im Namen der Unterzeichner überreicht wurde. Der Generalkonsul nahm den Brief nicht an und weigerte sich auch mit den beiden türkischen Gewerkschaftern zu sprechen, mit der Begründung, daß diese Asylanten seien. Den deutschen Delegationsteilnehmern teilte er mit, daß die Türkei ein Rechtsstaat sei, daß im Prozeß gegen Sargin und Kutlu alles nach Gesetz verlaufe und die Deutschen die türkischen Gesetze nicht genug kannten. Der Brief wurde später per Post zugestellt.

Hamburg, den 8. Juni 1988

Sehr geehrter Herr Generalkonsul,

Wir Unterzeichner haben zur Kenntnis bekommen, daß heute am 8. Juni 1988, beim Staatssicherheitsgericht in Ankara ein Prozeß gegen die Generalsekretäre der Arbeiterpartei und der Kommunistischen Partei der Türkei, Dr. Nihat Sargin und Haydar Kutlu eröffnet wird. In diesem Prozeß fordert der Staatsanwalt nach § 141 des türkischen StGB die Todesstrafe.

Wie die öffentlichkeit unseres Landes, über alle Parteigrenzen hinaus, sind auch wir empört darüber, daß in einem Verbündeten Land Menschen wegen ihrer politischen Überzeugung verhaftet, gefoltert und vor Gericht gestellt werden, gegen sie langjährige Haftstrafen oder gar die Todesstrafe verhängt werden soll. Und das in einer Situation, in der von der Demokratisierung Ihres Landes die Rede ist.

Neben zahlreichen Organisationen und Persönlichkeiten aus allen gesellschaftlichen Bereichen hat u.a. auch "amnesty international" ihren Protest ausgesprochen. amnesty international hat die Herren Dr. Nihat Sargin und Haydar Kutlu zu den "Politischen Gefangenen des Monats Juni" erklärt.

Diese beiden Oppositionspolitiker stehen als Symbol für zehntausende politisch Verfolgte, Gefolterte und in Haft gehaltene Menschen in Ihrem Land.

Wir schließen uns der Auffassung an, daß in der Türkei keine Demokratie im eigentlichen Sinne gewährleistet

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

werden kann, solange die §§ 141, 142 u.a. im turkischen StGB existieren. Deshalb fordern wir die sofortige Aufhebung dieser Paragraphen und die Freilassung aller politischen Gefangenen.

Dr. Nihat Sargin und Haydar Kutlu müssen unverzüglich freigelassen und der Prozeß gegen sie eingestellt werden.

Wir sind der Meinung, daß die Einhaltung der Menschenrechte in einem Land wie die Türkei, die sich in internationalen Abkommen dazu verpflichtet hat, nicht als eine interne Angelegenheit betrachtet werden kann, zumal wir uns der Sorge der in Hamburg lebenden Mitmenschen aus der Türkei hinsichtlich Demokratie und Menschenrechten in ihrer Heimat gegenüber nicht gleichgültig verhalten können.

Hochachtungvoll
i.N. der Unterzeichner

Tina Lakemeier

unterzeichnet von

Christiane Albrecht, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hamburg
Suat Esinsel, Gewerkschafter
Helmut Frenz, Pastor
Prof. Ingrid Kurz, Hochschullehrerin
Tina Lakemeier, Initiative für den Schutz der in die Türkei zurückkehrenden politischen Emigranten - I.S.P.E.
Erhan Özcelik, Journalist
Prof. Dr. Norman Paech, Hochschullehrer
Christa Randzio-Plath, Mitglied der Bürgerschaft SPD
Dorothea Sölle, Theologin
Murat Tokmak, Gewerkschafter

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

F.D.P.
Die Liberalen

Gerhold Hinrichs
Mitglied der
Hamburgischen Bürgerschaft

Postanschrift:
Oevelgönner Str. 9
2000 Hamburg 20
Tel.: 850 27 25

Büro:
Plan 5 (1. Etage)
2000 Hamburg 1
Tel.: 33 84 70
Fax : 36 69 41

Mitarbeiter:
Herr Beckhusen
Tel.: 850 83 80 /
33 84 70

Herrn
Bundesminister
Hans-Dietrich Genscher

Auswärtiges Amt
Adenauerallee 101
5300 Bonn 1

Hamburg, den 08.06.88

Sehr geehrter Herr Minister Genscher,

in den nächsten Tagen beginnt in Ankara der Prozeß gegen den Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP), Haydar Kutlu und gegen den Generalskretär der Arbeiterpartei der Türkei (TIP), Dr. Nihat Sargin.

Sie sind am 16. November 1987 nach mehrjährigem Exil in die Türkei zurückgekehrt mit der Absicht, die aus dem Zusammenschluß der beiden Parteien hervorgehende Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei (TBKP) zu gründen. Unmittelbar nach der Einreise wurden beide Politiker festgenommen. Nach Angaben ihrer Anwälte wurden sie unter Folterbedingungen 19 Tage lang verhört.

Mittlerweile hat die Staatsanwaltschaft die Anklageschrift veröffentlicht. Die Anklage gegen Sargin und Kutlu stützt sich u.a. auf die §§ 140, 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches. Mit diesen Paragraphen werden

- die Verbreitung mißliebiger Informationen im Ausland mit mindestens 5 Jahren Gefängnis bestraft;
- die Gründung von Parteien und Organisationen, deren Politik sich gegen die wirtschaftliche und soziale Grundordnung der Türkei richtet, mit schwerer Gefängnisstrafe zwischen 5 und 8 Jahren bestraft; Parteiführern droht im Falle der Leitung mehrerer solcher Organisationen die Todesstrafe.

Die Ankläger fordern insgesamt mehrerer Hundert Jahre Gefängnis für beide Politiker.

Das ganze Verfahren und ähnlich geführte Prozesse zeigen, daß die Menschenrechte in der Türkei nicht zur Geltung kommen. Dabei verstößt das türkische Strafgesetzbuch und die Praxis der Rechtssprechnung insbesondere gegen den Artikel 19, der das

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Recht auf freie Meinungsäußerung und -verbreitung fordert.

Das Europäische Parlament hat deshalb die umgehende Freilassung von Kutlu und Sargin gefordert.

Sehr geehrter Herr Genscher, die Bürgerschaftsfraktion der F.D.P. möchte Sie herzlich bitten, sich anläßlich des Prozesses für die Freilassung von Sargin und Kutlu einzusetzen. Wir sind der Auffassung, daß der Schutz der Menschenrechte auch vor den Grenzen befreundeter Staaten und Bündnispartner nicht halt machen darf.

Mit freundlichen Grüßen

(Gerhold Hinrichs)
- ausländerpolitischer
Sprecher der F.D.P.-
Bürgerschaftsfraktion -

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

BEM - PRESSEZENTRALE EINHEIT, Moltkestr. 45, 4100 Duisburg 1
Tel: 0203/340395 Tfx: 0203/339229 Tlx: 855367

Neuer Politischer Prozeß in Ankara

Heute morgen (8.Juni 1988) begann in Ankara in dem Gebäude des Staatssicherheitsgerichts der Prozeß gegen Dr. Nihat Sargin und Haydar Kutlu. Pressevertreter wurden in den Gerichtssaal nicht hineingelassen. Etwa 1000 Personen , darunter auch Prozeßbeobachter aus Europa hatten sich vor dem Gerichtsgebäude versammelt. Mehrere sozialdemokratische Abgeordnete der SHP, bekannte Schriftsteller (Yasar Kemal) und Komponisten (Rahmi Saltuk, Zülfü Livaneli) sowie Persönlichkeiten aus dem politischen Leben wie M.A. Aybar, Cenan Bicakci und Dogu Perincek, Sadun Aren, sowie Gewerkschaftler wollten an dem Prozeß teilnehmen.

Es wurde beobachtet, daß bereits ab 7.30 Uhr im Bereich des Staatssicherheitsgerichtes starke Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden waren. Auf Dächern und Balkonen der umliegenden Häuser waren Scharfschüzen postiert.

Gegen 8.40 wurden Kutlu und Sargin mit zwei geschlossenen Gefängnisfahrzeugen zum Gericht gebracht. Sie wurden von den Versammelten mit lang anhaltendem Beifall begrüßt. Man hörte, wie Haydar Kutlu an der Pforte des Gerichts rief: "Es lebe die Demokratie!"

Nur ein geringer Teil der Anwälte und der Beobachter durfte das Gebäude betreten. Von den ausländischen Beobachtern wurden nur die Parlamentariern und der bekannte griechische Komponist Mikis Theodorakis hineingelassen. Von den insgesamt 420 Anwälten, die Sargin und Kutlu verteidigen, durften nur wenige den Saal betreten. Deswegen gab es heftige Auseinandersetzungen zwischen den Rechtsanwälten und der Polizei. Die ausgeschlossenen Rechtsanwälte machten darauf aufmerksam, daß ihre nicht Zulassung eine willkürliche Untergrabung des Rechts auf Verteidigung darstellt.

Vor dem Beginn der Verhandlung stellten die Anwälte den Antrag, einen Größeren Raum bereitstellen zu lassen, damit zumindestens alle Anwälte an dem Prozeß teilnehmen können. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Daraufhin verließen die Anwälte zum Protest für einen Tag die Verhandlung.

Die in- und ausländischen Pressevertreter, die nicht zur Verhandlung zugelassen wurden, protestierten dagegen, indem sie ihre Fotoapparate, Kameras und Taschen eine zeitlang vor dem Gerichtsgebäude ablegten. Die versammelte und ebenfalls nicht zugelassene Menschenmenge unterstützte diesen Protest mit Beifall. In den Verhandlungssaal wurden nur die Vertreter des staatlichen Rundfunks und Fernsehens (TRT) hineingelassen. Später konnten sich weiter 7 Journalisten Eingang in den Verhandlungssaal verschaffen.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMALARI

Von den türkischen Besuchern, die gekommen waren, um den Prozeß zu beobachten, wurden keinem einzigen Einlaß gewährt. Jedoch sind diese Personen vor dem Gerichtsgebäude verblieben. Es wurde beobachtet, daß der pensionierte Kraftfahrer Idris Erdinc in der Menge einen Anfall erlitt. Er wurde ins Krankenhaus gebracht. Erdinc war schon 1946 und später 1951 als Kommunist verhaftet und angeklagt gewesen.

Sargin (Generalsekretär der Arbeiterpartei der Türkei) und Kutlu (Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Türkei) werden von 420 Anwälten verteidigt. Diese Zahl stellt für die Türkei einen Rekord dar und zeigt das große Interesse, das diesem Prozeß entgegen gebracht wird. Am letzten Freitag waren in Istanbul 41 Tausend Unterschriften der öffentlichkeit bekannt gegeben worden, die für die Freilassung von Kutlu und Sargin gesammelt worden waren.

Über 70 Beobachter aus fast allen europäischen Staaten und Kanada sind nach Ankara gereist. Aus der Bundesrepublik fuhren unter anderen Prof. Dr. Norman Paech (im Namen der Vereinigung Demokratischer Juristen und Juristinnen), Rechtsanwalt Horst Isola (im Namen der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen), Rechtsanwältin Barbara Klawitter (im Namen des Republikanischen Rechtsanwaltsvereins), Prof.Dr.K.Liebe-Harkort (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft), ein Bundestagsabgeordnter der Grünen und eine Delegation der DKP. Der Europaabgeordnete der SPD, L. Fellermeier, soll in den nächsten Tagen im Auftrag der SPD Bundestagsfraktion sich an Ort und Stelle über den Prozeß informieren. Aus Griechenland ist eine große Gruppe von Prozeßbeobachtern, in der alle Parteien vertreten sind, mit Mikis Teodorakis an ihrer Spitze nach Ankara gefahren. Auch Amnesty International (London) hat zwei Beobachter nach Ankara geschickt.

Der Staatsanwalt fordert für Kutlu und Sargin je etwa 500 Jahre Gefängnisstrafe. Sie werden nicht wegen irgendwelchen Gewaltverbrechen, sondern allein wegen ihren politischen Überzeugungen angeklagt. Diese Tatsache wird auch in der unten zitierten Erklärung festgestellt, die bis heute von 104 Europaabgeordneten unterschrieben worden ist. Das Europaparlament hatte bereits am 19. November 1987 die sofortige Freilassung der beiden Politiker und die Gewährleistung ihres Rechts auf freie politische Betätigung verlangt. Amnesty International hat Sargin und Kutlu für Juni zu "Gefangenen des Monats" erklärt.

Der genaue Text der Erklärung, die bis heute von 104 Europaabgeordneten unterschrieben wurde:

ERKLÄRUNG

"Der Prozeß gegen Kutlu und Sargin beginnt am 8.Juni in Ankara. Der Staatsanwalt gibt in der Anklageschrift zu, daß den beiden Generalsekretären keine Gewalttaten vorzuwerfen sind (Seite 62). In der Anklageschrift heißt es ausdrücklich, daß Kutlu und Sargin erstens wegen ihrer

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARŞİVİ

kommunistischen Gedanken (S. 14) und Überzeugungen und zweitens wegen ihres Eintretens für die demokratischen Rechte des kurdischen Volkes (S. 118) verurteilt werden sollen. Die Anklageschrift ist ein neuer Beweis für die Tatsache, daß der Prozeß gegen Kutlu und Sargin die Artikel 9, 10, 11 der europäischen Menschenrechtskonvention verletzt. Dieser Prozeß steht auch im Widerspruch zu den bisherigen Erklärungen der türkischen Regierung, in der Türkei demokratische Verhältnisse schaffen zu wollen.

Wir appellieren an die türkische Regierung, die beiden Generalsekretäre und alle anderen Personen, die wegen ihren Überzeugungen verfolgt werden, unverzüglich freizulassen und die notwendigen Änderungen des türkischen Strafgesetzbuches zu veranlassen, damit die Meinungsfreiheit und die Freiheit der politischen Betätigung auch in der Türkei gewährleistet sind."

KOMMENTAR

Kutlu und Sargin, die sich seit dem Militärputsch im Jahre 1980 im europäischen Exil befanden, waren im November 1987 auf legalem Wege in die Türkei zurückgekehrt. Es war ihre erklärte Absicht, eine neue kommunistische Partei (die Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei) zu gründen. Diese neue Partei sollte aus der Vereinigung der Arbeiterpartei der Türkei und der Kommunistischen Partei der Türkei hervorgehen.

Sargin und Kutlu wurden noch auf dem Flughafen von Ankara festgenommen und 19 Tage lang verhört und gefoltert. Danach wurden sie einem Richter vorgeführt, der sie verhaftete. Sie befinden sich seitdem im Gefängnis.

Die türkische Regierung stellt sich auf den Standpunkt, daß in der Türkei bestimmte Meinungen und Ansichten, darunter auch kommunistische Gedanken, verboten sind und daß die entsprechenden Gesetze angewandt werden müssen. Der Prozeß gegen Kutlu und Sargin sei völlig gesetzlich.

Doch die Gesetze, auf die sich die türkische Regierung beruft (es handelt sich insbesondere um die Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches), sind im Jahre 1936 aus dem Strafgesetzbuch Mussolini Italiens übernommen worden und stehen im Widerspruch zu den Menschenrechten. Diese Paragraphen werden nicht nur gegen die Kommunisten, sondern gegen die gesamte linke Opposition eingesetzt. Zur Zeit gibt es zahlreiche Journalisten, die aufgrund dieser Paragraphen und nur wegen ihren Schriften jahrzehntelange Haftstrafen verbüßen müssen. Die Berufung auf solche Gesetze ist nicht ein Zeichen der Rechtstaatlichkeit, sondern lediglich ein Beweis dafür, daß in der Türkei Meinungsfreiheit und Demokratie nicht gewährleistet sind.

Die Türkei ist Mitglied des Europarates und der NATO. Sie hat die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft beantragt. Die türkische Regierung hat sich feierlich verpflichtet, die Menschenrechte zu respektieren.

TÜRKIYE SOSYAL TARIH ARASTIRMA VAKFI

Türkiye Türklerindir

Hürriyet

40 YIL

10 Haziran 1988 Cuma

Kurucusu: Sedat Simavi 1896-1953

D 7636 A

Almanya	DM 1.20
Avustralya	A$ 1.50
Avusturya	öS 9
Belçika	BFr 25
Danimarka	DKr 7.50
Fransa	FFr 4
Hollanda	Fl 1.50
İngiltere	£ 0.40
İsveç	SKr 6
İsviçre	SFr 1.10
İtalya	L 1200
Lüksemburg	LFr 27
Norveç	Nkr 6

10.06.1988
Freitag
Nr: 134/23 • 14508

SSK'dan izincilere uyarı

'Özel doktordan rapor almayın'

● Sosyal Sigortalar Kurumu İstanbul Bölge Sağlık Müdürlüğü yetkilileri, anavatana izine gelen işçilerin yaz tatilini uzatmak amacıyla rapor alma yoluna gitmemelerini istediler. Yetkililer, sözleşmeli sigorta doktorlarının istirahat ve rapor vermeye hakları olmadıklarını belirttiler.

● 9. sayfada

Kutlu–Sargın davasında, yerli-yabancı basın ve gözlemciler ile sanıklardan ortak ses:

"BÖYLE DURUŞMA OLMAZ"

ÜNLÜLERDEN DESTEK Mehmet Ali Aybar, Zülfü Livaneli, Yaşar Kemal, Mikis Theodorakis ve Yunanlı avukat Dimitris Trikulkis (soldan sağa) duruşmanın yapılacağı mahkeme binası önünde bir araya gelerek sohbet etti. Theodorakis bir gazetecinin, "Kutlu ve Sargın mahkum olursa ne yapacaksınız?" sorusuna,"Kampanya başlatacağız" cevabını verdi...

● Yasadışı Türkiye Komünist Partisi Genel Sekreteri Haydar Kutlu ile Türkiye İşçi Partisi Genel Sekreteri Nihat Sargın' ın, 7 ay sonra dün, olaylı başlayan duruşmaları olaylı sürdü... Devlet Güvenlik Mahkemesi önünde olağanüstü bir gün yaşanırken, alınan güvenlik önlemleri ile çevrede kuş uçurtulmadı...

● **Yabancı ve yerli izleyiciler, basın mensupları ve sayıları 250'yi bulan savunma avukatlarından büyük bölümü mahkeme salonuna giremeyince, protestolar yükseldi. Protestocular, "Böyle duruşma olmaz" derken, Mahkeme Heyeti, yargılamanın bina dışına konulan hoparlörden dinlenebileceğini ve aleniyetin sağlandığını açıkladı.**

● Duruşmayı Yunanlı, İngiliz, Fransız parlamenter ile ünlü bestekâr Theodorakis, Yazar Yaşar Kemal, eski TİP Genel Başkanı Mehmet Ali Aybar ve çok sayıda yabancı gazeteci izledi.

● **Bina önündeki bir grup, sanıkları alkışladı. Gruptan 4 kişi gözaltına alındı. Kutlu ve Sargın, duruşmaya elleri kelepçeli olarak getirildi. İddianamenin okunmasıyla geçen duruşma, 17 Haziran'a ertelendi.**

● 9. sayfada

FOTOĞRAF ÇEKTİRDİLER Haydar Kutlu ile Nihat Sargın'ın dün başlayan davasında, Ankara Devlet Güvenlik Mahkemesi olağanüstü bir gün yaşadı. Sükûneti bozdukları gerekçesiyle dışarı çıkarılan gazetecilere, sanık avukatlarının itirazı üzerine fotoğraf

Maden şehitlerimizin cenaze töreninde gözyaşları sel oldu

Kalbimize gömdük

Freitag, 10 Juni 1988
Nr. 14670/23

Milliyet
Halk Gazetesi

12 SAYFA 120 PFENNİG

CUMA 10 HAZİRAN 1988

D 7582 A

Theodorakis ile Avrupalı parlamenterler de izledi

DGM'de tezahürat

● Haydar Kutlu ile Nihat Sargın'ın yargılanacakları binanın önünde toplanan 1500 kişi, elleri kelepçeli sanıklara lehte tezahürat yaptı. Kutlu ise, "Demokrasi mücadelemiz sürüyor" diye bağırdı

HABERİ 7. SAYFADA

KUTLU-SARGIN DAVASI OLAYLI BAŞLADI

Avukatlar terk etti

Tahta parmaklıklar ARDINDA

Türkiye Birleşik Komünist Partisi (TBKP)'ni kurmak için Türkiye'ye geldikleri 16 Kasım 1987 tarihinde önce gözaltına alınan ve daha sonra Ankara DGM'ce tutuklanan ***Haydar Kutlu ve Nihat Sargın'ın*** *yargılanmalarına dün başlandı. Duruşmada tahta parmaklıklar ardında oturan TİP ve TKP genel sekreterlerinin sakin oldukları gözlendi.*

● Türkiye Birleşik Komünist Partisi'ni kurmak amacıyla 16 Kasım'da Türkiye'ye dönen ve gözaltına alınan TKP Genel Sekreteri Haydar Kutlu ile TİP Genel Sekreteri Nihat Sargın, dün Ankara Devlet Güvenlik Mahkemesi'nde yargılanmaya başladılar

● **Savunma avukatlarının ve dinleyicilerin büyük bölümünün, duruşma salonuna alınmaması, tepkilere yol açtı**

● İçlerinde Mehmet Ali Aybar ve Halit Çelenk'in bulunduğu altı avukat, 483 avukatı temsilen verdikleri dilekçede sağlıklı savunma yapamayacakları için duruşma salonunu terk ettiler. Duruşma verilen bir ara kararla 17 Haziran'a ertelendi. Polis 4 kişiyi gözaltına aldı

HABERİ 7. SAYFADA

Duruşmayı izlediler *Kutlu ve Sargın'ın dün başlayan duruşmalarını izlemek üzere DGM önünde buluşanlar arasında (soldan sağa) TİP eski Genel Başkanı ve sanıkların avukatı* **Mehmet Ali Aybar,** *sanatçı* **Zülfü Livaneli,** *yazar* **Yaşar Kemal** *ve Yunanlı besteci* **Mikis Theodorakis** *de yer aldı.* **Livaneli** *ve* **Kemal** *duruşma salonuna giremedi.*

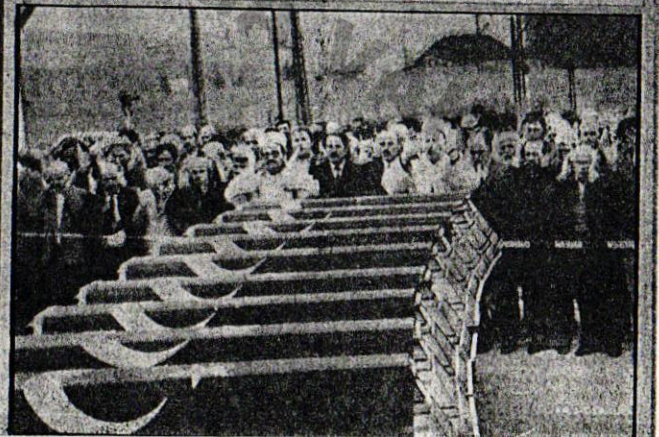
● ***İnönü bastırdı, kurultay İstanbul'suz***

Solun hesaplaşma PLANI...

● İstanbul il kongresinin iptali üzerine dün sabah toplanan Sosyaldemokrat Halkçı Parti (SHP) Meclisi'nde genel başkan adayı İsmail Cem, 25-26 Haziran'da yapılacak kurultayın ertelenmesi yolunda önerge verdi

● **Toplantıya katılan 38 üyeden 17'si önergenin lehinde oy kullanırken, Baykalcı grup oy vermedi. 20 oyluk salt çoğunluk sağla-**

Alman Cumhurbaşkanı da katıldı



SABAH 5.5

tayı nacak

si yaratırken
neri reddedildi

yıp İstanbul'dan kaybettiğim gücü başka bir yerden bulacağım."

ERCAN KARAKAŞ: "İstanbul'suz kongre olamayacağı için kurultay ertelenmelidir."

RIZA YILMAZ: "İstanbul Van ve Bingöl'ün 106 olan delege sayısı büyük kurultayın onda biridir. Kurultay mutlaka ertelenmelidir"

MEHMET MOĞOLTAY: "Kurultay ertelenmezse yönetimin meşruiyeti tartışılır"

TÜRKAN AKYOL: "Skandal. Büyük sürpriz. Bu sosyal demokratlara ne oluyor böyle. SHP'nin başına kurşun döktürtelim bari."

UĞUR CİLASUN: "İstanbulsuz kurultayı Ankara örgütü olarak protesto eder, katılmayabiliriz"

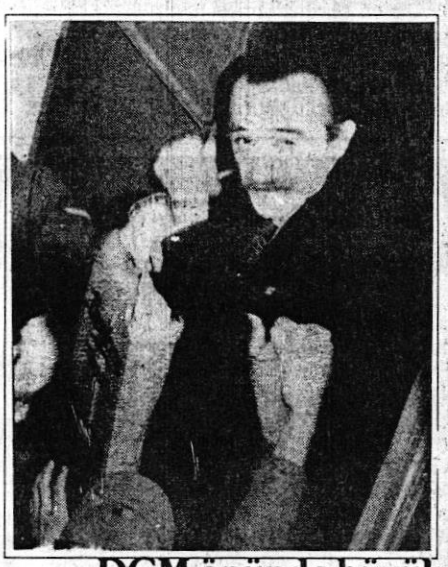
FEHMİ IŞIKLAR: "Kurultayın sağlıklı yapılması için ertelenmesi şarttır."

"MİT'teki çürümeyi ortaya çıkardığımız için hedef olduk"

2000'e Doğru Dergisi Genel Yayın Yönetmeni **Doğu Perinçek,** derginin "birbuçuk yıldan beri **MİT'teki çürümeyi açığa çıkardığı** ve bu örgütün dokunulmazlığını yıktığı" için hedef alındığını öne sürdü.

Perinçek ,MİT raporunu yazdığı iddia edilen **Mehmet Eymür'**ün raporla ilgili olarak verdiği ifadede, kendisinin üstü kapalı olarak **MİT** ya da bir başka **istihbarat örgütü ajanı** olarak suçlandığını ifade etti. **Eymür'**ün açıklamaları üzerine Perinçek yaptığı açıklamada, şunları söyledi:

"**2000'e Doğru Dergisi**, birbuçuk yıldır yaptığı yayınlarla MİT'teki çürümeyi açığa çıkardı, bu **örtüğün dokunulmazlığını** yıktı. Ayrıca, Hiram Abas Mehmet Eymür ekibinin bu çürümedeki rolünü ortaya



DGM önünde büyük bir kargaşa yaşandı

TBKP yöneticileri Haydar Kutlu ve Nihat Sargın'ın DGM'ye getirilişlerinde büyük bir kargaşa yaşandı. Güvenlik görevlileri Kutlu ve Sargın'ı tek tek cezaevi arabasından indirirken, toplanan kalabalık da onlara çiçek vermeye çalıştı.

Kutlu ve Sargın'ın duruşması tam bir kargaşa ile başladı

● Türkiye'ye geldikleri günden beri tutuklu olan TBKP yöneticileri Haydar Kutlu, Nihat Sargın ve arkadaşlarının Ankara DGM'de yargılanmalarına dün başlandı. 160 kişilik DGM salonuna 300'ü aşkın avukat ile yabancı ülkelerden gelen konuklardan 3-5'i zorla sığdırıldı. 200 basın mensubu ile dinleyiciler salona giremedi

ANKARA- Türkiye Birleşik Komünist Partisi (TBKP) yöneticileri **Haydar Kutlu** ve **Nihat Sargın** ile 21 arkadaşının yargılanmasına dün **Ankara DGM** salonunda başlandı. DGM salonunun yetersiz oluşu, davayı izlemek üzere gelen 200'ü aşkın yerli ve yabancı basın mensubu ile çeşitli ülkelerden de aralarında izleyicilerin bulunduğu 400 kişiyi aşkın bir grup ile görevliler arasında **tartışmalar** çıktı. Dava sanıklarının müdafi olarak yargılamayı izlemek için gelen 400 avukattan ancak 300'ü duruşma salonuna girmeyi başardı. **Avrupa** ülkelerinden gelen parlamenter ve hukukçulardan ancak 5'i salona girebildi. DGM önüne yığılan kalabalık alkışlarla içeriye giremeyi protesto etti.

Çok sakindiler-Ankara DGM'deki duruşma sırasında hakim foto muhabirlerinin fotoğraf çekmelerine sanıkların istemediği gerekçesiyle izin vermedi. Bunun üzerine avukatlar ve sanıktlar resim çekilmesini istediklerini belirttiler. Kutlu ve Sargın'ın duruşma sırasında sakin oldukları gözlendi.

Avukat Halit Çelenk, salonun küçük olmasının sanıkların **savunma hakkını engellediğini** belirterek daha geniş bir salon istedi. Sargın da tam aleniyetin sağlanmasını talep etti. Ancak mahkeme heyeti bu istekleri kabul etmedi.

Davanın öğleden sonra başlayan ikinci otu-

GÜNAYDIN S. 2

İKA / POLİTİKA

İzdihamdan bayılanlar oldu

Türkiye Komünist Partisi liderlerinin Ankara Devlet Güvenlik Mahkemesi'ndeki duruşmaları tam bir kargaşa içinde başladı. Salonun darlığı nedeniyle içeriye alınmayan yerli ve yabancı gazetecilerle Avrupa'dan gelen gözlemciler, bu durumu Devlet Güvenlik Mahkemesi'nin kapısı önünde uzun süre alkışlayarak protesto ettiler. İzdiham sırasında kalp krizi geçiren bir vatandaş hastaneye kaldırıldı.

Kutlu ve Sargın sakindi

Türkiye Birleşik Komünist Partisi (TBKP) liderleri Haydar Kutlu (Solda) ve Nihat Sargın'ın oldukça sakin olduklari gözlendi. Haydar Kutlu, cezaevi arabasından indirilirken "Yaşasın demokrasi" diye bağırdı. Komünist liderlerin duruşmasına bugün de devam edilecek.

Olaylı duruşma

Komünist liderler Haydar Kutlu ve Nihat Sargın'ın Ankara Devlet Güvenlik Mahkemesi'nde başlayan duruşmalarında çok sayıda avukat, gazeteci ve izleyicinin salona sığamaması nedeniyle olaylar çıktı.

Sabahın erken saatlerinden itibaren mahkeme önünde toplanan kalabalığın meydana getirdiği izdihamda bayılanlar oldu. Mahkemeye alınmayan gazeteciler fotoğraf makinelerini caddeye bırakarak olayı protesto ettiler.

•Taşkın ŞENOL•

ANKARA- Yasa dışı Türkiye Birleşik Komünist Partisi liderleri Haydar Kutlu ve Nihat Sargın'ın Ankara DGM'de başlayan ilk duruşması enterasan görüntülere sahne oldu. Duruşmayı izlemek isteyen basın mensupları, savunma avukatları ve Avrupalı gözlemciler salonun küçük olduğu gerekçesiyle içeri alınmayınca tartışma çıktı.

DGM Başsavcısı Nusret Demiral'ın duruşmayı izlemek için sadece TRT'ye izin vermesi büyük tepkilere yol açtı. Polisle tartışmaya giren yerli ve yabancı basın mensupları ile bazı izleyiciler tartaklandı. Gazeteciler fotoğraf makinelerini ve çantalarını DGM önündeki yol üzerine bırakırken avukatlar da cübbelerini çıkararak protesto eylemine katıldılar. Bu durumu DGM penceresinden izleyen başsavcı Nusret Demi-

Duruşmaya giremediler

Kutlu ve Sargın'ın duruşmasını izlemek üzere Yaşar Kemal, Yunanlı besteci Theodorakis, Zülfü Livaneli gibi ünlüler Ankara'ya geldiler. Ancak bunlardan sadece Theodorakis özel ricalarla salona alındı...

a bin kişi n öldü !

güneyinde, Bahr El-Gazal bölfta içinde yaklaşık 1000 kişinin

mensuplarına yaptıkları açıkla- ı ve çocuk olduğunu, ölü sayısı- diğini belirttiler.

dan Halk Ordusu'nun kontrolü ltecilerin, bu kente geldiklerini ecinin açlıktan öldüğünü kay-

Dokuzuncu Köy

HAZİRAN 1988
10
Cuma
10. JUNI 1988/23
FREITAG 9667
D 6703 A

Halk'a ve olaylara
Tercüman

HER SABAH DÜNYA YENİDEN KURULUR. HER SABAH TAZE BİR BAŞLANGIÇTIR

Gurbet şehitleri vatan toprağına defnedilmek üzere Türkiy

Başbakan Yardımcısı ve Fleman Partisi üyelerinin terör örgütleri PKK ve ETA'ya yataklık ettikleri iddiası siyasî bir krize yol açıyor. İçişleri Bakanı komutanlar ile bir toplantı yaptı

Kutlu ve Sargın adalet önünde

TKP'den yargı şovu

Yunanlı ve Avrupalı komünistler, SHP'nin "Sol Kanat"ı ve bir miktar sempatizan "uluslararası dayanışma" gösterisi yaptılar

● Yunanlı komünist sanatçı Teodorakis, "şov"u "uluslararası dayanışma" olarak niteledi. Bazı Avrupalı komünist parlamenterlerden başka, "Sol Kanat"tan 5 SHP milletvekili, Perinçek, Aybar, Zülfi Livaneli ve Yaşar Kemal de "izleyiciler" arasındaydılar

HABERİ 7. SAYFADA

Notlar

Kırmızı gül kırmızı karanfil

● Yaşar Kemal espri yapıyordu: "Bu Haydar'ı hep ben sakladım, bize çok çektirdi, şimdi de çektiriyor"

HABERİ 7. SAYFADA

BEŞİ BİR YERDE!- Ankara Devlet Güvenlik Mahkemesi'ndeki duruşmayı takibe gelenler arasında ünlü isimler de vardı. Mehmet Ali Aybar, Yunan besteci Mikis Teodorakis, Yaşar Kemal ve Zülfü Livaneli DGM önünde birlikteydiler.

İşbirliği iddiaları
Başlangıçta "basit bir siyasî iltimas" olayı olarak kabul edilen ve "yolsuzluk"ları fazla kurcalanmayan Belçika Milliyetçi Flaman Partisi'nin bazı üyelerinin PKK ve ETA militanlarına yataklık yaptıkları da ileri sürülünce araştırma genişletildi

Soruşturma
Aralarında bir de başbakan yardımcısı ve bütçe bakanının da bulunduğu sözkonusu kişiler, kendilerini itham eden arkadaşlarını polis ajanı olmakla, gizli servislerin de telefonlarını dinletmekle suçladılar

Sıtkı Uluç'un haberi 8. sayfada

Bolşevizm'in kirli çamaşırları birer birer ortaya dökülüyor

Schlagzeilen über den Prozeßbeginn gegen Dr. Nihat Sargin und Haydar Kutlu in der türkischen Tagespresse vom 10.6.1988 (Europa-Ausgabe. Entspricht der Türkei-Ausgabe vom 9.6.1988)

HÜRRIYET

(1. Seite)
Einhellige Meinung der in- und ausländischen Presse, der beobachter und der Angeklagen:

"DAS KANN MAN KEINE GERICHTSVERHANDLUNG NENNEN"

* Der Prozeß gegen den Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Türkei, Haydar Kutlu, und den Generalsekretär der Arbeiterpartei der Türkei, Nihat Sargin begann nach 7 Monaten gestern ereignisreich und wurde unter Ereignissen fortgeführt... Vor dem Staatssicherheitsgericht wurde ein ungewöhnlicher Tag erlebt. Es waren sehr scharfe Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden.

* Als die in- und ausländischen Beobachter, Mitglieder der Presse und ein großer Teil der 250 Verteidige nicht in das Verhandlungssaal gelassen wurden, wurde Protest erhoben. Die Protestierenden meinten: "Das kann man keine Gerichtsverhandlung nennen." Demgegenüber erklärte das Gericht, daß außerhalb des Gebäudes Lautsprecher angebracht worden seien und so die öffentlichkeit des Verfahrens gewährleistet sei.

* Griechische, englische und französische Parlamentarier, der berühmte Komponist Theodorakis, der Schriftsteller Yasar Kemal, der frühere Vorsitzende der TIP (Arbeiterpartei der Türkei) und zahlreiche ausländische Journalisten wohnten der Verhandlung bei.

* Eine Gruppe vor dem Gerichtsgebäude applaudierte die Angeklagten. 4 Personen aus der Gruppe wurden festgenommen. Kutlu und Sargin wurden mit Handschellen zur Verhandlung gebracht. Das Verfahren, in dem die Anklageschrift verlesen wurde, wurde auf den 17. Juni vertagt.

Bildunterschriften

Bild links:
UNTERSTÜTZUNG DURCH BEKANNTE PERSÖNLICHKEITEN. Mehmet Ali Aybar, Zülfü Livaneli, Yasar Kemal, Mikis Theodorakis und der griechische Rechtsanwalt Dimitris Trikulkis (von link nach rechts) kamen vor dem Gerichtsgebäude zusammen und unterhielten sich. Auf die Frage eines Journalisten, was sie denn machen würden, wenn Kutlu und Sargin verurteilt werden, antwortete Theodorakis: Wir werden eine Kampagne starten...

Bild rechts:
SIE LIESSEN FOTOGRAFIEREN. In der Verhandlung gegen Haydar Kutlu und Nihat Sargin, die gestern eröffnet wurde, erlebte das Staatssicherheitsgericht einen außerordentlichen Tag. Die Reporter wurden mit der Begründung, sie würden die Verhandlung stören, zuerst ausgesperrt. Nach dem Einwand der Verteidiger wurde ihnen erlaubt, aufnahmen zu machen. Sie mußten danach wieder den Saal verlassen. Kutlu und Sargin beschwerten sich darüber, daß die Verhanlung nicht verfolgt werden konnte.

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYALİZM ARAŞTIRMA VAKFI

MILLIYET

(1. Seite - links)
Ereignisreiche Eröffnung des Prozesses gegen Kutlu und Sargin

DIE VERTEIDIGER VERLIESSEN DIE VERHANDLUNG

* Der Prozeß gegen den Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Türkei, Haydar Kutlu, und den Generalsekretär der Arbeiterpartei der Türkei, Nihat Sargin, die am 16. November 1987 in die Türkei zurückkamen um die Vereinigte Kommunistische Partei zu gründen, bagann gestern im Staatssicherheitsgericht in Ankara.

* Der große Teil der Verteidiger und Beobachter wurde nicht in den Saal gelassen, was zu heftigen Protesten führte.

* 6 Anwälte - unter ihnen Mehmet Ali Aybar und Halit Celenk - reichten im Namen der 438 Verteidiger einen Antrag ein, in dem sie erklärten, daß ihnen nicht die Möglichkeit einer ordentlichen Verteidigung gegeben wird, und verließen den Verhandlungssaal. Die Verhandlung wurde auf den 17. Juni vertagt.

(Rechts oben)
* Theodorakis und europäische Parlamentarier waren Beobachter

OVATIONEN IM STAATSSICHERHEITSGERICHT

* 1500 Personen, die sich vor dem Gerichtsgebäude versammelten, wo die Verhandlung gegen Haydar Kutlu und Nihat Sargin stattfinden sollte, applaudierten die mit Handschellen gefesselten Angeklagten. Kutlu rief ihnen zu: "Unser Kampf um Demokratie geht weiter."

Bildunterschriften

Bild links:
HINTER HOLZGITTERN
Die Verhandlung gegen Haydar Kutlu und Nihat Sargin, die am 16. November 1987 in die Türkei kamen, um die Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei zu gründen, und zuerst festgenommen und später von dem Staatssicherheitsgericht in Ankara verhaftet wurden, begann gestern. Die Generalsekretäre der TIP und der TKP, die während der Verhandlung hinter Holzgittern saßen, strahlten Ruhe aus.

Bild rechts:
SIE WOHNTEN DER VERHANDLUNG BEI. Unter den Beobachtern der Verhandlung gegen Kutlu und Sargin befanden sich auch der frühere Vorsitzende der TIP und Verteidiger der Angeklagten, Mehmet Ali Aybar, der Künstler Zülfü Livanei, der Schriftsteller Yasar Kemal und griechische Komponist Mikis Theodorakis (von links nach rechts). Livaneli und Kemal wurden nicht in den Verhandlungssaal gelassen.

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

SABAH

Der Prozeß gegen Kutlu und Sargin begann mit einem regelrechten Trubel

* Der Prozeß gegen die TBKP-Führer Haydar Kutlu und Nihat Sargin, die sich seit ihrer Ankunft in der Türkei in Haft befinden, und ihre Freunde begann gestern. In den 160 Porsonen fassenden Verhandlungssaal des Staatssicherheitsgerichts konnten nur 300 Anwälte und 3-5 Gäste nur mit Mühe eingelassen werden. 200 Presseangehörige und die Beobachter konnten nicht in den Saal.

Bildunterschrift

Bilder oben:
GROSSER TRUBEL VOR DEM STAATSSICHERHEITSGERICHT
Bei der Ankunft der Führer der TBKP (Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei) ins Staatssicherheitsgericht gab es viel Trubel. Als die Sicherheitsbeamten Kutlu und Sargin einzeln aus dem Wagen holten, versuchte die versammelte Menge, ihnen Blumen zu geben.

GÜNAYDIN

Ereignisreicher Prozeß

♪ Bei dem Prozeß der kommunistischen Führer Haydar Kutlu und Nihat Sargin kam es zu zwischenfällen, weil zahlreiche Verteidiger, Journalisten und Beobachter nicht in den Saal paßten.
* Bei dem Gedränge der Menschenmenge, die sich schon früh morgens vor dem Gericht versammelt hatte, fielen auch einige in Ohnmacht. Die Journalisten, die nicht in den Verhandlungssaal hineingelassen wurden, protestierten, indem sie ihre Fotoapparate mitten auf die Straße hinstellten.

Bildunterschriften

Bild oben links:
Bei dem Gedränge fielen manche in Ohnmacht...

Bild oben rechts:
Kutlu und Sargin strahlten Ruhe aus...

Bild unten:
Sie konnten nicht zur Verhandlung...

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

TERCüMAN

Kutlu und Sargin vor Gericht

Prozeß-Show der TKP

Griechische und europäische Kommunisten, der "Linke Flügel" der SHP (Sozialdemokratische Volkspartei) und einige Sympathisanten demonstrierten "internationale Solidarität"

* Der griechische kommunistische Künstler Theodorakis gab die "Show" als "internationale Solidarität" aus. Außer einigen kommunistischen Parlamentariern, befanden sich auch 5 Abgeordnete vom "Linken Flügel" der SHP, Perincek, Aybar, Zülfü Livaneli und Yasar Kemal unter den "Beobachtern"

Bildunterschrift

ALLE FÜNF BEISAMMEN!- Es befanden sich unter den Personen, die gekommen waren um dem Prozeß beim Staatssicherheitsgericht beizuwohnen, auch bekannte Namen. Mehmet Ali Aybar, der griechische Komponist Mikis Theodorakis, Yasar Kemal und Zülfü Livaneli waren vor dem Staatssicherheitsgericht beisammen.

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Ablauf

Begrüßung durch die GEW Hamburg

Einleitende Worte

Erhan Özcelik
Journalist - ISPE

Allgemeine Situation der Menschenrechte

Christian Rumpf
Max-Planck-Institut für Völkerrecht, Heidelberg

Prof. Martin Hirsch
Verfassungsrichter a. D.

Strafjustiz und politische Prozesse

Prof. Dr. Norman Paech
Professor für Völkerrecht HWP Hamburg

Hans Odendahl
Rechtsanwalt

Einschränkungen der Meinungs- und Koalitionsfreiheit

Gerhard Kromschröder
Journalist STERN

Dr. Ali Söylemezoglu
Chefredakteur TÜRKIYE POSTASI

Aziz Nesin (Angefragt)
Satiriker, Vorsitzender des Schriftstellerverbandes der Türkei

Deniz Kavukcuoglu
Freier Journalist

Yildiz Sargin oder Cicek Yagci
Ehefrauen der Oppositionspolitiker Dr. N. Sargin und H. Kutlu

Folter und Lage der politischen Gefangenen

Karsten Baethge
amnesty international

Enver Karagöz
Folteropfer und ehem. politischer Gefangener

Dr. Bülent Tarakcioglu
Neurologe im Exil

Prof. Dr. Klaus Liebe-Harkort
Turkologe, GEW

Berin Uyar
Journalistin, ehem. politische Gefangene

Nationalitätenfrage, Situation des kurdischen Volkes

Dr. Ahmet Beyik

Ausbürgerungspraxis und Rückkehr der politischen Emigranten

Turgan Arinir
Rechtsanwalt

Beria Onger
Vorsitzende des Progressiven Frauenverbandes d. T.

Zusammenfassung und Verabschiedung einer Schlußerklärung

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Kontaktadresse: Christian Rahn, Cremon 11, 2000 Hamburg 11

Aufruf

Vor nunmehr 40 Jahren verkündeten die Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. In diesen 40 Jahren wurde viel für die Verwirklichung und Einhaltung der Menschenrechte getan. Längst hat sich weltweit das Verständnis durchgesetzt, wonach kein Land mehr die Einhaltung der Menschenrechte als innere Angelegenheit deklarieren und andererseits auch kein Land tatenlos zusehen kann, wenn in einem anderen Land die Menschenrechte mißachtet werden - erst recht nicht, wenn es um ein verbündetes Land geht, mit der enge Beziehungen bestehen.

Die Türkei, als NATO-Partner der Bundesrepublik und asoziiertes Mitglied der EG, ist ein solches Land. Nicht zuletzt leben 1,5 Millionen Menschen aus diesem Land unter uns. Unter ihnen auch zahllose politische Flüchtlinge, die aus Sorge um Leib und Leben die Heimat verlassen mußten.

Was die politischen Flüchtlinge in der Türkei erwartet, wurde jüngst bei der Rückkehr der kommunistischen Oppositionspolitiker Nihat Sargin und Haydar Kutlu noch einmal deutlich. Die beiden Politiker kehrten im November des vorigen Jahres nach langjährigem Exil in die Türkei zurück um dort eine legale Partei zu gründen. Begleitet wurden sie von einer internationalen Delegation, bestehend aus Mitgliedern des Europaparlaments, Juristen, Journalisten und Geistlichen. Vor deren Augen wurden sie noch auf dem Flugplatz festgenommen und mit verbundenen Augen abgeführt. Danach wurden sie - wie es auch aus den Strafanzeigen, die die beiden Politiker später stellten, hervorgeht - 19 Tage lang in Isolationshaft gefoltert. Dabei kamen von Elektroschocks bis zur Injektion von Medikamenten die grausamsten Methoden der Folter zur Anwendung.

Die Verantwortlichen in der Türkei können Sargin und Kutlu keine Gewalttaten vorwerfen. Sie werden einzig und allein wegen ihrer politischen Überzeugung angeklagt. Die Türkei ist das einzige Land in Europa, in dem Kommunisten von Gesetzes wegen wie Verbrecher behandelt werden. Die Verurteilung der türkischen Friedensfreunde aufgrund der Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches, wonach schon eine politische Überzeugung bestraft werden kann, verletzt die Menschenrechte. Die Vorschriften der Paragraphen 141 und 142 sind in erster Linie gegen die Kommunisten gerichtet, werden heute aber in der Praxis gegen alle oppositionellen Kräfte eingesetzt.

Das, was Sargin und Kutlu vor den Augen der Weltöffentlichkeit widerfahren ist, steht stellvertretend für tausende ähnlicher Fälle der Menschenrechtsverletzung. Allein die Zahl der Foltertoten, die die offiziellen Stellen eingestehen mußten, beläuft sich auf über 70. Dem Parlament liegen 200 Todesurteile zur Bestätigung vor. In den Gefängnissen befinden sich 30.000 politische Gefangene. Das kurdische Volk, das mit 10 Millionen ein Fünftel der Bevölkerung ausmacht, ist seiner elementarsten Rechte beraubt und tagtäglichen Übergriffen der Sicherheitskräfte und Repressalien ausgesetzt.

Die politischen Flüchtlinge bestehen auf ihr Recht der Rückkehr in ihre Heimat auch wenn sie dort nach wie vor ernsthaften Gefahren an Leib und Leben ausgesetzt sind. Im Zuge ihrer Rückkehr geraten die Menschenrechtsverletzungen immer mehr ans Tageslicht, und zwar gerade in einer Zeit, in der von Liberalisierung und Demokratisierung die Rede ist.

In einem Hearing über die Menschenrechte in der Türkei, in dem Betroffene, Augenzeugen und Sachverständige zu Wort kommen werden, möchten wir versuchen zu analysieren, wie es um die Menschenrechte in der Türkei steht. Wir möchten Sie bitten, das Hearing, das am 11. Juni 1988 im Curio-Haus in Hamburg stattfinden soll, zu unterstützen und daran teilzunehmen.

TÜRKİYE SOSYALİST İHTİLAFÇILARA YARDIM VAKFI

TBKP Davası 8 Haziran günü başlıyor

SARGIN ve KUTLU'ya özgürlük!

Demokrasi mücadelesine Türkiye'de aktif katılmak ve bu amaçla Türkiye Birleşik Komünist Partisi'ni yasal olarak kurmak amacıyla Türkiye'ye dönen TİP ve TKP Genel Sereterleri Nihat Sargın ve Haydar Kutlu hakkındaki dava 8 Haziran Çarşamba günü Ankara Devlet Güvenlik Mahkemesi'nde başlıyor. Savcı, Türkiye'nin bu iki önde gelen komünist politikacısı için ÖLÜM CEZASI istemektedir.

Onbinlerce ilerici, demokrat, devrimci insanın ağır hapis cezalarına çarptırılmasına neden olan, demokrasi güçlerinin tepesinde Demokles'in Kılıcı gibi sallanan ve ülkemizde fikir özgürlüğünü imkansız kılan 141. ve 142. maddeler bir kez daha, ve bu sefer de en ağır şekliyle, uygulanmak istenmektedir. Savcı "asrın davası"ndan, "komünizmle hesaplaşma"dan söz ediyor. Ama aslında yargılamak istediği demokrasinin kendisidir. Çünkü hiçbir demokratik ülkede komünist partisi yasak olamaz, insanlar savundukları fikirlerden ötürü zindanlara atılamaz. Nitekim savcı iddianamede, Amerika, İngiltere, İtalya, Fransa gibi ülkelerde komünist partilerinin yasak olmayışından şikayet ederek niyetini açığa vurmaktadır.

Sargın ve Kutlu'ya karşı açılan dava daha başlamadan bir demokrasi davasına dönüşmüştür. Bir yanda Türkiye'yi içinden işkence seslerinin yükseldiği kocaman bir hapisaneye çevirmiş olan ve yurt dışında ülkemizin saygınlığını ciddi ölçüde sarsan demokrasinin yeminli düşmanları, öbür yanda Türkiye'nin aydınlık geleceğinin ancak ve ancak tüm demokrasi güçlerinin yer aldığı, birbirleriyle uygar ilişkiler içinde bulunduğu ve dünya ülkeleri arasında saygıyla anılan gerçek bir demokrasiyle mümkün olabileceğini savunan demokrasi güçleri. Türkiye'nin saygınlığını yükselten işte bu demokrasi güçleridir.

Bugün dünya demokratik kamuoyu bu güçlerin yanında yer almaktadır. Avrupa Parlamentosu, Uluslararası Af Örgütü, Sosyal Demokrat, Yeşil, Komünist, Liberal partiler, sayısız bilim adamı ve hukukçu, Sargın ve Kutlu'ya karşı açılan davayı protesto etmekte, iki politikacının ve tüm diğer politik tutukluların derhal serbest bırakılmasını istemektedir. Parti temsilcilerinden, hukukçulardan ve gazetecilerden oluşan uluslararası bir heyet davayı izlemek üzere Ankara'da olacaktır. Tüm dünyanın önünde bir demokrasi sınavı vereceğiz. Bu sınavı alnımızın akıyla vermek için tüm demokrasiden yana olan kuruluş ve kişilere büyük görevler düşüyor.

Bu görevin bilinciyle Gänsemarkt'ta davanın başladığı 8 Haziran Çarşamba günü bir uyarı nöbeti tutacağız. Ülkemizde demokrasinin yeşermesini isteyen herkesi uyarı nöbetimizi ziyaret etmeye, Sargın ve Kutlu'yla ve tüm politik tutuklularla dayanışma göstermeye çağırıyoruz.

Sargin ve Kutlu'ya özgürlük!
Tüm politik tutuklulara özgürlük!

UYARI NÖBETİ

8 Haziran 1988 - Çarşamba - Saat 10.oo-19.oo
GÄNSEMARKT

Türkiye'ye Geri Dönen Politik Göçmenlerle Dayanışma Girişimi-ISPE

TÜRKİYE SOSYALİST İŞÇİ PARTİSİ ARŞİVİ

Türkei:

Oppositionspolitiker von der Todesstrafe bedroht

Der Staatsanwalt: "... diese Gedanken stehen unter Strafe!"

Am 8. Juni beginnt im Staatssicherheitsgericht in Ankara ein politischer Prozeß, den die Staatsanwaltschaft schon im Voraus als ein "Jahrhundert-Prozeß" ansieht, in dem "mit dem Kommunismus abgerechnet" werde. Angeklagt sind die Generalsekretäre der Arbeiterpartei und der Kommunistischen Partei, NIHAT SARGIN und HAYDAR KUTLU, die im Juli vorigen Jahres aus dem Exil in die Türkei zurückkehrten, um dort die Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei (TBKP) legal zu gründen.

Die Staatsanwaltschaft kann in ihrer 231 Seiten umfassenden Anklageschrift den beiden Politiker, die dafür eintreten, daß im politischen Leben der Türkei jegliche Art des Terrors und der Gewalt ein für allemal ein Ende gesetzt wird, keine einzige Gewalttat nachweisen. Die Anklage stützt sich vielmehr vor allem auf die Gesetzesparagraphen 141 und 142, die auch zu Verurteilung von zehntausenden Andersdenkenden bis heute herangezogen wurden und werden. Nach diesen Gesetzesparagraphen, die aus Mussolini-Italien übernommen und viele Male verschärft wurden, genügt es schon, die Notwendigkeit der Änderung des Wirtschaftssystems auszusprechen, um zu langjährigen Haftstrafen verurteilt zu werden. Wer mehrere Organisationen leitet, die solche Ansichten vertreten, wird mit dem Tode bestraft (§141 Abs.1).

"Die Gedanken, die von den Gründern dieser Partei geäußert werden, und ihre Aktionen [werden] von unserer Verfassung zurückgewiesen und sind außerdem gesetzlich unter Strafe gestellt." So heißt es in der Anklageschrift. Es handelt sich eindeutig nicht um einen juristischen, sondern politischen Prozeß. Es geht darum, ob in der Türkei, die Mitglied der NATO ist und die Vollmitgliedschaft in der EG beantragt hat, sich die Demokratie durchsetzen wird oder nicht.

Weltweit ist eine große Welle des Protestes entstanden. Das Europaparlament, amnesty international, sozialdemokratische, kommunistische und grün-alternative Parteien, namhafte Persönlichkeiten haben ihre Empörung zu Ausdruck gebracht. Eine internationale Delegation wird am Prozeß als Beobachter anwesend sein.

Wir rufen alle demokratischen Organisationen und Bürger Hamburgs auf, unsere Mahnwache auf dem Gänsemark zu besuchen und ihre Solidarität zu bekunden. UnterstützerInnen der Mahnwache sind u.a. Prof. Norman Paech (Hochschullehrer), Christa Randzio-Plath (MdBü-SPD), Cristiane Albrecht (Vorsitzende der GEW Hamburg).

Freiheit für Sargin und Kutlu!
Freiheit für alle politischen Gefangenen in der Türkei!

MAHNWACHE
Mittwoch 8. Juni 1988 - 10.oo bis 19.oo Uhr
GÄNSEMARKT

Initiative für den Schutz der in die Türkei zurückkehrenden politischen Emigranten (ISPE) - V.i.S.d.P.: Tina Lakemeier, Hbg.

TÜRKİYE SOSYALİST ARAŞTIRMA VAKFI

Einladung an die Medien

Veranstaltungen für Menschenrechte in der Türkei

Termine:	8. Juni 1988	10.oo-19.oo	Mahnwache am Gänsemarkt
	8. Juni 1988	12.oo	Pressekonferenz Rathaus, Presse-Launch
	11. Juni 1988	15.oo	Hearing Menschenrechte in der Türkei

In Ankara beginnt am 8. Juni ein politischer Prozeß, der von der türkischen Staatsanwaltschaft schon jetzt als "Jahrhundertprozeß" eingestuft wird. Unter Anklage stehen Dr. Nihat SARGIN, Generalsekretär der Arbeiterpartei der Türkei, Haydar KUTLU, Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Türkei, sowie ihre beiden Verteidiger und 12 weitere türkische Bürger. Den beiden Politikern Sargin und Kutlu wird Mitgliedschaft und Führunsfunktionen in ihren jeweiligen Organisationen vorgeworfen; beantragt ist die Todesstrafe.

Sargin und Kutlu waren nach ihrer freiwilligen Rückkehr in die Türkei am 16. November 1987 direkt auf dem Flughafen in Ankara festgenommen worden. Seitdem sind sie in Haft und während der ersten 19 Tage nachweislich gefoltert worden.

Neben zahlreichen internationalen Protesten gegen diese Verhaftungen, hatte auch das Europaparlament die sofortige Freilassung der unter Anklage stehenden Oppositionspolitiker gefordert.

Der Fall von Sargin und Kutlu symbolisiert, was zehntausende politisch Verfolgte und Gefangene seit dem Militärputsch im Jahre 1980 erleben. Gerade in einer Zeit, in der von Liberalisierung und Demokratisierung gesprochen wird, werden in politischen Prozessen zu Dutzenden die Todesstrafe ausgesprochen und nach wie vor findet die Folter systematisch Anwendung.

Aus diesem Grund wird die "Initiative für den Schutz der in die Türkei zurückkehrenden politischen Emigranten"-ISPE am 11. Juni in Hamburg ein Hearing zu den Menschenrechten in der Türkei durchführen. An diesem Hearing werden zahlreiche prominente Personen aus der Bundesrepublik und aus der Türkei als Gutachter teilnehmen und auf die Lage der Menschenrechte in der Türkei aufmerksam machen.

Aus Anlaß des Prozesses gegen Sargin und Kutlu wird am 8. Juni auf dem Gänsemarkt eine Mahnwache stattfinden, mit der die öffentlichkeit auf die ungerechten Prozesse aufmerksam gemacht werden soll. Für diese Mahnwache rufen u.a. auf: Prof. Dr. Norman Paech (Hochschullehrer), Christa Randzio-Plath (MdBü-SPD), Christiane Albrecht (Vorsitzende der GEW-Hamburg). Parallel zu der Mahnwache findet um 12.oo Uhr in der Presse-Launch im Rathaus eine Pressekonferenz statt.

Wir möchten Sie schon heute auf beide Ereignisse hinweisen und werden Sie in den kommenden Tagen mit einem Umfangreichen Hintergrundmaterial über die Aktionen und das Hearing versorgen.

Mit freundlichen Grüßen
Für die Veranstalter

E. Özcelik

(Erhan özcelik)

TÜRKİYE SOSYAL ARAŞTIRMA VAKFI

INHALT DES PRESSEMATERIALS

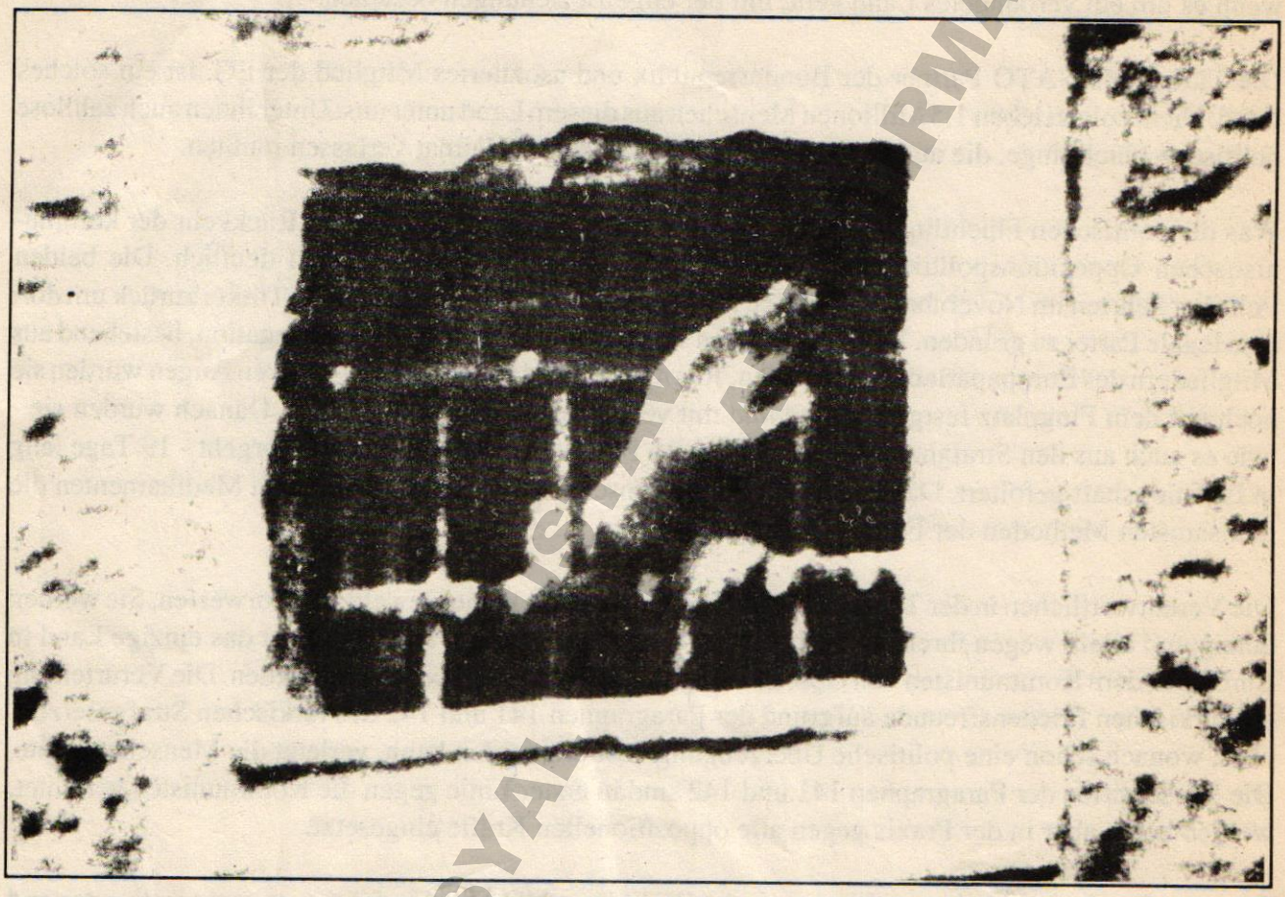
1. Presse-Einladung
2. Veranstaltungen zu den Menschenrechten in der Türkei
3. Aufruf der Mahnwache am 8. Juni
4. Aufruf des Hearings am 11. Juni
5. Unterzeichner des Hearing-Aufrufs
6. Ablaufprogramm des Hearings
7. Auszüge aus der Anklageschrift gegen Kutlu und Dr. Sargin
8. Paragraphen des türk. StGB 140 ff.
9. Chronologie der Rückkehr
10. Aus den türkischen Tageszeitungen
11. Urgent-action-Aufruf der amnesty international
12. amnesty international: Gefangene des Monats Juni - Dr. Nihat Sargin und Haydar Kutlu
13. Kurze Biographie von Kutlu und Dr. Sargin
14. Stellungnahme von Christian Rumpf für das Hearing "Menschenrechte in der Türkei"

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Hearing

Menschenrechte in der Türkei

Folter - Politische Prozesse - Meinungsfreiheit - Staatsbürgerrechte



11.6.1988

Samstag, 15.00 Uhr

Curiohaus

Rothenbaumchaussee 13, 2000 Hamburg 13

Veranstalter: Initiative für den Schutz der in die Türkei Zurückkehrenden Politischen Emigranten (I.S.P.E.) und der Allgemeine Studentenausschuß der Universität Hamburg

TÜRKİYE SOSYAL İSTATİSTİK ARAŞTIRMA VAKFI

Aufruf

Vor nunmehr 40 Jahren verkündeten die Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. In diesen 40 Jahren wurde viel für die Verwirklichung und Einhaltung der Menschenrechte getan. Längst hat sich weltweit das Verständnis durchgesetzt, wonach kein Land mehr die Einhaltung der Menschenrechte als innere Angelegenheit deklarieren und andererseits auch kein Land tatenlos zusehen kann, wenn in einem anderen Land die Menschenrechte mißachtet werden - erst recht nicht, wenn es um ein verbündetes Land geht, mit der enge Beziehungen bestehen.

Die Türkei, als NATO-Partner der Bundesrepublik und asoziiertes Mitglied der EG, ist ein solches Land. Nicht zuletzt leben 1,5 Millionen Menschen aus diesem Land unter uns. Unter ihnen auch zahllose politische Flüchtlinge, die aus Sorge um Leib und Leben die Heimat verlassen mußten.

Was die politischen Flüchtlinge in der Türkei erwartet, wurde jüngst bei der Rückkehr der kommunistischen Oppositionspolitiker Nihat Sargin und Haydar Kutlu noch einmal deutlich. Die beiden Politiker kehrten im November des vorigen Jahres nach langjährigem Exil in die Türkei zurück um dort eine legale Partei zu gründen. Begleitet wurden sie von einer internationalen Delegation, bestehend aus Mitgliedern des Europaparlaments, Juristen, Journalisten und Geistlichen. Vor deren Augen wurden sie noch auf dem Flugplatz festgenommen und mit verbundenen Augen abgeführt. Danach wurden sie - wie es auch aus den Strafanzeigen, die die beiden Politiker später stellten, hervorgeht - 19 Tage lang in Isolationshaft gefoltert. Dabei kamen von Elektroschocks bis zur Injektion von Medikamenten die grausamsten Methoden der Folter zur Anwendung.

Die Verantwortlichen in der Türkei können Sargin und Kutlu keine Gewalttaten vorwerfen. Sie werden einzig und allein wegen ihrer politischen Überzeugung angeklagt. Die Türkei ist das einzige Land in Europa, in dem Kommunisten von Gesetzes wegen wie Verbrecher behandelt werden. Die Verurteilung der türkischen Friedensfreunde aufgrund der Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches, wonach schon eine politische Überzeugung bestraft werden kann, verletzt die Menschenrechte. Die Vorschriften der Paragraphen 141 und 142 sind in erster Linie gegen die Kommunisten gerichtet, werden heute aber in der Praxis gegen alle oppositionellen Kräfte eingesetzt.

Das, was Sargin und Kutlu vor den Augen der Weltöffentlichkeit widerfahren ist, steht stellvertretend für tausende ähnlicher Fälle der Menschenrechtsverletzung. Allein die Zahl der Foltertoten, die die offiziellen Stellen eingestehen mußten, beläuft sich auf über 70. Dem Parlament liegen 200 Todesurteile zur Bestätigung vor. In den Gefängnissen befinden sich 30.000 politische Gefangene. Das kurdische Volk, das mit 10 Millionen ein Fünftel der Bevölkerung ausmacht, ist seiner elementarsten Rechte beraubt und tagtäglichen Übergriffen der Sicherheitskräfte und Repressalien ausgesetzt.

Die politischen Flüchtlinge bestehen auf ihr Recht der Rückkehr in ihre Heimat auch wenn sie dort nach wie vor ernsthaften Gefahren an Leib und Leben ausgesetzt sind. Im Zuge ihrer Rückkehr geraten die Menschenrechtsverletzungen immer mehr ans Tageslicht, und zwar gerade in einer Zeit, in der von Liberalisierung und Demokratisierung die Rede ist.

In einem Hearing über die Menschenrechte in der Türkei, in dem Betroffene, Augenzeugen und Sachverständige zu Wort kommen werden, möchten wir versuchen zu analysieren, wie es um die Menschenrechte in der Türkei steht. Wir möchten Sie bitten, das Hearing, das am 11. Juni 1988 im Curio-Haus in Hamburg stattfinden soll, zu unterstützen und daran teilzunehmen.

Unterzeichner:

Dursun Akcam, Journalist / Christiane Albrecht, Vorsitzende der GEW Hamburg / Heidi Alm-Merk, MdL-Niedersachsen / Lydie Auvray, Musikerin / Herbert Baade, VVN-Landesvors. / Klaus Balzer, Journalist / Gert Bastian, MdB-Grüne / Markus Becker, Vertretungskoll. JUDO / Dr. Joachim Blau, Rechtsanwalt / Thea Bock, MdBü-GAL / Rene Böll, Lamuv-Verlag / Arne Börnsen, MdB-SPD / Michael Böttcher, Rechtsanwalt / Helmut Bordiers, Rechtsanwalt / Walter Brehm, Pfarrer / Dr. Ulrich Briefs, MdB-Grüne / Walter Bröhan, Rechtsanwalt / Andreas Bruns, Präsident SP Uni HH / Edelgard Bulmahn, MdB-SPD / Jürgen Busack, Lehrer / Ulla Bussek, MdBü-GAL / Evelyn Butter-Berking, Rechtsanwältin / Susanne Commerell, MdBü-GAL (Fraktionsgeschäftsführerin) / Dr. Klaus Dammann, Rechtsanwalt / Dr. Franz-Josef Degenhardt, Rechtsanwalt / Hans Deß, Richter / Suat Esinsel, Gewerkschafter-DISK / Anette Faße, MdB-SPD / Ralf Fischer, Demokratische Sozialisten Bundesvorst. / Klaus Förter-Vondey, VVN Landessekretär / Uwe Friesel, Schriftsteller / Helmut Frenz, Pastor / Günter Frank, Lehrer / Prof. Monika Ganseforth, MdB-SPD / Wolfgang Gehrcke, DKP-Bezirksvorsitzender / Peter Gingold, Interessengem. Ehem. Deutscher Widerstandskäpfer / Adrienne Goehler, MdBü-GAL / Dr. Rose Gölte, MdB-SPD / Dorothea Goergens, Rechtsanwältin / Prof. D. H. Gollwitzer, Berlin / Hans-Dieter Grünefeld, Publizist / Bernd Hahnfeld, Richter / Karl-Heinz Hansen, DS-FL / Jörn Heher, Zahnarzt / Müller Hermann, Journalist-VVN Bundesvorst. / Jens Peter Hjort, Rechtsanwalt / Hannes Holländer, DFU-Geschäftsführer / Barbara Hüsing, Rechtsanwältin / Claus Jahncke, Gewerkschaftssekretär / Hans-Erich Jürgens, Richter / Jan Jallas, MdBü-SPD / Ulla Jelpke, MdBü-GAL / Cornelia Jürgens, MdBü-GAL / Dr. Wolf-Dieter Just, Studienleiter-Mülheim / Trudel Karcher, Hochschullehrerin / Petra Kelly, MdB-Grüne / Gülay Keskinoglu, Gewerkschaftssekretärin-DISK / Irvem Keskinoglu, Bildungsabteilung d. DISK / Dr. Kirstein, Physiker / Prof. Dr. Ulrich Klug, Justizsenator a.D. (Hamburg) / Anne Kohfeld, Lehrerin / Ulrich Krampe, Rechtsanwalt / Konstanze Krebs, Lehrerin / Gerhard Kromschröder, Journalist / Eckart Kuhlwein, MdB-SPD / Anja Kuhr, MdBü-GAL / Prof. Ingrid Kurz, Professorin-FHS / Walther Kröner, Vorsitzender der GEW Köln / Christina Kukielka, MdBü-GAL / Dr. Martin Kutscha, Rechtsanwalt / Heinz Lang, Referent beim PV DKP / Prof. Dr. Klaus Liebe-Harkort, Turkologe / Volker Lindemann, Richter / Dr. Rolf Linkohr, Mitgl. des Europaparlaments / Hilmar Liptow, Künstler / Heike Lüdemann, Rechtsanwältin / Dr. Udo Mayer, Dozent / Sonja Meermann / Karl-Heinz Mölich, VDJ-Bundessekretär / Michael Müller, MdB-SPD / Kalus Müller-Knapp, Rechtsanwalt / Erhan Özcelik, Journalist / Jan Oostergetelo, MdB-SPD / Prof. Dr. Norman Paech, Hochschullehrer / Peter Paterna, MdB-SPD / Cornelia Peters, Dipl. Volkswirtin / Dr. Robert Pfeiffer, Arzt / Helmut Platow, Rechtsanwalt / Reiner Plorin, Richter / Ingrid Pohland, Vors. DPG-Hamburg / Helmut Prieß, Major-1.stellv.Bürgermeister Swisstal / Sibylle Raasch, Dozentin / Christian Rahn, Rechtsanwalt / Christa Randzio-Plath, MdBü-SPD / Uwe Rietz, MdBü-SPD / Prof. Dr. H. Rittstieg, Hochschullehrer / Jürgen Roth, Journalist / Hajo Sassenscheidt, Schulpsychologe / Renate Schmidt, MdB-SPD (stellv. Fraktionsvorsitzende) / H. J. Schneider, Rechtsanwalt / Hans-Günther Schramm, MdL-Bayern / Ottmar Schreiner, MdB-SPD / Peter Schütt, Schriftsteller / Rüdiger Schulz, Rechtsanwalt / Günther Schwarberg, Journalist / Bärbel Schwarz, Richterin / Alexandra Senfft, MdB-Grüne (Nahostreferentin) / Heide Simonis, MdB-SPD / Dorothee Stapelfeld, MdBü-SPD / Katrin Steinbach, Richterin / Gerhard Strate, Rechtsanwalt / Gerhard Strauch, Rechtanwalt / Georg E. Strohwald, Rechtsanwalt / Gerhard Strate, Rechtsanwalt / Prof. Dr. Gerhard Stuby, Hochschullehrer / Doris Tritschler, Richterin / Murat Tokmak, DISK-Vorst. / Rainer Utikal, Rechtsanwalt / Dr. med. Ulrich C. Vieth, Bundesgeschäftsführer der Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges / Prof. Dr. Voegeli, Hochschullehrer / Hartmut Wegener, Jurist / Giesela Wiese, Erzieherin / Walter Wittenberg, Politologe-Geschf. MASCH / Prof. Dr. Zechlin, Hochschullehrer
und andere.

TÜRKEI SOLIDARITÄTSKOMITEE

Ablauf

Begrüßung durch die GEW Hamburg

Einleitende Worte

Erhan Özcelik
Journalist - ISPE

Allgemeine Situation der Menschenrechte

Christian Rumpf
Max-Planck-Institut für Völkerrecht, Heidelberg

Prof. Martin Hirsch
Verfassungsrichter a. D.

Strafjustiz und politische Prozesse

Prof. Dr. Norman Paech
Professor für Völkerrecht HWP Hamburg

Hans Odendahl
Rechtsanwalt

Einschränkungen der Meinungs- und Koalitionsfreiheit

Gerhard Kromschröder
Journalist STERN

Dr. Ali Söylemezoglu
Chefredakteur TÜRKIYE POSTASI

Aziz Nesin (Angefragt)
Satiriker, Vorsitzender des Schriftstellerverbandes der Türkei

Deniz Kavukcuoglu
Freier Journalist

Yildiz Sargin oder Cicek Yagci
Ehefrauen der Oppositionspolitiker Dr. N. Sargin und H. Kutlu

Folter und Lage der politischen Gefangenen

Karsten Baethge
amnesty international

Enver Karagöz
Folteropfer und ehem. politischer Gefangener

Dr. Bülent Tarakcioglu
Neurologe im Exil

Prof. Dr. Klaus Liebe-Harkort
Turkologe, GEW

Berin Uyar
Journalistin, ehem. politische Gefangene

Nationalitätenfrage, Situation des kurdischen Volkes

Dr. Ahmet Beyik

Ausbürgerungspraxis und Rückkehr der politischen Emigranten

Turgan Arinir
Rechtsanwalt

Beria Onger
Vorsitzende des Progressiven Frauenverbandes d. T.

Zusammenfassung und Verabschiedung einer Schlußerklärung

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI TÜSTAV

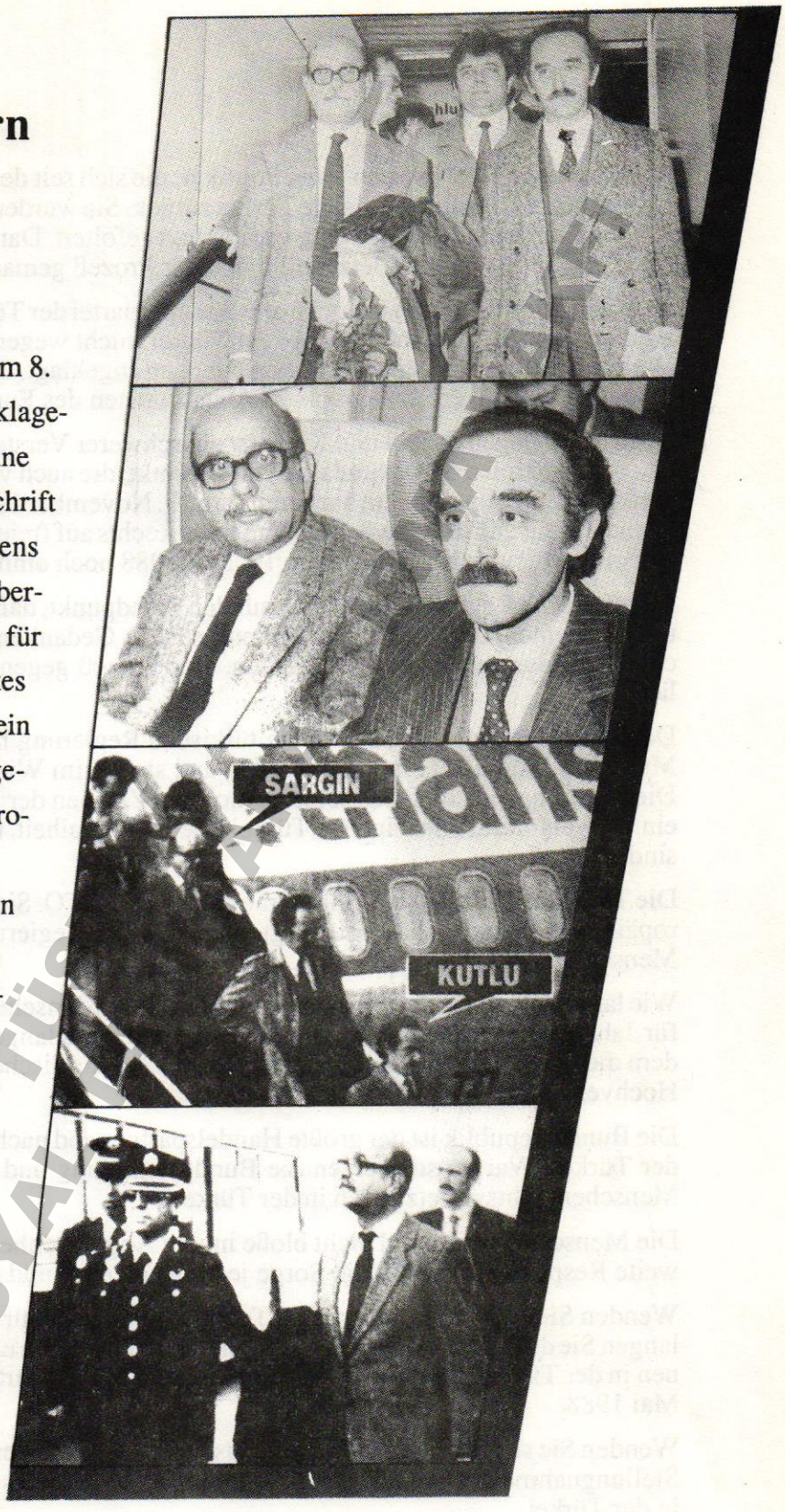
Kontaktadresse: Christian Rahn, Cremon 11, 2000 Hamburg 11

Europaabgeordnete fordern die Freilassung von Sargin und Kutlu

"Der Prozeß gegen Kutlu und Sargin beginnt am 8. Juni in Ankara. Der Staatsanwalt gibt in der Anklageschrift zu, daß den beiden Generalsekretären keine Gewalttaten vorzuwerfen sind. In der Anklageschrift heißt es ausdrücklich, daß Kutlu und Sargin erstens wegen ihrer kommunistischen Gedanken und Überzeugungen und zweitens wegen ihres Eintretens für die demokratischen Rechte des kurdischen Volkes verurteilt werden sollen. Die Anklageschrift ist ein neuer Beweis für die Tatsache, daß der Prozeß gegen Kutlu und Sargin die Artikel 9,10,11 der europäischen Menschenrechtskonvention verletzt.

Dieser Prozeß steht auch im Widerspruch zu den bisherigen Erklärung der türkischen Regierung, in der Türkei demokratische Verhältnisse schaffen zu wollen.

Wir appelieren an die türkische Regierung, die beiden Generalsekretäre und alle anderen Personen, die wegen ihrer Überzeugungen verfolgt werden, unverzüglich freizulassen und die notwendigen Änderungen des türkischen Strafgesetzbuches zu veranlassen, damit die Meinungsfreiheit und die Freiheitder politischen Betätigung auch in der Türkei gewährleistet sind."



Diese Erklärung wurde bis zum 30. Mai 1988 von 96 Abgeordneten aus fast allen Fraktionen des Europaparlaments unterschrieben. Das Europarlement hatte bereits am 19. November 1987 die sofortige Freilassung von Dr.Nihat Sargin und Haydar Kutlu gefordert.

FREIHEIT
FÜR ALLE
POLITISCHE
GEFANGENEN !

TÜRKIYE SOSYALIST ...

Im November 1987 kehrten zwei Politiker, die sich seit dem Militärputsch im Jahre 1980 im europäischen Exil befanden, in die Türkei zurück. Sie wurden noch auf dem Flughafen von Ankara festgenommen und 19 Tage lang verhört und gefoltert. Danach wurden sie einem Richter vorgeführt, der sie verhaftete. Jetzt soll ihnen der Prozeß gemacht werden.

Dr.Nihat Sargin (Generalsekretär der Arbeiterpartei der Türkei) und Haydar Kutlu (Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Türkei) nicht wegen irgendwelchen Verbrechen sondern allein wegen ihren politischen überzeugungen angeklagt. Diese Tatsache wird auch in der umseitig abgedruckten Erklärung von 96 Abgeordneten des Europaparlaments festgestellt.

Der Prozeß gegen Sargin und Kutlu ist ein schwerer Verstoß gegen die Menschenrechte und gegen die Prinzipien der Schlußakte von Helsinki, die auch von der Türkei unterschrieben worden sind. Das Europaparlament hat bereits am 19. November 1987 die sofortige Freilassung von Kutlu und Sargin und die Gewährleistung ihres Rechts auf freie politische Betätigung gefordert. Diese Forderung wurde kürzlich, am 19. Mai 1988 noch einmal bekräftigt.

Die türkische Regierung stellt sich auf den Standpunkt, daß in der Türkei bestimmte Meinungen und Ansichten, darunter auch kommunistische Gedanken, verboten sind und daß die entsprechenden Gesetze angewandt werden. Der Prozeß gegen Kutlu und Sargin sei völlig gesetzlich.

Doch die Gesetze, auf die sich die türkische Regierung beruft, sind aus dem Strafgesetzbuch Mussolini Italiens übernomen worden und stehen im Wiederspruch zu den Menschenrechten. Die Berufung auf solche Gesetze ist nicht ein Zeichen der Rechtstaatlichekeit sondern lediglich ein Beweis dafür, daß in der Türkei Meinungsfreiheit und Demokratie nicht gewährleistet sind.

Die Türkei ist Mitglied des Europarates und der NATO. Sie hat die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft beantragt. Die türkische Regierung hat sich feierlich verpflichtet, die Menschenrechte zu respektieren.

Wie lange soll die Türkei ein Land bleiben, in dem Menschen allein wegen eines Zeitungsartikels für Jahrzehnte ins Gefängnis geworfen werden; Wie lange soll die Türkei ein Land bleiben, in dem die Forderung von gleichen Rechten für das kurdische Volk oder ein Aufruf zum 1 Mai als Hochverrat geahndet wird?

Die Bundesrepublik ist der größte Handelspartner und nach den USA der wichtigste Verbündete der Türkei. Warum schweigen die Bundesregierung und der Bundestag zu diesen eklatanten Menschenrechtsverletzungen in der Türkei?

Die Menschenrechte sind nicht bloße innere Angelegenheiten der einzelnen Staaten. Ihre weltweite Respektierung muß die Sorge jeder Regierung und eines jeden Bürgers sein.

Wenden Sie sich bitte mit Briefen, Telegrammen und Anrufen an die türkische Botschaft! Verlangen Sie die sofortige Freilassung von Sargin und Kutlu und aller anderen politischen Gefangenen in der Türkei, im Einklang mit dem Apell des Europarates vom 19. November 1987 und 19. Mai 1988.

Wenden Sie sich bitte an die Bundestagsabgeordneten Ihres Wahlbezirks und verlangen Sie eine Stellungnahme der Bundesregierung und des Bundestages zu den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei

PROTESTNOTEN an die :
Türkische Botschaft, Ute str.5300 Bonn, Tel:0228/346052

Freunde von
Sargin und Kutlu

TÜRKİYE SOSYALİST İŞÇİ PARTİSİ ARŞİVİ

visdp. S.Esinsel, Duschweg 12, 2000 Hamburg

Hearing "Menschenrechte in der Türkei"

Vor nunmehr 40 Jahren verkündeten die Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. In diesen 40 Jahren wurde viel für die Verwirklichung und Einhaltung der Menschenrechte getan. Längst hat sich weltweit das Verständnis durchgesetzt, wonach kein Land mehr die Einhaltung der Menschenrechte als innere Angelegenheit deklarieren und andererseits auch kein Land tatenlos zusehen kann, wenn in einem anderen Land die Menschenrechte mißachtet werden - erst recht nicht, wenn es um ein verbündetes Land geht, mit der enge Beziehungen bestehen.

Die Türkei, als NATO-Partner der Bundesrepublik und asoziiertes Mitglied der EG, ist ein solches Land. Nicht zuletzt leben 1,5 Millionen Menschen aus diesem Land unter uns. Unter ihnen auch zahllose politische Flüchtlinge, die aus Sorge um Leib und Leben die Heimat verlassen mußten.

Was die politischen Flüchtlinge in der Türkei erwartet, wurde jüngst bei der Rückkehr der kommunistischen Oppositionspolitiker Nihat Sargin und Haydar Kutlu noch einmal deutlich. Die beiden Politiker kehrten im November des vorigen Jahres nach langjährigem Exil in die Türkei zurück, um dort eine legale Partei zu gründen. Begleitet wurden sie von einer internationalen Delegation, bestehend aus Mitgliedern des Europaparlaments, Juristen, Journalisten und Geistlichen. Vor deren Augen wurden sie noch auf dem Flugplatz festgenommen und mit verbundenen Augen abgeführt. Danach wurden sie - wie es auch aus den Strafanzeigen, die die beiden Politiker später stellten, hervorgeht - 19 Tage lang in Isolationshaft gefoltert. Dabei kamen von Elektroschocks bis zur Injektion von Medikamenten die grausamsten Methoden der Folter zur Anwendung.

Die Verantwortlichen in der Türkei können Sargin und Kutlu keine Gewalttaten vorwerfen. Sie werden einzig und allein wegen ihrer politischen Überzeugung angeklagt. Die Türkei ist das einzige Land in Europa, in dem Kommunisten von Gesetzes wegen wie Verbrecher behandlet werden. Die Verurteilung der türkischen Friedensfreunde aufgrund der Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgestzbuches, wonach schon eine politische Überzeugung bestraft werden kann, verletzt die Menschenrechte. Die Vorschriften der Paragraphen 141 und 142 sind in erster Linie gegen die Kommunisten gerichtet, werden heute aber in der Praxis gegen alle opportionellen Kräfte eingesetzt.

Das, was Sargin und Kutlu vor den Augen der Weltöffentlichkeit widerfahren ist, steht stellvertretend für tausende ähnlicher Fälle der Menschenrechtsverletzung. Allein die Zahl der Foltertoten, die die offiziellen Stellen eingestehen mußten, beläuft sich auf über 70. Dem Parlament liegen 200 Todesurteile zur Bestätigung vor. In den Gefängnissen befinden sich 30.000 politische Gefangene. Das kurdische Volk, das mit 10 Millionen ein Fünftel der Bevölkerung ausmacht, ist seiner elementarsten Rechte beraubt und tagtäglichen Übergriffen der Sicherheitskräfte und Repressalien ausgesetzt.

Die politischen Flüchtlinge bestehen auf ihr Recht der Rückkehr in ihre Heimat auch wenn sie dort nach wie vor ernsthaften Gefahren an Leib und Leben ausgesetzt sind. Im Zuge ihrer Rückkehr geraten die Menschenrechtsverletzungen immer mehr ans Tageslicht, und zwar gerade in einer Zeit, in der von Liberalisierung und Demokratisierung die Rede ist.

In einem Hearing über die Menschenrechte in der Türkei, in dem Betroffene, Augenzeugen und Sachverständige zu Wort kommen werden, möchten wir versuchen zu analysieren, wie es um die Menschenrechte in der Türkei steht. Wir möchten Sie bitten, das Hearing, das im Juni dieses Jahres in Hamburg stattfinden soll, zu unterstützen und daran teilzunehmen.

Ich unterstütze das Hearing "Menschenrechte in der Türkei" und bin mit der Veröffentlichung meines Namens einverstanden.

Name	*Anschrift*	*Beruf/Funktion*	*Unterschrift*

Kontaktanschrift:

Rechtsanwalt Christian Rahn,
Cremon 11,
2000 Hamburg 11
Telefon: 37 30 99

TÜRKIYE SOSYALIST PARTISINA YAKIN

Hearing "Menschenrechte in der Türkei"

Vor nunmehr 40 Jahren verkündeten die Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. In diesen 40 Jahren wurde viel für die Verwirklichung und Einhaltung der Menschenrechte getan. Längst hat sich weltweit das Verständnis durchgesetzt, wonach kein Land mehr die Einhaltung der Menschenrechte als innere Angelegenheit deklarieren und andererseits auch kein Land tatenlos zusehen kann, wenn in einem anderen Land die Menschenrechte mißachtet werden - erst recht nicht, wenn es um ein verbündetes Land geht, mit dem enge Beziehungen bestehen.

Die Türkei als NATO-Partner der Bundesrepublik und asoziiertes Mitglied der EG ist ein solches Land. Nicht zuletzt leben 1,5 Millionen Menschen aus diesem Land unter uns. Unter ihnen auch zahllose politische Flüchtlinge, die aus Sorge um Leib und Leben die Heimat verlassen mußten.

Was die politischen Flüchtlinge in der Türkei erwarten, wurde jüngst bei der Rückkehr der kommunistischen Oppositionspolitiker Nihat Sargin und Haydar Kutlu noch einmal deutlich. Die beiden Politiker kehrten im November des vorigen Jahres nach langjährigem Exil in die Türkei zurück, um dort eine legale Partei zu gründen. Begleitet wurden sie von einer internationalen Delegation, bestehend aus Mitgliedern des Europaparlaments, Juristen, Journalisten und Geistlichen. Vor deren Augen wurden sich noch auf dem Flugplatz festgenommen und mit verbundenen Augen abgeführt. Danach wurden sie - wie es auch aus den Strafanzeigen, die die beiden Politiker später stellten, hervorgeht - 19 Tage lang in Isolationshaft gefoltert. Dabei kamen von Elektroschocks bis zur Injektion von Medikamenten die grausamsten Methoden der Folter zur Anwendung.

Die Verantwortlichen in der Türkei können Sargin und Kutlu keine Gewalttaten vorwerfen. Sie werden einzig und allein wegen ihrer politischen Überzeugung angeklagt. Die Türkei ist das einzige Land in Europa, in dem Kommunisten von Gesetzes wegen wie Verbrecher behandelt werden. Die Verurteilung der türkischen Friedensfreunde aufgrund der Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches, wonach schon eine politische Überzeugung bestraft werden kann, verletzt die Menschenrechte. Die Vorschriften der Paragraphen 141 und 142 sind in erster Linie gegen die Kommunisten gerichtet, werden heute aber in der Praxis gegen alle oppositionellen Kräfte eingesetzt.

Das, was Sargin und Kutlu vor den Augen der Weltöffentlichkeit widerfahren ist, steht stellvertretend für tausende ähnlicher Fälle der Menschenrechtsverletzung. Allein die Zahl der Foltertoten, die die offiziellen Stellen eingestehen mußten, beläuft sich auf über 70. Dem Parlament liegen 200 Todesurteile zur Bestätigung vor. In den Gefängnissen befinden sich 30.000 politische Gefangene. Das kurdische Volk, das mit 10 Millionen ein Fünftel der Bevölkerung ausmacht, ist seiner elementarsten Rechte beraubt und tagtäglichen Übergriffen der Sicherheitskräfte und Repressalien ausgesetzt.

Die politischen Flüchtlinge bestehen auf ihr Recht der Rückkehr in ihre Heimat, auch wenn sie dort nach wie vor ernsthaften Gefahren an Leib und Leben ausgesetzt sind. Im Zuge ihrer Rückkehr geraten die Menschenrechtsverletzungen immer mehr ans Tageslicht, und zwar gerade in einer Zeit, in der von Liberalisierung und Demokratisierung die Rede ist.

In einem Hearing über die Menschenrechte in der Türkei, in dem Betroffene, Augenzeugen und Sachverständige zu Wort kommen werden, möchten wir versuchen zu analysieren, wie es um die Menschenrechte in der Türkei steht. Wir möchten Sie bitten, das Hearing, das im Juni dieses Jahres in Hamburg stattfinden soll, zu unterstützen und daran teilzunehmen.

Bisherige Unterzeichner:

Dr. Joachim Blau, Rechtsanwalt / Arne Börnsen, MdB - SPD / Helmut Bordiers, Rechtsanwalt / Dr. Ulrich Briefs, MdB-Grüne / Walter Bröhan, Rechtsanwalt / Edelgard Bulmahn, MdB-SPD / Jürgen Busack, Lehrer / Dr. Klaus Dammann, Rechtsanwalt / Dr. Franz-Josef Degenhardt, Rechtsanwalt / Hans Deß, Richter / Suat Esinsel, Gewerkschafter (DISK) / Anette Faße, MdB-SPD / Uwe Friesel, Schriftsteller / Wolfgang Gehrcke, DKP-Bezirksvors. / Dorothea Goergens, Rechtsanwältin / Hans-Dieter Grünefeld, Publizist / Bernd Hahnfeld, Richter / Jens Peter Hjört, Rechtsanwalt / Hannes Holländer, DFU-Geschäftsführer / Barbara Hüsing, Rechtsanwältin/ Hans-Erich Jürgens, Richter / Trudel Karcher, Hochschullehrerin / Anne Kohfeld, Lehrerin /

Weitere Unterzeichner siehe Rückseite

TÜRKİYE SOSYALİST İŞÇİ PARTİSİ ARŞİVİ

Ulrich Krampe, Rechtsanwalt / Gerhard Kromschröder, Journalist / Eckart Kuhlwein, MdB-SPD / Prof. Ingrid Kurz, Professorin-FHS / Dr. Martin Kutscha, Rechtsanwalt / Prof. Dr. Klaus Liebe-Harkort, Türkologe / Volker Lindemann, Richter / Hilmar Liptow, Künstler / Heike Lüdemann, Rechtsanwältin / Dr. Udo Mayer, Dozent / Sonja Meersmann / Klaus Müller-Knapp, Rechtsanwalt / Erhan Özcelik, Journalist / Jan Oostergetelo, MdB -SPD/ Prof. Dr. Norman Paech, Hochschullehrer / Helmut Platow, Rechtsanwalt / Reiner Ploria, Rechtsanwalt / Sibylle Raasch, Dozentin / Christian Rahn, Rechtsanwalt / Prof. Dr. H. Rittstieg, Hochschullehrer / H.J. Schneider, Rechtsanwalt / Peter Schütt, Schriftsteller / Rüdiger Schulz, Rechtsanwalt / Günther Schwarberg, Journalist / Bärbel Schwarz, Richterin / Heide Simonis, MdB-SPD / Katrin Steinbach, Richterin / Georg E. Strohwald, Rechtsanwalt / Cornelia Theel, Rechtsanwältin / Murat Tokmak, Gewerkschafter (DISK) / Doris Tritschler, Richterin / Rainer Utikal, Rechts-anwalt / Hartmut Wegener, Jurist / Prof.Dr. Voegeli, Hochschullehrer / Prof.Dr. Zechlin, Hochschullehrer

Das Hearing "Menschenrechte in der Türkei" findet statt am Sonnabend, den 11. Juni 1988
ab 15 Uhr im Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 13, 2000 Hamburg 13

Themen des Hearings, die von Betroffenen und Experten dargelegt werden, sind:
Folter
Situation politischer Gefangener
Politische Prozesse
Meinungsfreiheit
Organisationsfreiheit
Staatsbürgerschaftsrecht
Minderheiten, die Lage des kurdischen Volkes.

Veranstalter ist die "Initiative für den Schutz der in die Türkei zurückkehrenden politischen Emigranten (ISPE)".

Spenden für das Hearing bitte auf das Konto: RA Christian Rahn, RA - Anderkto., PschA Hamburg 114394-202, Stichwort "Hearing".

Ich unterstütze das Hearing "Menschenrechte in der Türkei" und bin mit der Veröffentlichung meines Namens einverstanden.

Name	*Anschrift*	*Beruf/Funktion*	*Unterschrift*

(Beruf/Funktion dient nur der Information)

Kontaktanschrift:
Rechtsanwalt Christian Rahn
Cremon 11
2000 Hamburg 11
Telefon: 37 30 99

Verantwortlich: Christian Rahn **Eigendruck**

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI TÜSTAV

Hearing: "Menschenrechte in der Türkei"
11. Juni 1988 - Curiohaus, Hamburg

Zeitplan und Grundkonzeption

15.00
~~14.30~~ Beginn Christiane Albrecht
Eröffnung und Begrüßung durch die GEW-Hamburg

30' Verschiebung

14.35 Erhan Özcelik (ISPE)
Einleitende Worte, kurzer historischer Abriß, Einführung in das Thema und 40. Jahrestag der Menschenrechtskonvention

14.45 Christian Rumpf (Max-Planck-Institut f. Völkerrecht, Heidelberg)
Das Verhältnis der Türkei zur den internationalen Vereinbarungen der Europäischen und Internationalen Menschenrechtserklärungen

15.05 ~~Prof. Martin Hirsch (Verfassungsrichter i.~~R.)
Einschränkungen der Rechte und Freiheiten in der Türkei durch Verfassung und Gesetze, Verhältnis Bundesrepublik - Türkei

15.25 Prof. Dr. Norman Paech (Prof. f. Völkerrecht an der HWP Hamburg)
Analyse der Strafjustiz in der Türkei aus der Sicht der internationalen Rechtsnormen

Hans-Werner Odendahl
15.40 ~~Reinhard Hocker (GEW Köln)~~
Politische Prozeße in der Türkei gegen Parteien, Gewerkschaften, Vereine und andere Organisationen

15.55 Kurze Pause

- -

16.00 Gerhard Kromschröder (Journalist bei "Stern")
Über die Prozeßeröffnung gegen die Oppositionspolitiker N. Sargin und H. Kutlu

16.15 Dr. Ali Söylemezoglu (Chefredakteur bei "Türkiye Postasi")
Analyse der Organisationsfreiheit in der Türkei und die Auswirkungen der Paragraphen 140 ff. StGB auf alle gesellschaftlichen Bereiche

16.35 Prof. Dr. Hakki Keskin (Prof. f. Sozialpädagogik an der FH Hamburg)
Auswirkungen der Einschränkungen der Meinungsfreiheit für Intellektuelle und Demokraten im Ausland

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

16.50 Deniz Kavukcuoglu (freier Journalist)
Einschränkung der Organisationsfreiheit am Beispiel des beabsichtigten Verbots der Sozialistischen Partei

17.05 Yildiz Sargin ~~oder Çiçek Yagci~~ (Ehefrauen der Oppositionspolitiker N. Sargin und H. Kutlu)
Über die Rückkehr und Anliegen der beiden Oppositionspolitiker N. Sargin ~~und H. Kutlu~~

17.15 Große Pause

17.35 ~~N.N.~~ Karsten Baethje (amnesty international)
Über die Folter in der Türkei, die Situation des kurdischen Volkes und die Verfolgung ethnischer und religiöser Minderheiten

17.50 Enver Karagöz (TÖB-DER) (Folteropfer und ehem. politischer Gefangener)
Betroffenenbericht über Folter und politische Verfolgung sowie die Situation in den Gefängnissen

18.00 Dr. Bülent Tarakcioglu (Neurologe im Exil)
Systematik der Folterpraxis und deren Folgen

18.15 Prof. Dr. Klaus Liebe-Harkort (Turkologe, GEW)
Zur Situation der politischen Gefangenen und deren Angehörigen

18.30 Berin Uyar (Journalistin)
Betroffenenbericht als ehemalige politische Gefangene

18.40 Kleine Pause

18.45 Dr. Ahmet Beyik
Über die Verfolgung des kurdischen Volkes

19.00 Turgan Arinir (Rechtsanwalt)
Zur Praxis der Ausbürgerungen

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

19.15 Beria Onger (Vorsitzende des Progressiven Frauenverbandes)
Zum Recht auf Rückkehr in die Türkei

19.25 Erhan Özcelik (ISPE)
Resümee
und
Verlesung und Verabschiedung der Schlußerklärung

19.45 Ende des Hearings

- -

20.00 Kulturbeiträge
bis 22.00

22.00 Ende der Veranstaltung

- -

Parallel zum Kulturteil besteht die Möglichkeit zur Einnahme eines Coktails für die Podiumsteilnehmer und Gäste.

Moderation: Klaus Balzer

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Erhan Özçelik
Journalist

2000 Hamburg 50
Gerichtstr. 4
Tel.: (040) 38 48 64

Initiative für den Schutz der in die Türkei zurückkehrenden pol. Emigranten

Erhan Özçelik . Gerichtstr.4 . 2000 Hamburg 50

Hamburg, den 6.6.1988

EINLADUNG FÜR DIE MEDIEN

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir möchten Sie herzlich zu der Pressekonferenz am 8. Juni 1988 um 12.OO Uhr in der Presse-Launch des Hamburger Rathauses einladen. Die Pressekonferenz findet aus Anlaß der zum Prozeßbeginn gegen Haydar Kutlu und Dr. Nihat Sargin stattfindenden Mahnwache (Gänsemarkt, 8. Juni 1988 lO-19.oo Uhr) sowie des Hearings "Menschenrechte in der Türkei" (11. Juni, 15.OO Uhr im Curio-Haus) statt.

An derPressekonferenz werden teilnehmen, u.a. Christa Randzio-Plath (MdBü-SPD), Karsten Baethge (amnesty international), Erhan Özcelik (ISPE).

Parallel zu der Mahnwache werden Persönlichkeiten aus Hamburg dem türkischen Generalkonsul einen Brief überreichen.

Wir möchten Sie auf das beiliegende Hintergrundmaterial hinweisen und bittes redaktionell zu berücksichtigen.

In der Hoffnung Sie auf der Pressekonferenz begrüßen zu dürfen verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

Für die Veranstalter

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Vollständige Liste der bisherigen Unterzeichner des Aufrufs zum Hearing MENSCHENRECHTE in der TÜRKEI

Dönay Acarbas, pol.Emigrantin / Halis Acik, Dreher / Dursun Akcam, Journalist / Manfred Alex, Rechtsanwalt / Heidi Alm-Merk, MdL-Niedersachsen / Christiane Albrecht, Vorsitzende der GEW Hamburg / Franke Altona / S. Atasoy, Student / Ulrich Auffermann, Student / Lydie Auvray, Musikerin / Herbert Baade, Landesvorsitzender der VVN-BdA / Klaus Balzer, Journalist / Gert Bastian, MdB-GRÜNE / Markus Becker, Vertretungskollektiv JUDO / Dr. Joachim Blau, Rechtsanwalt / Thea Bock, MdBü-GAL / Rene Böll, Lamuv-Verlag / Arne Börnsen, MdB-SPD / Michael Böttcher, Rechtsanwalt / Helmut Bordiers, Rechtsanwalt / Walter Brehm, Pfarrer / Dr. Ulrich Briefs, MdB-GRÜNE / Walter Bröhan, Rechtsanwalt / Dr. Ursula Brucks, Psychologin / Andreas Bruns, Präsident des SP Uni HH / Edelgard Bulmahn, MdB-SPD / Jürgen Busack, Lehrer / Martin Busche / Ulla Bussek, MdBü-GAL / Evelyn Butter-Berking, Rechtsanwältin / Eberhard Carl, Richter / R. Caspari, Umschüler / Rudi Christian, Betriebsratvorsitzender / Susanne Commerell, MdBü-GAL / Martin Conze, Student / Dr. Klaus Dammann, Rechtsanwalt / Dr. Franz-Josef Degenhardt, Rechtsanwalt / Dehmichen, Dipl.-Psychologe / Hans Deß, Richter / Dittrich, Dozentin / Demir Dogan, Maschinenschlosser / J. Engler, Student / Nafia Ertugrul, Arbeiterin / Suat Esinsel, Gewerkschafter-DISK / Nazim Evren, Dreher / Anette Faße, MdB-SPD / Ferdinand Feil, Student / Nurettin Firat, Arbeiter / Michael Fischer, Rechtsref./VDJ / Ralf Fischer, Bundvorstand Demokratische Sozialisten / Klaus Förter-Vendey, Landersekretär VVN-BdA / Günter Frank, Lehrer / Helmut Frenz, Pastor / Uwe Friesel, Schriftsteller / Gabelmann, Präsidium SP Uni HH / Prof. Monika Ganseforth, MdB-SPD / Wolfgang Gehrcke, DKP-Bezirksvorsitzender / Peter Gingold, I.E.D.W. / Ruth Glashoff, Lehrerin / Adrienne Goehler, MdBü-GAL / Kai Göken, Jura-Student / Dr. Rose Gölte, MdB-SPD / Dorothea Goergens, Rechtsanwältin / Dorothea Goergens, Rechtsanwältin / Prof. D. H. Gollwitzer, Berlin / Hans-Dieter Grünefeld, Publizist / Detlef Gumbach, Buchhändler / Bernd Hahnfeld, Richter / Karl-Heinz Hansen, DS-FL / Alexander Haschemi / Jörg Hasenkamp / Jörn Heher, Zahnarzt / Hanno Heßmer, Student / Kristin Heyne / Jens Peter Hjort, Rechtsanwalt / Eberhard Hoffmann, Student / Hannes Holländer, DFU-Geschäftsführer / Mülayim Hüseyin, Student / Barbara Hüsing, Rechtsanwältin / Gaby Inden, Lehrerin / Claus Jahncke, Gewerkschaftssekr. / Jan Jalass, MdBü-SPD / Ulla Jelpke, MdBü-GAL / Hans-Erich Jürgens, Richter / Cornelia Jürgens, MdBü-GAL / Dr. Wolf-Dieter Just, Studienleiter / Trudel Karcher, Hochschullehrerin / Naci Keles, Tischler / Petra K. Kelly, MdB-GRÜNE / Irvem Keskinoglu, Bildungabteilung-DISK / Gülay Keskinoglu, Gewerkschaftssekretärin-DISK / Dr. Kirstein, Physiker / Prof. Dr. Ulrich Klug, Justizsenator a.D. / Helga Köhler, Hausfrau / H. Köhler, Tischler / Anne Kohfeld, Lehrerin / Christine Kostzewa, Studentin / Ulrich Krampe, Rechtsanwalt / Konstanze Krebs, Lehrerin / Maria Kreith-Wismer, Putzfrau / Tessa Kröger, GSin / Walther Kröner, Vorsitzender der GEW-Köln / Gerhard Kromschröder, Journalist / Eckart Kuhlwein, MdB-SPD / Anja Kuhr, MdBü-GAL / Christina Kukielka, MdBü-GAL / Prof. Ingrid Kurz, Professorin-FHS / Dr. Martin Kutscha, Rechtanwalt / Tina Lakemeier, Studentin / Heinz Lang, Referent beim PV DKP / Prof. Dr. Klaus Liebe-Harkort, Türkolog / Volker Lindemann, Richter / Dr. Rolf Linkohr, MdEP-SPD / Hilmar Liptow,

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Künstler / Jan Lucas, Student-RCDS / Heike Lüdemann, Rechtsanwältin / Meinhard Mäker, Angestellter / Sonja Meersmann / Renate Metzger-Carl, Hausfrau / Ele Meyer, Buchhändlerin / Dr. Udo Meyer, Dozent / Dr. Karl-Heinz Mölich, Bundessekretär der VDJ / Michael Müller, MdB-SPD / Hermann Müller, Bundesvorstand VVN / Klaus Müller-Knapp, Rechtsanwalt / Dieter Muth-Keith, Student / Marie Neumüller, Studentin / Erhan Özcelik, Journalist / Jan Oostergetelo, MdB-SPD / Prof. Dr. Norman Paech, Hochschullehrer / Jacovus Papadopoulos, Betriebswirt / Peter Paterna, MdB-SPD / Cornelia Peters, Dipl. Volkswirtin / Dr. Robert Pfeiffer, Arzt / Helmut Platow, Rechtsanwalt / Reiner Plorin, Rechtsanwalt / Ingrid Pohland, Vorsitzende der DPG-Hamburg / Uwe Post, Angestellter / Helmuth Prieß, Major-1.stellv. Bürgermeister von Swistall / Johanna Püper, Doktorantin / Sibylle Raasch, Dozentin / Christian Rahn, Rechtsanwalt / Christa Randzio-Plath, MdBü-SPD / Peter Raykowski / Birgit Rehder, Studentin / Uwe Rietz, MdBü-SPD / Prof. Dr. H. Rittstieg, Hochschullehrer / Imke Röbken, RSG / Ilona Roeder, Erzieherin / Gudi Roller, Lehrerin / Erika Romberg, MdBü / Jürgen Roth, Journalist / Hajo Sassenscheidt, Schulpsychologe / Helmut Schabacker, DFU / Dagmar Schabacker, Komitee gegen den Golfkrieg / Katharina Schäfer, Studentin / Joachim Schaller, Rechtsprakt. / Nicole Scherrer / Renate Schmidt, MdB-SPD stellv. Fraktionsvorsitzende / Frank Schmitz, Rechtsref. / H.J. Schneider, Rechtsanwalt / Hans-Günther Schramm, MdL-Bayern / Ottmar Schreiner, MdB-SPD / Peter Schütt, Schriftsteller / Rüdiger Schulz, Rechtsanwalt / Ingrid Schuster, Gewerkschaftssekretärin / Frank Schwalba-Hoth, Geschäftsführer der Grün-Alternativen Fraktion im EP / Günther Schwarberg, Journalist / Bärbel Schwarz, Richterin / Alexandra Senfft, MdB-GRÜNE Nahostreferentin / Heide Simonis, MdB-SPD / Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, MdB-SPD / Arnd Spahn, Gärtner / Dorothee Stapelfeldt, MdBü-SPD / Katrin Steinbach, Richterin / Jürgen Stopel, Steuerfachgehilfe / Gerhard Strate, Rechtsanwalt / Gerhard Strauch, Rechtsanwalt / Georg E. Strohwald, Rechtsanwalt / Prof. Dr. Gerhard Stuby, Hochschullehrer / Cornelia Theel, Rechtsanwältin / Reiner Tichy, Handwerker für den Frieden / Murat Tokmak, Vorstandsmitgl. d. DISK / Doris Tritschler, Richter / Rainer Utikal, Rechtsanwalt / Dr. med. Ulrich Vieth, Bundesgeschäftsführer IPPNW / Alexander Virchow, Präsidium des SP Uni HH / Prof. Dr. Voegeli, Hochschullehrer / Ingo Vogel, Student / Wulf-Bodo Wahl, Wissenschaftler / Hartmut Wegener, Jurist / Gisela Wiese, Lehrerin-Pax Christi / Walter Wittenberg, Politologe Geschäftsführer der MASCH / Gregor Zahnow, Student / Prof. Dr. Lothar Zechlin, Hochschullehrer / Dr. H. Zillmer, Dipl.-Psychologe / Margit Zopf, Rechtssekr.-VDJ / Gerlinde Zorzi, Studentin / M. Zumpe, Feinmechaniker

TÜRKİYE SOSYALİST ARŞİVİ VAKFI

CHRONOLOGIE DER RÜCKKEHR

07.10.1987.....Pressekonferenz in Brüssel. In einer gemeinsamen Pressekonferenz geben die Vorsitzende der Arbeiterpartei der Türkei (TIP), Behice Boran, und der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP), Haydar Kutlu, bekannt, daß die Zentralkomitees ihrer Parteien den Beschluß faßten, beide Parteien unter dem Namen Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei (TBKP) zu vereinen und erläutern den Programmentwurf der neuen Partei.

10.10.1987.....Die Vorsitzende der TIP erliegt in ihrer Wohnung in Brüssel einem Herzanfall.

15.10.1987.....Der Leichnam Behice Borans wird nach einer Trauerfeier in Brüssel, an der auch der Generalsekretär der TIP, Nihat Sargin, und der Generalsekretär der TKP, Haydar Kutlu, teilnehmen, nach Ankara übergeführt.

16.10.1987.....In Ankara findet vor dem Parlament eine offizielle Trauerfeier für Behice Boran in ihrer Eigenschaft als frühere Parlamentsabgeordnete statt. Danach wird sie nach Istanbul gebracht.

18.10.1987.....Der Trauerzug bei der Beisetzung Behice Borans, an der 30.000 Menschen teilnehmen, entwickelt sich zu einer großen Protestdemonstration.

27.10.1987.....In einer gemeinsamen Erklärung geben die Zentralkomitees der TIP und der TKP ihren Beschluß bekannt, ihre Generalsekretäre in die Türkei zu entsenden, um dort die TBKP legal zu konstituieren.

11.11.1987.....Nihat Sargin und Haydar Kutlu berufen eine Pressekonferenz, in der sie die Absicht ihrer Rückkehr erklären und auf die Fragen der Presse antworten.

16.11.1987.....Nihat Sargin und Haydar Kutlu landen mit einem Linienflugzeug der Lufthansa in Begleitung einer 30 köpfigen Delegation, der auch Journalisten und Parlamentarier angehören, in Ankara und werden sofort mit Handschellen und Augenbinden in ein spezielles Fahrzeug gezerrt und in das Polizeipräsidium von Ankara gefahren.

02.12.1987.....Nach 17 Tagen Verhör durch die Polizei werden die beiden Generalsekretäre der Staatsanwaltschaft des Staatssicherheitsgerichts von Ankara vorgeführt.

05.12.1987.....Nach 3 tägigem Verhör durch den Staatsanwalt des Staatssicherheitsgerichts, Nusret Demiral, werden die beiden Politiker verhaftet und in die Zentrale Geschlossesne Haftanstalt von Ankara (Ankara Merkez Kapali Cezaevi) eingewiesen. Als sie das Fahrzeug besteigen, das sie zum Gefängnis bringen

TÜRKİYE POSTA TELGRAF FİRMA ANKET

soll, rufen sie den anwesenden Journalisten zu, daß sie im Polizeipräsidium gefoltert wurden.

11.03.1988.....Die Staatsanwaltschaft legt die Anklageschrift gegen Kutlu, Sargin und 14 weiteren Mitangeklagten vor.

29.04.1988.....Das Staatssicherheitsgericht von Ankara gibt bekannt, daß die erste Sitzung des Verfahrens gegen Sargin und Kutlu am 8. Juni 1988 stattfinden wird.

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

AUSZÜGE aus der ANKLAGESCHRIFT der Staatsanwaltschaft gegen SARGIN und KUTLU

HAYDAR KUTLU wird Angeklagt,

"der Generalsekretär der illegalen TKP (Kommunistischen Partei der Türkei zu sein und zu den Gründern der TBKP (Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei) zu gehören, die Errichtung einer marxistisch-leninistischen Staats- und Regierungsform in der Türkei anzustreben und mit dieser Zielsetzung,

1.) die Gründung einer illegalen Partei zu beabsichtigen, die das Ziel hat, die Diktatur einer sozialen Klasse über andere soziale Klassen zu errichten oder eine soziale Klasse zu beseitigen, oder eine der wirtschaftlichen und sozialen Grundordnungen im Lande umzustürzen; eine solche Partei zu organisieren und zu leiten oder für eine diese Ziele verfolgende Partei in diesen Fragen als Anleiter zu fungieren,

leitende Funktionen in zwei illegalen Parteien zu bekleiden,

(...)

3.) sich im Ausland durch Herausgabe von Publikationen, die illegal ins Land eingeschleust werden und in denen über die Zustände im Lande unbegründete, übertriebene oder bestimmten Absichten dienende Nachrichten verbreitet werden, und die geeignet sind, das Ansehen und die Autorität des Staates im Ausland zu untergraben, in einer die nationalen Interessen schädigenden Art und Weise zu betätigen, ..."

NIHAT SARGIN wird Angeklagt,

"der Generalsekretär der illegalen TIP (Arbeiterpartei der Türkei zu sein und ..." (im Weiteren folgt der gleiche Wortlaut)

"Bei dieser Art von Straftaten muß der Täter bestraft werden, unabhängig davon, ob die Tat zustande kam oder nicht. Denn die Aktivitäten zur Zerstörung der Hauptstruktur des Staates, zur Beseitigung der sozialen Ordnung haben angefangen. Es hat keinen Sinn das Ergebnis abzuwarten. Denn wenn das Ergebnis abgewartet werden würde, würde es zu spät sein."

"Die unter der Bezeichnung Kommunistische Partei der Türkei konstituierte Partei hat seit der Gründung des Staates Türkische Republik zu keiner Zeit eine legale Identität aufzuweisen. Die Gründe dafür sind, daß in den Verfassungen der Türkischen Republik von 1924, 1961, 1982 die festgeschriebene Staatsforn und -ordnung klar definiert und innerhalb dieses Rahmens diese Anschauung nicht vorgesehen ist. Ferner ist man von der Annahme ausgegangen, daß das türkische Volk mit dem Programm dieser ungesetzlichen Partei nicht einverstanden wäre."

"Vor dem Gesetz ist jeder 'ohne Unterschied und ohne Ansehen der Sprache, der Rasse, der Farbe, des Geschlechts, der politischen Ansichten, den philosophischen Bekenntnissen, der Religion, der Konfession usw. gleich'. Die geistige Haltung, die das verbietet und (wie im vorliegenden Fall) die Gründung einer Staatsordnung entsprechend dem marxistisch-leninistischen Gedanken bezweckt, hat keine Gültigkeit."

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

"Der Kommunismus ist ein gesellschaftliches Problem. Die Lage unseres Landes, seine gesellschaftlichen Bedingungen, die Kraft seiner religiösen und nationalen Traditionen, und auch die angeborenen Tugenden unserer Nation erlauben es absolut nicht, den Kommunismus bei uns anzuwenden.

Deswegen werden die vorliegenden Parteiprogramme, die Gedanken, die von den Gründern dieser Partei geäußert werden und ihre Aktionen von unserer Verfassung zurückgewiesen und sind außerdem gesetzlich unter Strafe gestellt."

Wortlaut des § 141 Abs.1 des türkischen StGB, nach dem für SARGIN und KUTLU u.a. die TODESSTRAFE beantragt wird:

"Wer Organisationen, die darauf gerichtet sind, die Diktatur einer sozialen Klasse über die anderen sozialen Klassen zu errichten, oder eine soziale Klasse zu beseitigen, oder irgendeine der im Lande bestehenden wirtschaftlichen oder sozialen Grundordnungen umzustürzen, in welcher Form und unter welcher Bezeichnung auch immer zu gründen schreitet, oder gründet, oder ihre Aktivitäten führt und leitet, oder Anleitungen zu diesen Taten gibt, wird mit schwerer Gefängnisstrafe von 8 bis 15 Jahren bestraft. Wer mehrere oder alle solcher Organisationen führt und leitet, wird zum Tode verurteilt."

In der Anklageschrift heißt es:

"In den Aussagen des § 141 des türkischen StGB:

...

'diejenigen, die einige oder alle dieser besagten Vereinigungen führen oder leiten',

...

wird festgestellt, daß sie die Erscheinung der Angeklagten NABI YAGCI (HAYDAR KUTLU) und A. NIHAT SARGIN wiederspiegeln."

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

WORTLAUT DER GENANNTEN ABSÄTZE DER §§ 140, 141 UND 142:

§ 140:
"Derjenige Bürger, der im Ausland über die Zustände im Lande unbegründete, übertriebene oder bestimmten Absichten dienende Nachrichten publiziert, die geeignet sind das Ansehen und die Autorität des Staates im Ausland zu untergraben oder sich in einer die nationalen Interessen schädigenden Art und Weise betätigt, wird mit schwerer Gefängnisstrafe nicht unter 5 Jahren bestraft."

§ 141 Absatz 1:
"Wer Organisationen, die darauf gerichtet sind, die Diktatur einer sozialen Klasse über die anderen sozialen Klassen zu errichten, oder eine soziale Klasse zu beseitigen, oder irgendeine der im Lande bestehenden wirtschaftlichen oder sozialen Grundordnungen umzustürzen, in welcher Form und unter welcher Bezeichnung auch immer zu gründen schreitet, oder gründet, oder ihre Aktivitäten führt und leitet, oder Anleitung zu diesen Taten gibt, wird mit schwerer Gefängnisstrafe von 8 bis 15 Jahren bestraft. Wer mehrere oder alle solcher Organisationen führt und leitet, wird zum Tode verurteilt."

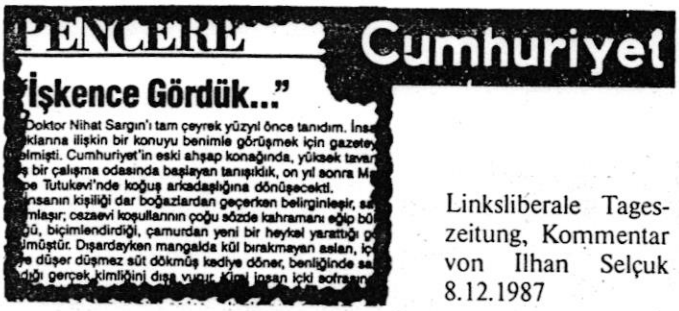
§ 142 Absatz 1:
"Wer mit der Zielsetzung, die Diktatur einer sozialen Klasse über die anderen sozialen Klassen herzustellen, oder eine soziale Klasse zu beseitigen, oder irgendeine der im Lande bestehenden wirtschaftlichen oder sozialen Grundordnungen umzustürzen, oder die politischen und rechtlichen Ordnungen des Staates vollständig zu vernichten, in welcher Form auch immer Propaganda betreibt, wird mit schwerer Gefängnisstrafe von 5 bis 10 Jahren bestraft."

§ 142 Absatz 3:
"Wer sich zum Ziel setzt, die verfassungsmäßigen öffentlichen Rechte aufgrund von rassistischen Erwägungen teilweise oder vollständig aufzuheben, oder zwecks Zerstörung oder Schwächung der nationalen Gefühle Propaganda betreibt, wird mit Gefängnisstrafe von 1 bis 3 Jahren bestraft."

§ 142 Absatz 6:
"Werden die oben beschriebenen Taten durch Publikationsmittel begangen, so wird die Strafe um die Hälfte erhöht."

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

DIE GRÖSSTEN TAGESZEITUNGEN DER TÜRKEI BERICHTETEN ÜBER DIE FOLTERPRAXIS


PENCERE

Cumhuriyet

İşkence Gördük..."

Doktor Nihat Sargın'ı tam çeyrek yüzyıl önce tanıdım. İnsa
klarına ilişkin bir konuyu benimle görüşmek için gazete
lmişti. Cumhuriyet'in eski ahşap konağında, yüksek tavan
ş bir çalışma odasında başlayan tanışıklık, on yıl sonra M
pe Tutukevi'nde koğuş arkadaşlığına dönüşecekti.
nsanın kişiliği dar boğazlardan geçerken belirginleşir, sa
mlaşır; cezaevi koşullarının çoğu sözde kahramanı eğip bü
ü, biçimlendirdiği, çamurdan yeni bir heykel yarattığı g
lmüştür. Dışardayken mangalda kül bırakmayan asilan, iç
ye düşer düşmez süt dökmüş kediye döner, benliğinde sa
ığı gerçek kimliğini dışa vurur. Kişi insan içki sofrasın

Linksliberale Tageszeitung, Kommentar von Ilhan Selçuk 8.12.1987

Ich habe Dr. Nihat Sargın vor genau einem viertel Jahrhundert kennengelernt. Er war, um eine Frage über die Menschenrechte mit mir zu besprechen, in die Redaktion gekommen. Die lange Freundschaft, die in einem halbdunklen Arbeitszimmer der mit hohen Wänden und aus Holz gebauten alten Unterkunft der 'Cumhuriyet' begann, währte zehn Jahre später auch im Gefängnis von Maltepe als Revierfreundschaft fort...

...Ein Gefängnisrevier ist wie eine Bühne, die die menschliche Persönlichkeit im Drehbuch des Lebens in den richtigen Rahmen setzt.

Gerade auf dieser Bühne habe ich Nihat aus der Nähe kennengelernt...

... Sargın nahm bei der Hinführung unter Polizeibewachung zum Gefängnis-Transporter die Gelegenheit wahr, um das mitzuteilen, was er mitteilen wollte:
"-Wir wurden gefoltert!"
Manche können zweifeln:
– Ist das auch wahr?

Da ich die Gelegenheit hatte, Nihat näher kennenzulernen, betone ich hiermit, daß es zu einem solchen Zweifel nicht den geringsten Grund gibt:
– Es ist wahr!...

...In diesen Tagen sind Diskussionen über die Kommunistische Partei entfacht. Soll sich die Kommunistische Partei konstituieren? Soll sie legalisiert werden? Wie viele Stimmen wird die Kommunistische Partei bei Wahlen bekommen? Wie aus einem Munde heißt es, sie wird bei Wahlen 2-3% oder höchstens 4% der Stimmen erhalten. Darum stelle sie keine Gefahr dar. Und Özal könnte die Verbote über die Kommunistische Partei aufheben, um in die EG aufgenommen zu werden. Während das alles in Manier eines einnützigen Unternehmers diskutiert wird, werden an den führenen Persönlichkeiten der TBKP Folterungn durchgeführt, in der Hauptstadt und vor der Nase des Ministerpräsidentenamtes. Vor seinem Abflug nach Amerika, wo er sich einer Augenoperation unterziehen wird, erklärt der Ministerpräsident:

"-Wir überspringen ein Jahrhundert!"

Und es wird ihm applaudiert.

In der Hauptstadt vermischen sich die Stimmen der Gefolterten aus dem "Spiegelzimmer" mit den Lauten des Beifalls.
Sicherlich ist das Auge von Özal sehr wichtig. Diese "Operation" muß in Amerika durchgeführt werden. Gott soll ihm Gesundheit schenken. Wir wünschen ihm baldige Genesung. Aber was für einen Sinn soll gerade zu diesem Zeitpunkt in der Hauptstadt der Türkei die Durchführung der "Operation" an den beiden Führern der TBKP ergeben?
Wenn Özals Auge ein Auge, sein Herz ein Herz ist, sind die Augen, die Herzen, die Hände, die Lungen, die Nerven, die Finger und das Leben von Sargın und Kutlu, keine Augen, keine Herzen, keine Hände, keine Lungen, keine Nieren, keine Finger und kein Leben.
Aber meine Herren, die sind doch Kommunisten; die Kommunisten haben keine Augen, keine Herzen und kein Leben; sie sind keine Menschen; Folterungen an den Kommunisten sollten als natürlich betrachtet werden, oder nicht?
Exakt mit dieser Einstellung werden wir ein Jahrhundert überspringen, aber direkt ins Mittelalter.

BUGÜN

Milliyet

İŞKENCE

TIP yöneticisi Nihat Sargın dün "İşkence gördük" diye bağırdı.
19 gün gözaltında kalmıştı. Dün ilk defa Devlet Güvenlik Mahkemesi'ne çıkarıldı. Yargıç, gizli yapılan sorgudan sonra tutuklama kararı verdi. Bu karardan sonra DGM'den çıkarılırken, görevlilerin arasından basın mensuplarına seslenerek, sadece onu söyleyebildi:
—"İşkence gördük."
Sargın'ın TKP yöneticisi Haydar Kutlu'yla birlikte gözaltında tutulduğu yerlerin, Emniyet'in "en lüks" odaları

Liberale Tageszeitung, Leitartikel von Altan Öymen, 7.12.1987

Gestern rief der führende Politiker der TIP, Nihat Sargın laut aus: "Wir wurden gefoltert!"
Er war davor für 19 Tage in der Untersuchungshaft. Gestern wurde er zum ersten Mal dem Staatssicherheitsgericht vorgeführt. Der Richter sprach nach der geheimen Verhandlung den Haftbefehl aus. Nach diesem Beschluß und beim Verlassen des Staatssicherheitsgerichts konnte er aus der Mitte von Bediensteten, den Pressevertretern nur den folgenden Satz zurufen: "Wir wurden gefoltert!"
Die Örtlichkeiten, in der Sargın und der führende Politiker der TKP, Haydar Kutlu während der Untersuchungshaft festgehalten wurden, sind von den Offiziellen als die "luxuriösesten" Räume des Polizeipräsidiums tituliert worden. Wenn es auch so wäre, steht nun die Behauptung im Raum, daß auch dieser "Luxus" nicht ausgereicht hat, um die Angeklagten vor der Folterung zu retten...
...Die Özal-Regierung verkündet stets, daß sie die Menschenrechte und -freiheiten achtet. Sie sagt, daß unser Land, was die Frage der Menschenrechte und -freiheiten betrifft, die EG-Normen aufholen wird. Obgleich gibt es immer noch ein großes Gefälle zwischen dem, was sie sagt und was sie tut. Angesichts des Rechtssystems und der Rechtspraxis, unter denen die Menschen allein wegen ihrer Meinungen eingekerkert werden, hat sie nicht einmal ihren kleinen Finger krumm gemacht. Sehen wir vorerst von den EG-Normen ab, vor uns steht jetzt eine aktuelle "Folter-Behauptung", die nicht einmal in die einfachsten "menschlichen Normen" paßt. Jene "Folter", die auch nach unserer Verfassung und unseren Gesetzen einen schwerwiegenden Straftatbestand darstellt. Wir werden jetzt sehen, was unsere, die Menschenrechte und -freiheiten achtende Regierung dagegen unternehmen wird?

bir günün hikâyesi

Ahmet ALTAN

GÜNÜN SÖZÜ

Hürriyet

İşkence iddiaları

Konservative Tageszeitung Die größte Tageszeitung Kommenter von Ahmet Altan 7.12.1987

"Heutzutage kann keine Nation auf der Erde vollkommen unabhängig sein. Wir können nicht sagen: "Wir foltern wen wir wollen und niemand kann sich dabei einmischen!" Es gibt eine gemeinsame Öffentlichkeit auf der Erde. Diese Öffentlichkeit kann sich in Amerika einmischen, in der Sowjetunion einmischen und auch in der Türkei einmischen.
Die Türkei ist keine einsame Insel und wir sind auch keine 50 Millionen von Robinson Crusoes. Wir sind ein Teil der Welt und können nicht eine Gewalttat, die die Welt ablehnt, gut heissen. Falls wir es doch tun, bleiben wir isoliert.
Ferner ist es auch nicht klar, warum gefoltert wird. **Was wollen wir durch Folterung von zwei Kommunisten, die unterstützt von europäischen Parlamentariern in ihr Land zurückkehren, eigentlich beweisen?** Daß wir die Welt ignorieren? Falls wir die Welt ignorieren, was sucht dann unser Ministerpräsident in Amerika? Wieso feilscht er dann mit amerikanischen Bankiers, um ein bißchen mehr Geld zu erhalten? Weshalb bemühen wir uns dann um die Mitgliedschaft in der EG? Warum versuchen wir dann in Europa Waren zu verkaufen?

TÜRKEI SOLIDARITÄT MAVAKI

amnesty international

INTERNATIONAL SECRETARIAT
1 Easton Street London WC1X 8DJ
United Kingdom

URGENT ACTION

EXTERNAL (for general distribution)

AI Index: EUR 44/84/87
Distr: UA/SC

2 December 1987

Further information on UA 324/87 (EUR 44/78/87 19 November) - Legal Concern/Health Concern

TURKEY: Haydar KUTLU
Dr Nihat SARGIN

Amnesty International is informed that the incommunicado detention of Haydar Kutlu, Secretary General of the illegal Turkish Communist Party (TKP), and Dr Nihat Sargin, Secretary General of the banned Turkish Workers' Party (TIP), has been extended by the prosecutor of Ankara State Security Court for another week. The two men were taken into custody on 16 November 1987 in Ankara upon returning to Turkey from exile.

This extension is in contravention of Article 19 of the Turkish 1982 Constitution and Article 128 of the Turkish Criminal Procedure Code, defining as 15 days the maximum detention period before a suspect has to be charged and is either formally arrested or released on the order of a judge. The 15 days' detention period expired on 30 November. Furthermore the extended detention period violates Article 5 of the European Convention on Human Rights to which Turkey is a State Party.

Amnesty International is informed that both men were visited on 1 December by members of the European Parliament currently in Turkey to observe the elections on 29 November. The MEPs could see the detainees through a window in the door of their cells but were not allowed to speak to them. During the last week photographs were published in the Turkish press showing both detainees in their pyjamas. Apparently the Turkish authorities were trying to prove that the men are in good health.

Amnesty International considers both men to be prisoners of conscience held on account of their non-violent political activities. According to Amnesty International's information neither Haydar Kutlu nor Nihat Sargin have ever used or advocated violence, and nor have the political parties in which they hold leading positions.

RECOMMENDED ACTION: Telegrams/telexes/express letters/airmail letters

appealing for the immediate and unconditional release of Haydar Kutlu and Nihat Sargin as prisoners of conscience.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

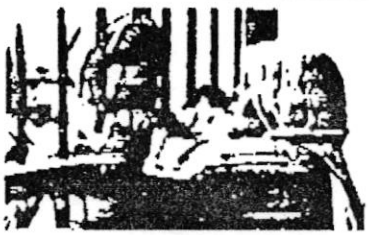
Telephone 01-833 1771 Telegrams: Amnesty London WC1 Telex: 28502

Amnesty International is an independent worldwide movement working for the international protection of human rights. It seeks the release of men and women detained anywhere because of their beliefs, colour, sex, ethnic origin, language or religious creed, provided they have not used or advocated violence. These are termed *prisoners of conscience*. It works for *fair and prompt trials* for *all political prisoners* and works on behalf of such people detained without charge or trial. It opposes the death penalty and torture or other cruel, inhuman or degrading

AMNESTY INTERNATIONAL

NEWSLETTER June 1988 Volume XVIII Number 6

CAMPAIGN FOR PRISONERS OF THE MONTH



Each of the people whose story is told below is a prisoner of conscience. Each has been arrested because of his or her religious or political beliefs, colour, sex, ethnic origin or language. None has used or advocated violence. Their continuing detention is a violation of the United Nations Universal Declaration of Human Rights. International appeals can help to secure the release of these prisoners or to improve their detention conditions. In the interest of the prisoners, letters to the authorities should be worded carefully and courteously. You should stress that your concern for human rights is not in any way politically partisan. In *no* circumstances should communications be sent to the prisoner.

TURKEY

Dr Nihat Sargin and Haydar Kutlu: *the 61-year-old Secretary General of the Turkish Workers' Party (TIP) and the Secretary General of the Turkish Communist Party (TKP), aged 43, they have been detained since returning on 16 November 1987 from several years in exile.*

In October the TKP and the TIP merged to form the Turkish United Communist Party (TBKP). The TIP was legal until the military coup of September 1980 when, like all other parties, it was banned. The TKP has been illegal since the 1920s. The two leaders returned in an attempt to legalize non-violent political activities.

Dr Sargin *(top)* and Haydar Kutlu *(bottom)* disembark on their arrival back in Turkey.

In violation of the maximum legal detention period in Turkey, Dr Sargin , a surgeon, and Haydar Kutlu were held for 19 days at Ankara Police Headquarters without access to lawyers or to their families. When they were allowed to talk to their lawyers for the first time, on 7 December, both alleged that they had been tortured during interrogation.

Dr Sargin wrote in his complaint to the prosecutor that he had been deprived of sleep for 170 hours, had been beaten, suspended in the air by his arms and given drugs to break his resistance. His complaint and that of Haydar Kutlu were rejected by the prosecutor who ruled that there were no grounds for prosecution. Dr Sargin later obtained a medical report stating that his right shoulder had been injured as a result of the treatment he had received.

Charges against them include membership of illegal organizations, communist propaganda, anti-state activities abroad, insulting the authorities and incitement to commit a crime. If convicted, they could be sentenced to long terms of imprisonment.

■ Please send courteous appeals for their immediate and unconditional release to: Prime Minister Turgut Özal/Basbakanlik/Ankara/Turkey.□

TÜRKİYE İŞÇİ PARTİSİ ARŞİVİ

Wichtige Adressen und Telefonnummern in Ankara

ADRESSE	TELEFON
Staatspräsident Kenan Evren Cumhurbaşkanlığı Köşkü Çankaya-Ankara/Türkei	
Ministerpräsident Turgut Özal Başbakanlık Bakanlıklar-Ankara/Türkei	118 57 76 125 57 76
Justizminister Altan Sungurlu Adalet Bakanlığı Bakanlıklar-Ankara/Türkei	
Innenminister Mustafa Kalemli İçişleri Bakanlığı Bakanlıklar-Ankara/Türkei	125 40 80 118 13 68
Generalstaatsanwalt des Staatssicherheitsgerichts Ankara Nusret Demiral Devlet Güvenlik Mahkemeleri Ankara/Türkei	128 69 89 127 76 77
Menschenrechtsverein - İnsan Hakları Derneği Vorsitzender RA Nevzat Helvacı Konur sokak 15/3 Yenişehir-Ankara/Türkei	118 10 71
Nachrichtenagentur ANKA Selanik caddesi 41/7 Kızılay-Ankara/Türkei	117 25 00
Kanzlei der Anwälte von Sargin und Kutlu RA Erşen Sansal Necatibey caddesi 22/11 Yenişehir-Ankara/Türkei	231 91 92
Sozialdemokratische Volkspartei - SHP Vorsitzender Erdal Inönü	230 32/25-32 231 94 32
Partei des Rechten Weges - DYP Vorsitzender Süleyman Demirel	117 22 39 118 18 12
Vaterlandspartei - ANAP Vorsitzender Turgut Özal	230 21/46-65

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Kurze Biographien von NIHAT SARGIN und HAYDAR KUTLU

NIHAT SARGIN

Nihat SARGIN kam im Jahre 1926 als drittes und letztes Kind einer einfachen Beamtenfamilie in Istanbul zur Welt. Seine Schulausbildung schloß er in Istanbul ab. Im Sommer 1946 - er war zu der Zeit Student der Medizinischen Fakultät in Istanbul - zählte er zu den Mitbegründern des "Jugendverbandes der Studenten in Istanbul", in der damals die Fortschrittlichen Studenten zusammengeschlossen waren. Im Juni des Jahres 1950 wurde er verhaftet und vor das Militärgericht gestellt, weil er Artikel gegen die Teilnahme der Türkei am Korea-Krieg verfaßte, und zu 3 Jahren und 9 Monaten Gefängnis und zu 15 Monaten Verbannung verurteilt.

Im Jahre 1964 wurde Sargin Facharzt für innere Krankheiten. Zuvor hatte er im Jahre 1962 an der Gründung des Vereins zur Verteidigung der Grundrechte als Gründungsmitglied teilgenommen und war im gleichen Jahr der Arbeiterpartei der Türkei beigetreten. Sargin, der zuerst Verantwortlicher der zentralen Büros war, wurde im 1.Parteitag 1964 zum stellvertretenden Generalsekretär und im nächsten Parteitag 1966 zum Generalsekretär gewählt.Er wurde nach dem Putsch am 12. März 1971 wegen "Mitgliedschaft in einer kommunistischen Vereinigung" verhaftet und nach 6 Monaten Haft freigesprochen.

Nach der Freilassung der Parteivorsitzenden Behice Boran und der anderen Vorstandsmitglieder im Jahre 1974, nahm Sargin am Kommitee zur Wiederaufbau der Arbeiterpartei der Türkei teil und wurde am 1. Mai 1975 vom Gründungsausschuß zum Generalsekretär gewählt. Sargin, der in den folgenden zwei Parteitagen als Generalsekretär bestätigt wurde, verließ nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 die Türkei.

HAYDAR KUTLU

Haydar Kutlu(*) wurde im Jahre 1944 in Niksar bei Tokat geboren. Sein Vater war Beamter. Als er gerade 4 Jahre alt war, verstarb seine Mutter an Tuberkulose. Er wuchs zuerst bei seinem Vater, später bei seinem älteren Bruder auf.

Im Jahre 1962 begann er sein Studium an der Juristischen Fakultät in Istanbul. In diesen Jahren begann auch sein politisches Engagment. Er trat der Arbeiterpartei der Türkei bei. Nach dem Miliärputsch vom 12. März 1971 mußte er, weil er gesucht wurde, untertauchen und lebte bis zu der Generalamnestie im Jahre 1974 in der Illegalität.

1974 trat er der seit 1922 verbotenen Kommunistischen Partei der Türkei (TKP) bei. Er wurde später Parteisekretär der Provinz Istanbul und Mitglied des Zentralkomitees. Nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 hielt er sich bis 1981 im Untergrund auf, mußte jedoch später im Juni 1981 die Türkei verlassen. Im Jahre 1983 wurde er auf dem 5. Parteitag der TKP zum Generalsekretär gewählt. Am 16.11.1987 kehrte er zusammen mit Nihat Sargin auf legalem Weg in die Türkei zurück.

(*) Der bürgerliche Name HAYDAR KUTLU's ist NABI YAGCI. HAYDAR KUTLU ist der Name, den er in der Illegalität benuzte und unter dem er in der öffentlichkeit bekannt ist

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Christian Rumpf. Assistent an der juristischen Fakultät der Universität Frankfurt

Die Republik Türkei hat in den letzten anderthalb Jahren einige Schritte unternommen, um die Übereinstimmung der türkischen Rechtsordnung und Rechtswirklichkeit mit ihren Verpflichtungen, die sie aufgrund völkerrechtlicher Verträge im Hinblick auf die Wahrung der Menschenrechte eingegangen ist, sicherzustellen. Ob diese Schritte allerdings wirklich jene Übereinstimmung zwischen der türkischen Menschenrechtsauffassung und Menschenrechtspraxis einerseits und dem westeuropäischen Menschenrechtsstandard andererseits bringen, ist nach wie vor zweifelhaft.

Der Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention im Jahre 1954 allein hat nicht ausgereicht, langfristig und dauerhaft jene Übereinstimmung zu erzielen. Im Januar 1987 hätte die Türkei eine große Chance gehabt, ihrer Menschenrechtspolitik einen deutlichen neuen Impuls zu geben, nämlich als sie gemäß Art.25 EMRK die Rechtsprechung der Europäischen Kommission für Menschenrechte anerkannte (Individualbeschwerderecht). Zwei Umstände haben diese Anerkennung des Individualbeschwerderechts praktisch wirkungslos werden lassen:

Zum einen hat die Türkei ihre Erklärung mit meist unzulässigen Bedingungen versehen, die geeignet sind, die praktische Wirkung der Anerkennung auf Null zu reduzieren.

Zum andern hat sie auf eine Anerkennung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte verzichtet, so daß es nach wie vor nicht zu die Türkei bindenden unabhängigen juristischen Entscheidungen über Menschenrechtsverletzungen in der Türkei kommen kann. Stattdessen liegt die letzte Entscheidung beim Ministerkomitee des Europarats, das im Gegensatz zum Gerichtshof nach der bisherigen Erfahrung nicht in der Lage ist, eine praktisch wirksame und positive Rolle bei der Durchsetzung der Verpflichtungen aus der Europäischen Menschenrechtskonvention zu spielen.

Mit beiden Einschränkungen steht die Türkei im Zusammenhang mit der Möglichkeit der praktischen Umsetzung ihrer Verpflichtungen aus der Europäischen Menschenrechtskonvention weitgehend iso-

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

liert da.

Ein weiterer Schritt besteht in der kürzlich erfolgten Ratifizierung der Europäischen Folterkonvention. Der Nachteil dieser Konvention ist jedoch, daß sie kein effektives Verfahren zur Ermittlung und Sanktionierung von Fällen unmenschlicher Behandlung vorsieht.

Gleiches gilt für die ebenfalls inzwischen von der Türkei ratifizierte Folterkonvention der UNO.

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

TÜRKİYE'DE İNSAN HAKLARI KONFERANSI 11 HAZİRAN HAMBURG

Amacı

Kasım 1987'den bu yana süren başarılı dayanışma çalışmalarının daha da ileriye götürülmesi, yeni ilişkilerin kurulması ve mevcut Türkiye'ye Dönen Politik Göçmenlerle Dayanışma Girişimi'nin daha da saygınlık kazanması ve genişletilmesi amacıyla Şubat 1987 tarihinde Hamburg'da Türkiye'de insan hakları ile ilgili bir Tribunal (mahkeme) ya da Hearing düzenlenmesini kararlaştırdık. Burada yapmak istediğimiz Kutlu ve Sargın'ın ülkeye dönüşüyle başlayan gelişmelerin örnek olarak alınarak Türkiye'deki insan hakları ihlallerini tamamen somut, gerçekçi ve bilimsel olarak kamuoyuna yansıtmaktı. Her türlü abartma, kuru ajitasyon ve insanların beynine hitap etmeyen bir yaklaşımdan uzak bir toplantı düzenlenmesi için kısa zamanda aramızda görüş birliği oluştu. Çünkü olayın kendisi Türkiye'de insan haklarının ihlal edildiğini, demokrasiye geçilmediğini gösterebilmek için yeterli açıklığa sahipti, yeter ki biz bu durumu en inandırıcı bir biçimde kamuoyuna aktarabilelim. Konferensı düzenlerken önümüze koyduğumuz önemli hedeflerden biri de diğer sol güçlerle ilişkilerimizin gelişme ve bize duyulan güvenin artmasıydı.

Hazırlık dönemi

Hamburg'da böyle bir kararı aldığımız zaman yapılacak çalışmanın boyutları genelinde görülemiyordu. Dayanışma çalışmalarına katılan arkadaşların kendi gücümüze güveni yeterli değildi. Çünkü kasım ayında başlayan dayanışma çalışmaları davanın açılmasının uzamasıyla birlikte perspektifsiz bir konumdaydı. Yer yer yılgınlık baş göstermeye başlamıştı. Bu nedenle bir taraftan kaçınılmaz ilk ön temasların sürdürülmesinin yanısıra diğer taraftan da kendi aramızda moral takviyesi yapmamız ve önümüze Haziran ayında yapılacak Hearing için daha kısa vadeli somut hedefler koymamız gerekiyordu. Bu hedefler hem başlı başına bir işlev görecek, hem de haziran ayında bir doruk noktasına ulaştırmak istediğimiz etkinliklerimizin dozunun giderek artırılmasına yarıyordu.

Önce bu alanda deneyimli iki arkadaş Alman arkadaşlarla ilk görüşmeleri yaptı. Onlar daha bizim bu düşüncemizi aktarmamızla birlikte bu işe dört elle sarılacaklarını, her türlü dayanışma

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

ve katkıda bulanacaklarını açıkladılar. Bu görüşmede her şey açıkça konuşuldu; kadrosal ve maddi gereksinimlerden içeriğe, ilişkilerin nasıl kurulabileceğine kadar.

Bu ilk toplantıda bir çağrı taslağının hazırlanması ve ilk imzalayan kişilerin kimler olabileceği konuları ele alındı. Daha sonraki bir görüşmede çağrıcıların geniş bir listesi hazırlandı ve çağrı taslağının çıkmasıyla birlikte kimlerle nasıl ilişki kurulabileceği saptandı. Ve nihayet çağrının çıkmasıyla birlikte ilk imzaların toplanması işine girişildi. Bu arada bizden kaynaklanan örgütsel bir nedenden ötürü bir birbuçuk aylık bir süreç oldukça yavaş bir tempoda ilerledi. Söz konusu örgütsel nedenin çözümlenmesiyle birlikte çalışmalar tekrar hızlandı. Kısa bir süre içinde aralarında Hamburg ve Federal Almanya düzeyinde tanınmış insanların olduğu geniş bir liste oluşturulabildi. Burada toplumun çeşitli kesimlerinin temsil edilmesine ve politik yelpazenin genişliğine özen gösterdik. Ancak sendikal çevreye ve GAL'e (Yeşiller) yeterince ulaşamamıştık. Burada kişisel görüşmeler devreye girdi. Girişimimizde de "adam adama markaj" belgisi altında tüm önemli kuruluşlarla kişisel ilişkilerin geliştirilmesi kararı alındı. Bu arada ortaya çıkan bir olanak da bu ilişkilerin geliştirilmesinde yararlı oldu. Bu da avukat Sansal'la Hamburg'da Nisan sonunda yapmayı hedeflediğimiz toplantıydı. Bu fırsattan istifade ederek bir dizi kişi ve kuruluşla görüşüldü, özelde Kutlu-Sargın davası ve genelde de ülkemizdeki demokrasi ve insan haklarının durumu konusunda bilgi verildi, destekleri istendi. Bu çalışmalar sonucu hukukçular, Uluslararası Af Örgütü (ai), Hamburg ve Federal Almanya'da koalisyon partisi durumundaki FDP ile önemli ilişkiler kuruldu. Bazı çabalarımız, özellikle sendikal alanda ve SPD ile ilişkilerimiz hemen meyve vermediyse de, daha sonra bu ilişkilerin üzerine inşa edebildik, üzerlerine gittik. Sonuda bu kesimlerden de önemli destek sağlayabildik.

Bu destek alma çalışmaları sürdürülürken bir taraftan da içerik somutlaştırıldı. Başlangıçta kaba başlıklar halinde sıralanan konular ayırntılandırıldı. Burada dikkat ettiğimiz konu şuydu: Madem böyle bir ciddi toplantıya giriştik, o zaman konuşmacılar ve onların ele aldıkları konular ve bunların sıralaması da

./3

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

iyi düşünülmeliydi. Önce insan hakları ihlaliningenel bir değerlendirmesi (hukuksal açıdan) daha sonra da bu ihlallerin ayrıntılanması ve toplantının bir sonuç belgesinin okunmasıyla bitmesi kararlaştırıldı. Konuşmacı olarak da Türkiye'de insan hakları konusunda en uzman kişiler seçildi. İlk temaslarda seçtiğimiz bütün kişiler katılacaklarını bildirdiler. Bir kişinin çekinerek katılmayacağını bildirmesiyle (H. Keskin) birlikte daha sonra dört sayfa olarak basılan çağrıdaki isimler ortaya çıktı. Her ne kadar toplantı anında iki önemli kişinin, Prof. Martin Hirsch'in hastalık, Christian Rumpf'un da uçak bağlantısının kurulamaması nedeniyle konferansa katılamaması iyi olmadıysa da, onların verdiği destek ve hatta birinin konferans için hazırladığı konuşmayı yazılı olarak göndermesi konferansımızın saygınlığını önemli ölçüde artırdı.

İçerik ve konuşmacıların tesbitine paralel olarak, ilk çağrıcılar tarafından imzalanan çağrı çok sayıda bastırılarak, tüm BEM adreslerine, Hamburg'daki kişi, kuruluş ve basın organlarına gönderildi ve her fırsatta elden dağıtıldı. Bu çağrının altında bir de destekleme kuponu bulunuyordu. Çağrı içeriğinin iyi oluşu ve ilk imzacıların tanınmışlığına konunun çektiği ilgi de eklenince bu kupon çok sayıda saygın kişi tarafından imzalandı. Yaptığımız zaman planlaması çerçevesinde bu imzalarla ve konuşmacılarla ve onların ele alacağı konularla birlikte dört sayfalık bir çağrı önce 10 bin daha sonra tekrar 10 bin adet basıldı ve en geniş şekilde postalandı ve dağıtıldı. Bu anda örgütsel gücümüzün tümden harekete geçirilmesi gerekiyordu. Çünkü sadece bildiri dağıtılmıyor, aynı zamanda da her hafta cumartesi günü şehirde bir bilgilendirme masazı açılıyor. çevremizdeki insanlarla kişisel görüşmeler temelinde konferansın propagandası yapılıyordu. Gücümüzü seferber edebilmek için hem yığın örgütü hem de parti içinde geniş bilgilendirmenin ve yaptığımız çalışmanın öneminin kavranmasının kaçınılmazlığı ortadaydı. Dayanışma biriminin hazırlığıyla bunlar gerçekleştirildi. Üye ve sempatizanlarımız bundan sonra işe çok daha sıkı sarıldılar. Son üç hafta ise şehrin en işlek altı bölgesinde aynı anda bilgilendirme masaları kuruldu. Davanın başladığı 8 Haziran günü düzenlenen uyarı nöbeti başarılı oldu, radyo ve televizyonda yansıdı, sendikal alandan destek alınabildi. İkibin adet afiş yapıştırıldı. Para karşılığı ayrıca tüm U-Bahn istasyonlarına afiş yapıştırıldı.

./4

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Basın çalışmaları

Bu yoğun faaliyetimizin basında yansıması önemliydi. Aksi takdirde hem uyarı nöbeti hem de konferans sadece izleyenlerden öteye duyulmayacaktı. Bu nedenle çalışmaların oldukça erken bir safhasında basınla ilişkiler konusu gündeme geldi. Bu alanda uzman insanların bu konuda istihdam edilmesi kararlaştırıldı ve gazete, radyo vetelevizyon alanında tanınmış veya deneyimli isimler bu işi bizzat üstlendi. Hazırlanan bir basın dosyası uyarı nöbetine paralel olarak Rathaus'da yapılacak bir basın toplantısının davetiyesiyle birlikte postalandı. Ardından kişisel ilişkiler sürdürüldü. Böylece tüm radyolar ve televizyon uyarı nöbetini verdiler ve konferansa geldiler sonuçlarını yansıttılar. UZ gazetesinin ve Hamburger Rundschau haftalık gazetesinin dışında bizim girişimlerimizle taz ve SPD'nin haftalık gazetesi Vorwärts konuyla ilgili yayın yaptılar. Hamburg televizyonu yaptığı 5 dakikalık bir yayınla konferansı, Türkiye'deki davayı ve işkence görmüş, cezaevi koşullarını bizzat yaşamışlarla (konferansın konuşmacıları) röportajları ayrıntılı olarak yayınladı. Uyarı nöbetini de bir resim göstererek verdi. Bu arada basının daha çok liberal ve tutucu kesimden destek verenlere ilgi gösterdiği dikkatimizi çekti. Örneğin televizyon FDP temsilcisinin demeç vermesi konusunu ısrarla gündeme getirdi. Bu tespit bundan sonraki basın çalışmalarımızda üzerinde dikkatle durulması gereken bir olgu.

Mali konu

Hamburg'daki konferansın gideri yaklaşık 11 bin mark dolayındadır. Masrafların bu kadar yüksek olmasında tanınan, saygın bir yeri olan bir salonun kiralanması, postalama masraflarından kaçınılmaması ve afişleme önemli bir yekün oluşturmaktadır. Bu masrafların karşılanmasında bizim ve Alman arkadaşların desteğinin yanısıra açılan üç yiyecek standından sağlanan gelirler belirleyici olmuştur. Bunun dışındaki gelirler yani toplanan bağışlar sınırlı kalmıştır. Ancak daha fazla bağış toplanmak isteniyorsa, bağış verecek kuruluşların daha baştan bizzat örgütleyici olarak katılması gerekiyor. Biz geniş bir örgütleyenler platformunun bu kadar kısa süre içinde böyle bir konferansı düzenleyemeyeceği düşüncesinden yola çıkarak sadece kendi gücümüze dayanarak bu işi yaptık. Bu nedenle de alabildiğimiz bağış oranı sınırlı kaldı.

.5/

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Eksikliklikler

Her ne kadar geniş sol güçlerin birlikte düzenlediği bir konferansın zorlukları ve bu sürede düzenlenmeyeceğinden yola çıkarak girişim olarak yanlış da örgütlesek, sendikalar, öğrenci temsilciliği ve kuruluşları, barış hareketi gibi kesimlerin bu konferansın örgütleyicileri arasında yer alması ve bu sayede daha geniş duyurulması, katılımın sağlanması ve maddi olanakların artırılması olanaklıydı. Bu konuda eksikliklerimiz oldu. Biz bu çevreleri sadece desteklemeye ve bağış vermeye çağırdık, buna bağlı olarak da başarımız sınırlı oldu. Konferans çalışmaları sırasında çıkarttığımız en önemli derslerden biri de örgütlerle dolaysız, onların birincil temsilcileriyle bizzat ve açıkça konuşmanın öneminin kavranmasıdır. Eski anlayışla kaleyi arkadan kuşatmayı andıran dolaylı ilişkileri harekete geçirip, örgütleyenin bizzat görüşmeyapmaması tamamen ters etki yapabiliyor. Biz bunu kesin destek alabileceğimiz, daha sonra da aldığımız GEW örneğinde yaşadık. Bir yönetim kurulu üyesi üzerinden konuyu gündeme getirttik, bu da ters etki yaptı. Toplantının bir başka eksikliği ise büyük ölçüde bizim elimizde olmayan nedenlerden ötürü uzun olmasıydı. 10-15 dakika ile sınırladığımız konuşmalar yer yer yarım saati buldu. Ancak şu açıktı biz iki toplantıyı aynı anda yapıyorduk. Bunlardan biri en geniş yığınları katmak şeklinde, ki 500 kişi katıldı. Diğer taraftan da bilimsel, yorucu, ayrıntılı ve bu genişlikte ancak konuya özel ilgisi olanları ilgilendiren dar bir toplantı. Bizim tüm cesaretimizi toplayı bunu yapmamızın nedeni, 1982-1983'den beri böylesi komple, belgesel nitelik taşıyabilecek bir toplantının düzenlenmemiş olmasıdır. Tatil sonrası çıkacak dökümentasyon uzunca bir süre kalıcı bir nitelik taşıyacaktır. Ancak bundan sonraki toplantılarda bu gerekli değildir. Yarımşar saat konuşacak dört-beş konuşmacı da aynı işi görür ve bir arayla birlikte 2,5 saatte toplantı sonuçlanabilir, istenirse bir de kültür programı düzenlenebilir.

Sonuç:

Yukarıda saydığımız eksikliklere ve diğer ufak-tefek noktalara rağmen konferans çok başarılı oldu. Şimdiye kadar kuramadığımız genişlikte ilişkiler kuruldu. Şimdi bu ilişkileri daha da genişletmeyi ve kalıcılaştırmayı hedefliyoruz. Konferansa katı-

./6

TÜSTAV SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

lan ve destek verenlerden bir "Kutlu ve Sargın'a Özgürlük Girişimi" kurulması (mevcut dayanışma girişiminin yanısıra) önerisi geldi. Bu girişimde kentin en tanınmış isimleri yeralabilecek. Türkiye'deki gelişmelere ve davaya ilgi büyük ölçüde arttı. Artık neredeyse politikla ilgilenen herkes Hamburg'da davadan haberdar oldu. 35 bin bildirinin yanında binlerce insanla konuşulması da bunda belirleyici oldu. Konferansla birlikte bizim dışımızdaki sol güçleri bize olan güveni arttı. Şimdi onlarla birlikte çalışmalar yapmanın olanakları daha da geniş, "Türkiye'ye Dönen Politik Göçmenlerle Dayanışma Girişimi" geniş konuları, demokrasi ve insan haklarını ele alan faaliyetler sürdürür ve diğer sol güçlerle dirsek temasını genişletirken, "Kutlu ve Sargın'a Özgürlük Girişimi" de davaya yönelik faaliyetini sürdürecek. Bu iki girişimin çalışmalarını da dayanışma birimimiz koordine edecek.

Hamburg, 8.7.1988

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Hearing "Menschenrechte in der Türkei" - 11.6.1988, Hamburg

ABSCHLUSSERKLÄRUNG

Wir, die Teilnehmer des Hearings "Menschenrechte in der Türkei" kamen am 11.6.1988 in Hamburg zusammen, um die Menschenrechtssituation in der Türkei zu erörtern. Namhafte und kompetente Persönlichkeiten, Betroffene, Prozeßbeobachter, Ärzte und Juristen nahmen zu folgenden Themen Stellung:

- Folter
- Situation politischer Gefangener
- Politische Prozesse
- Meinungsfreiheit
- Organisationsfreiheit
- Staatsbürgerschaft
- Lage des kurdischen Volkes

Berichterstatter waren:

Hans Odendahl, Gerhard Kromschröder, Dr. Ali Söylemezoglu, Deniz Kavukcuoglu, Yildiz Sargin, Karsten Baethge, Enver Karagöz, Christian Rahn, Christina Kukielka, Dr. Bülent Tarakcioglu, Prof. Dr. Klaus Liebe-Harkort, Berin Uyar, Dr. Ahmet Begik, Turgan Arinir und Beria Onger.

Wir stellen fest,

daß in allen oben genannten Bereichen die Menschenrechte in der Türkei mißachtet werden, insbesondere die Artikel der Menschenrechtskonvention

Verbot der Folter (Artikel 3)

Entgegen den Behauptungen der türkischen Regierung und der offiziellen Stellen besteht in der Türkei eine systematische Folterpraxis. Die Folter wird als eine gängige Verhörmethode angewandt. Obwohl bis heute nach offiziellen Quellen 70 Menschen durch Folterverhöre starben, wurde und wird gegen die Schuldigen nur in Ausnahmefällen etwas unternommen. Sie werden in Einzelfall sogar noch befördert, was eine zusätzliche Ermutigung für sie bedeutet.

Meinungs und Koalitionsfreiheit (Artikel 9 und 11)

Andersdenkende werden nach Gesetzen verfolgt, die eindeutig schon die politische Meinungsäußerung unter Strafe stellen. Vor allem wurde auf die Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches sowie auf die einschlägigen Bestimmungen der türkischen Verfassung eingegangen.

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Wir fordern von der türkische Regierung,

- Die Folter zu unterbinden und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen,

- Die Todesstrafe abzuschaffen,

- Die Oppositiospolitiker Dr. Nihat Sargin und Haydar Kutlu sowie alle politischen Gefangenen freizulassen, eine Generalamnestie auszurufen und den Verbotsprozeß gegen die Sozialistische Partei einzustellen,

- Die Meinungs- und Koalitionsfreiheit zu gewährleisten und die Paragraphen des türkischen Strafgesetzbuches ersatzlos zu streichen,

- Die freiwillige und unbehelligte Rückkehr der politischen Emigranten zu sichern und ausgebürgerte Bürger wieder in die Staatsbürgerschaft aufzunehmen,

- Die Unterdrückung des kurdischen Volkes zu beenden und seine nationalen Rechte, wie die Freiheit der Sprache und der kulturellen Betätigung zu sichern.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich auf allen Ebenen für die Verwirklichung dieser Forderungen einzusetzen.

Wir fordern die demokratische öffentlichkeit auf, sich im Sinne alle Menschen einzusetzen für eine

BEENDIGUNG DER MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IN DER TÜRKEI!

Hamburg, den 11. Juni 1988

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer
des Hearings "Menschenrechte in der Türkei"

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Erhan Özçelik
Journalist

2000 Hamburg 50
Gerichtstr. 4
Tel.: (040) 38 48 64

Erhan Özçelik . Gerichtstr.4 . 2000 Hamburg 50

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Hamburg, den 14.06.88

P R E S S E E R K L Ä R U N G

Rund 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Hearings "Menschenrechte in der Türkei" haben am Samstag, den 11.06.88 für eine Herstellung von demokratischen Verhältnissen in der Türkei plädiert. Grundlage dieses Hearings waren die Berichte von namhaften und kompetenten Persönlichkeiten und Betroffenen, die in Gutachten und persönlichen Berichten über die Zustände in der Türkei Stellung nahmen. Dabei ging es um folgende Themen:

- Folter
- Situation politischer Gefangener
- Politische Prozesse
- Meinungsfreiheit
- Organisationsfreiheit
- Staatsbürgerschaft und
- die Lage des kurdischen Volkes.

Anlaß dieses Hearings war der Prozeßbeginn gegen Haydar Kutlu und Dr. Nihat Sargin, die allein wegen ihrer politischen Überzeugung unter Androhung der Todesstrafe vor Gericht gestellt wurden.

Besonders beeindruckend waren Berichte von Folteropfern und ehemaligen politischen Gefangenen, die am eigenen Leibe die gravierenden Menschenrechtsverletzungen durch Angehörige des türkischen Militärs und der Justiz erfahren haben. Vertreter von amnesty international, der GEW, der Hamburger Bürgerschaft und Journalisten berichteten wie auch Rechtsanwälte und Neurologen über die verschiedenen Formen der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei. Auf dem Hearing sprach auch Yildiz Sargin, die Ehefrau des in der Türkei inhaftierten Generalsekretärs der Arbeiterpartei.

TBKP Davası 8 Haziran günü başlıyor

SARGIN ve KUTLU'ya özgürlük!

Demokrasi mücadelesine Türkiye'de aktif katılmak ve bu amaçla Türkiye Birleşik Komünist Partisi'ni yasal olarak kurmak amacıyla Türkiye'ye dönen TIP ve TKP Genel Sereterleri Nihat Sargın ve Haydar Kutlu hakkındaki dava 8 Haziran Çarşamba günü Ankara Devlet Güvenlik Mahkemesi'nde başlıyor. Savcı, Türkiye'nin bu iki önde gelen komünist politikacısı için ÖLÜM CEZASI istemektedir.

Onbinlerce ilerici, demokrat, devrimci insanın ağır hapis cezalarına çarptırılmasına neden olan, demokrasi güçlerinin tepesinde Demokles'in Kılıcı gibi sallanan ve ülkemizde fikir özgürlüğünü imkansız kılan 141. ve 142. maddeler bir kez daha, ve bu sefer de en ağır şekliyle, uygulanmak istenmektedir. Savcı "asrın davası"ndan, "komünizmle hesaplaşma"dan söz ediyor. Ama aslında yargılamak istediği demokrasinin kendisidir. Çünkü hiçbir demokratik ülkede komünist partisi yasak olamaz, insanlar savundukları fikirlerden ötürü zindanlara atılamaz. Nitekim savcı iddianamede, Amerika, İngiltere, İtalya, Fransa gibi ülkelerde komünist partilerinin yasak olmayışından şikayet ederek niyetini açığa vurmaktadır.

Sargın ve Kutlu'ya karşı açılan dava daha başlamadan bir demokrasi davasına dönüşmüştür. Bir yanda Türkiye'yi içinden işkence seslerinin yükseldiği kocaman bir hapisaneye çevirmiş olan ve yurt dışında ülkemizin saygınlığını ciddi ölçüde sarsan demokrasinin yeminli düşmanları, öbür yanda Türkiye'nin aydınlık geleceğinin ancak ve ancak tüm demokrasi güçlerinin yer aldığı, birbirleriyle uygar ilişkiler içinde bulunduğu ve dünya ülkeleri arasında saygıyla anılan gerçek bir demokrasiyle mümkün olabileceğini savunan demokrasi güçleri. Türkiye'nin saygınlığını yükselten işte bu demokrasi güçleridir.

Bugün dünya demokratik kamuoyu bu güçlerin yanında yer almaktadır. Avrupa Parlamentosu, Uluslararası Af örgütü, Sosyal Demokrat, Yeşil, Komünist, Liberal partiler, sayısız bilim adamı ve hukukçu, Sargın ve Kutlu'ya karşı açılan davayı protesto etmekte, iki politikacının ve tüm diğer politik tutukluların derhal serbest bırakılmasını istemektedir. Parti temsilcilerinden, hukukçulardan ve gazetecilerden oluşan uluslararası bir heyet davayı izlemek üzere Ankara'da olacaktır. Tüm dünyanın önünde bir demokrasi sınavı vereceğiz. Bu sınavı alnımızın akıyla vermek için tüm demokrasiden yana olan kuruluş ve kişilere büyük görevler düşüyor.

Bu görevin bilinciyle Gänsemarkt'ta davanın başladığı 8 Haziran Çarşamba günü bir uyarı nöbeti tutacağız. Ülkemizde demokrasinin yeşermesini isteyen herkesi uyarı nöbetimizi ziyaret etmeye, Sargın ve Kutlu'yla ve tüm politik tutuklularla dayanışma göstermeye çağırıyoruz.

Sargın ve Kutlu'ya özgürlük!
Tüm politik tutuklulara özgürlük!

UYARI NÖBETİ
8 Haziran 1988 - Çarşamba - Saat 10.00-19.00
GÄNSEMARKT

Türkiye'ye Geri Dönen Politik Göçmenlerle Dayanışma Girişimi-ISPE

TÜRKİYE SOSYALİST DEVRİMCİ VAKFI

Türkei:

Oppositionspolitiker von der Todesstrafe bedroht

Der Staatsanwalt: "... diese Gedanken stehen unter Strafe!"

Am 8. Juni beginnt im Staatssicherheitsgericht in Ankara ein politischer Prozeß, den die Staatsanwaltschaft schon im Voraus als ein "Jahrhundert-Prozeß" ansieht, in dem "mit dem Kommunismus abgerechnet" werde. Angeklagt sind die Generalsekretäre der Arbeiterpartei und der Kommunistischen Partei, NIHAT SARGIN und HAYDAR KUTLU, die im Juli vorigen Jahres aus dem Exil in die Türkei zurückkehrten, um dort die Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei (TBKP) legal zu gründen.

Die Staatsanwaltschaft kann in ihrer 231 Seiten umfassenden Anklageschrift den beiden Politiker, die dafür eintreten, daß im politischen Leben der Türkei jegliche Art des Terrors und der Gewalt ein für allemal ein Ende gesetzt wird, keine einzige Gewalttat nachweisen. Die Anklage stützt sich vielmehr vor allem auf die Gesetzesparagraphen 141 und 142, die auch zu Verurteilung von zehntausenden Andersdenkenden bis heute herangezogen wurden und werden. Nach diesen Gesetzesparagraphen, die aus Mussolini-Italien übernommen und viele Male verschärft wurden, genügt es schon, die Notwendigkeit der Änderung des Wirtschaftssystems auszusprechen, um zu langjährigen Haftstrafen verurteilt zu werden. Wer mehrere Organisationen leitet, die solche Ansichten vertreten, wird mit dem Tode bestraft (§141 Abs.1).

"Die Gedanken, die von den Gründern dieser Partei geäußert werden, und ihre Aktionen [werden] von unserer Verfassung zurückgewiesen und sind außerdem gesetzlich unter Strafe gestellt." So heißt es in der Anklageschrift. Es handelt sich eindeutig nicht um einen juristischen, sondern politischen Prozeß. Es geht darum, ob in der Türkei, die Mitglied der NATO ist und die Vollmitgliedschaft in der EG beantragt hat, sich die Demokratie durchsetzen wird oder nicht.

Weltweit ist eine große Welle des Protestes entstanden. Das Europaparlament, amnesty international, sozialdemokratische, kommunistische und grün-alternative Parteien, namhafte Persönlichkeiten haben ihre Empörung zu Ausdruck gebracht. Eine internationale Delegation wird am Prozeß als Beobachter anwesend sein.

Wir rufen alle demokratischen Organisationen und Bürger Hamburgs auf, unsere Mahnwache auf dem Gänsemark zu besuchen und ihre Solidarität zu bekunden. UnterstützerInnen der Mahnwache sind u.a. Prof. Norman Paech (Hochschullehrer), Christa Randzio-Plath (MdBü-SPD), Cristiane Albrecht (Vorsitzende der GEW Hamburg).

Freiheit für Sargin und Kutlu!
Freiheit für alle politischen Gefangenen in der Türkei!

MAHNWACHE
Mittwoch 8. Juni 1988 - 10.oo bis 19.oo Uhr
GANSEMARKT

Initiative für den Schutz der in die Türkei zurückkehrenden politischen Emigranten (ISPE) - V.i.S.d.P.: Tina Lakemeier, Hbg.

TÜRKİYE SOSYALİST İŞÇİ PARTİSİ ARŞİVİ

An den Ministerpräsidenten der Türkei
Herrn Turgut Özal
Ankara

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!
Nach einem Bericht der Frankfurter Rundschau vom 19.11.1987, einer in der ganzen Bundesrepublik gelesenen Zeitung, sind die Vorsitzenden der "Vereinigten Türkischen Kommunistischen Partei", Haydar Kutlu und Nihat Sargin bei ihrer Rückkehr aus dem Exil in die Türkei am 16.11.1987 verhaftet worden.
Ich bin über dieses undemokratische Vorgehen Ihrer Regierung tief empört! In der Türkei auf dem Weg zur Demokratie und mit dem Ziel des Beitritts zur EG muß auch die Kommunistische Partei legal tätig sein können. Deshalb fordere ich die sofortige Freilassung von Haydar Kutlu und Nihat Sargin.

NAME	ADRESSE	UNTERSCHRIFT

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Hearing "Menschenrechte in der Türkei"

Vor nunmehr 40 Jahren verkündeten die Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. In diesen 40 Jahren wurde viel für die Verwirklichung und Einhaltung der Menschenrechte getan. Längst hat sich weltweit das Verständnis durchgesetzt, wonach kein Land mehr die Einhaltung der Menschenrechte als innere Angelegenheit deklarieren und andererseits auch kein Land tatenlos zusehen kann, wenn in einem anderen Land die Menschenrechte mißachtet werden - erst recht nicht, wenn es um ein verbündetes Land geht, mit dem enge Beziehungen bestehen.

Die Türkei als NATO-Partner der Bundesrepublik und asoziiertes Mitglied der EG ist ein solches Land. Nicht zuletzt leben 1,5 Millionen Menschen aus diesem Land unter uns. Unter ihnen auch zahllose politische Flüchtlinge, die aus Sorge um Leib und Leben die Heimat verlassen mußten.

Was die politischen Flüchtlinge in der Türkei erwarten, wurde jüngst bei der Rückkehr der kommunistischen Oppositionspolitiker Nihat Sargin und Haydar Kutlu noch einmal deutlich. Die beiden Politiker kehrten im November des vorigen Jahres nach langjährigem Exil in die Türkei zurück, um dort eine legale Partei zu gründen. Begleitet wurden sie von einer internationalen Delegation, bestehend aus Mitgliedern des Europaparlaments, Juristen, Journalisten und Geistlichen. Vor deren Augen wurden sich noch auf dem Flugplatz festgenommen und mit verbundenen Augen abgeführt. Danach wurden sie - wie es auch aus den Strafanzeigen, die die beiden Politiker später stellten, hervorgeht - 19 Tage lang in Isolationshaft gefoltert. Dabei kamen von Elektroschocks bis zur Injektion von Medikamenten die grausamsten Methoden der Folter zur Anwendung.

Die Verantwortlichen in der Türkei können Sargin und Kutlu keine Gewalttaten vorwerfen. Sie werden einzig und allein wegen ihrer politischen Überzeugung angeklagt. Die Türkei ist das einzige Land in Europa, in dem Kommunisten von Gesetzes wegen wie Verbrecher behandelt werden. Die Verurteilung der türkischen Friedensfreunde aufgrund der Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches, wonach schon eine politische Überzeugung bestraft werden kann, verletzt die Menschenrechte. Die Vorschriften der Paragraphen 141 und 142 sind in erster Linie gegen die Kommunisten gerichtet, werden heute aber in der Praxis gegen alle oppositionellen Kräfte eingesetzt.

Das, was Sargin und Kutlu vor den Augen der Weltöffentlichkeit widerfahren ist, steht stellvertretend für tausende ähnlicher Fälle der Menschenrechtsverletzung. Allein die Zahl der Foltertoten, die die offiziellen Stellen eingestehen mußten, beläuft sich auf über 70. Dem Parlament liegen 200 Todesurteile zur Bestätigung vor. In den Gefängnissen befinden sich 30.000 politische Gefangene. Das kurdische Volk, das mit 10 Millionen ein Fünftel der Bevölkerung ausmacht, ist seiner elementarsten Rechte beraubt und tagtäglichen Übergriffen der Sicherheitskräfte und Repressalien ausgesetzt.

Die politischen Flüchtlinge bestehen auf ihr Recht der Rückkehr in ihre Heimat, auch wenn sie dort nach wie vor ernsthaften Gefahren an Leib und Leben ausgesetzt sind. Im Zuge ihrer Rückkehr geraten die Menschenrechtsverletzungen immer mehr ans Tageslicht, und zwar gerade in einer Zeit, in der von Liberalisierung und Demokratisierung die Rede ist.

In einem Hearing über die Menschenrechte in der Türkei, in dem Betroffene, Augenzeugen und Sachverständige zu Wort kommen werden, möchten wir versuchen zu analysieren, wie es um die Menschenrechte in der Türkei steht. Wir möchten Sie bitten, das Hearing, das im Juni dieses Jahres in Hamburg stattfinden soll, zu unterstützen und daran teilzunehmen.

Bisherige Unterzeichner:

Dr. Joachim Blau, Rechtsanwalt / Arne Börnsen, MdB - SPD / Helmut Bordiers, Rechtsanwalt / Dr. Ulrich Briefs, MdB-Grüne / Walter Bröhan, Rechtsanwalt / Edelgard Bulmahn, MdB-SPD / Jürgen Busack, Lehrer / Dr. Klaus Dammann, Rechtsanwalt / Dr. Franz-Josef Degenhardt, Rechtsanwalt / Hans Deß, Richter / Suat Esinsel, Gewerkschafter (DISK) / Anette Faße, MdB-SPD / Uwe Friesel, Schriftsteller / Wolfgang Gehrcke, DKP-Bezirksvors. / Dorothea Goergens, Rechtsanwältin / Hans-Dieter Grünefeld, Publizist / Bernd Hahnfeld, Richter / Jens Peter Hjört, Rechtsanwalt / Hannes Holländer, DFU-Geschäftsführer / Barbara Hüsing, Rechtsanwältin/ Hans-Erich Jürgens, Richter / Trudel Karcher, Hochschullehrerin / Anne Kohfeld, Lehrerin /

Weitere Unterzeichner siehe Rückseite

TÜRKİYE SOSYALİST İŞÇİ PARTİSİ ARŞİVİ

Ulrich Krampe, Rechtsanwalt / Gerhard Kromschröder, Journalist / Eckart Kuhlwein, MdB-SPD / Prof. Ingrid Kurz, Professorin-FHS / Dr. Martin Kutscha, Rechtsanwalt / Prof. Dr. Klaus Liebe-Harkort, Türkologe / Volker Lindemann, Richter / Hilmar Liptow, Künstler / Heike Lüdemann, Rechtsanwältin / Dr. Udo Mayer, Dozent / Sonja Meersmann / Klaus Müller-Knapp, Rechtsanwalt / Erhan Özcelik, Journalist / Jan Oostergetelo, MdB -SPD/ Prof. Dr. Norman Paech, Hochschullehrer / Helmut Platow, Rechtsanwalt / Reiner Ploria, Rechtsanwalt / Sibylle Raasch, Dozentin / Christian Rahn, Rechtsanwalt / Prof. Dr. H. Rittstieg, Hochschullehrer / H.J. Schneider, Rechtsanwalt / Peter Schütt, Schriftsteller / Rüdiger Schulz, Rechtsanwalt / Günther Schwarberg, Journalist / Bärbel Schwarz, Richterin / Heide Simonis, MdB-SPD / Katrin Steinbach, Richterin / Georg E. Strohwald, Rechtsanwalt / Cornelia Theel, Rechtsanwältin / Murat Tokmak, Gewerkschafter (DISK) / Doris Tritschler, Richterin / Rainer Utikal, Rechts-anwalt / Hartmut Wegener, Jurist / Prof.Dr. Voegeli, Hochschullehrer / Prof.Dr. Zechlin, Hochschullehrer

Das Hearing "Menschenrechte in der Türkei" findet statt am Sonnabend, den 11. Juni 1988
ab 15 Uhr im Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 13, 2000 Hamburg 13

Themen des Hearings, die von Betroffenen und Experten dargelegt werden, sind:
Folter
Situation politischer Gefangener
Politische Prozesse
Meinungsfreiheit
Organisationsfreiheit
Staatsbürgerschaftsrecht
Minderheiten, die Lage des kurdischen Volkes.

Veranstalter ist die "Initiative für den Schutz der in die Türkei zurückkehrenden politischen Emigranten (ISPE)".

Spenden für das Hearing bitte auf das Konto: RA Christian Rahn, RA - Anderkto., PschA Hamburg 114394-202, Stichwort "Hearing".

Ich unterstütze das Hearing "Menschenrechte in der Türkei" und bin mit der Veröffentlichung meines Namens einverstanden.

Name	*Anschrift*	*Beruf/Funktion*	*Unterschrift*

(Beruf/Funktion dient nur der Information)

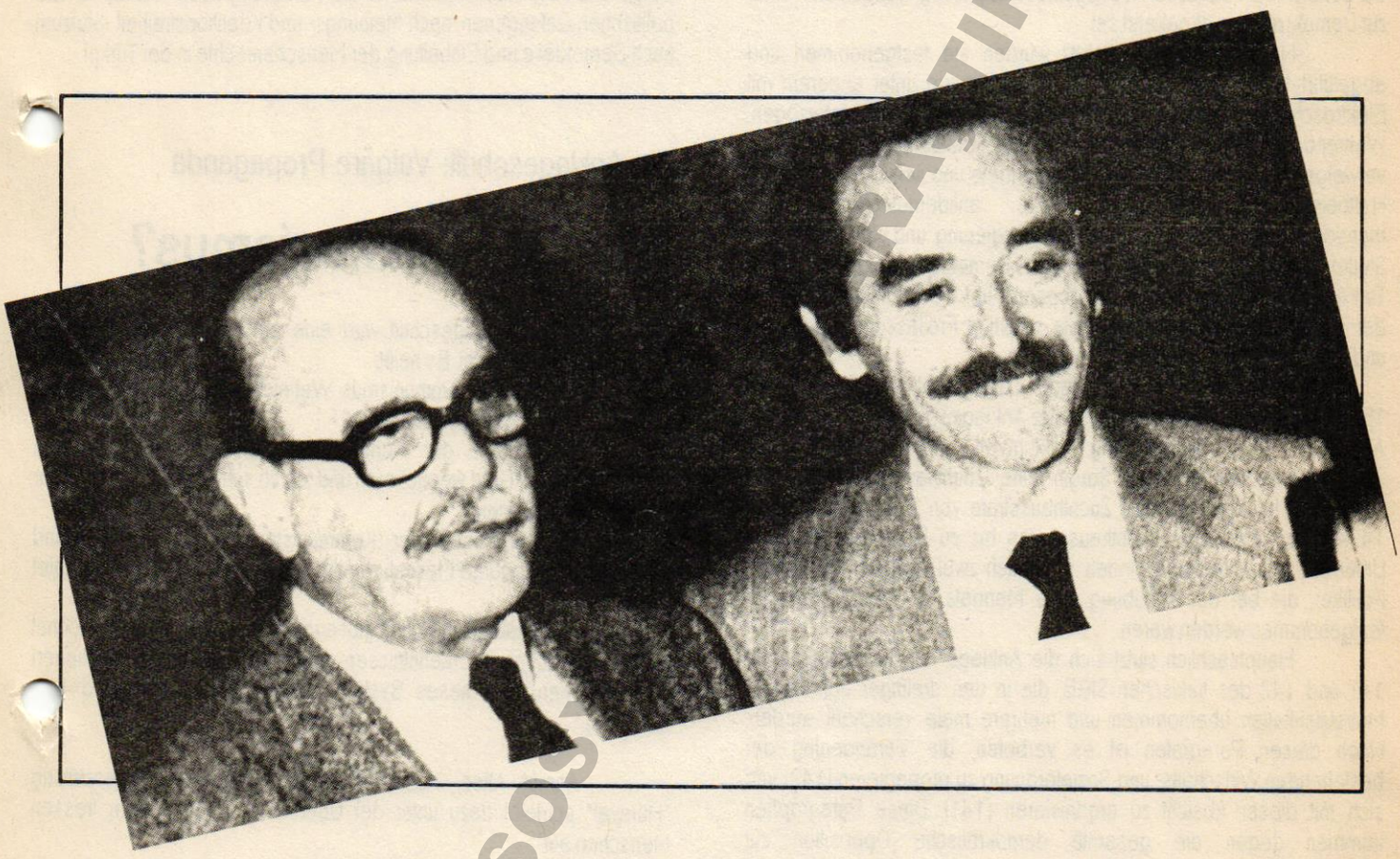
Kontaktanschrift:
Rechtsanwalt Christian Rahn
Cremon 11
2000 Hamburg 11
Telefon: 37 30 99

Verantwortlich: Christian Rahn **Eigendruck**

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Freiheit für SARGIN und KUTLU

und allen politischen Gefangenen in der Türkei!



Die Staatsanwaltschaft des Staatssicherheitsgerichtes, eines Sondergerichtes zur Verfolgung von politischen "Delikten", in Ankara fordert für die kommunistischen Politiker Dr.Nihat Sargin und Haydar Kutlu Zuchthausstrafen in Höhe von insgesamt 555 Jahren. Den beiden Oppositionspolitikern, die am 16. November vorigen Jahres nach den Demokratie-Beteuerungen der Regierung in die Türkei zurückkehrten, um eine legale Partei zu gründen, und sofort verhaftet wurden, konnte keine einzige Gewalttat nachgewiesen werden. So richtet sich die Anklage gegen die legitime politische Tätigkeit der beiden Politiker und deren politische Überzeugung. Zuvor hatte der Staatsanwalt erklärt, es werde ein Jahrhundertprozeß, in dem mit dem Kommunismus abgerechnet werde.

In landes- und weltweiten Protesten gegen die Verhaftung und angestrebte Verurteilung von Sargin und Kutlu wird ihre sofortige Freilassung gefordert.

Initiative zum Schutz der in die Türkei zurückkehrenden politischen Emigranten

V.i.S.d.P.: Tina Lakemeier, Lutterothstr. 50, 2000 HH 20

TÜRKİYE SOSYAL ARAŞTIRMA VAKFI

Türkei:

555 Jahre Zuchthaus für Opposition

Am 16. November 1987 kehrten der Generalsekretär der Arbeiterpartei der Türkei, Dr. Nihat Sargin, und der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Türkei, Haydar Kutlu, nach jahrelangem Exil in Begleitung einer internationalen Delegation von Mitgliedern des Europaparlamentes, Juristen, Geistlichen und Journalisten in die Türkei zurück, um eine legale Vereinigte Kommunistische Partei zu gründen. Sie beriefen sich dabei auf Aussagen der Regierung, wonach die Türkei zur Demokratie zurückgekehrt sei.

Noch auf dem Flugplatz wurden sie festgenommen und abgeführt. In den folgenden 19 Tagen wurden sie unter anderem mit Elektroschocks und Psychopharmaka schwerster Folter unterzogen. Während der ganzen Zeit wurde ihnen der Kontakt mit ihren Anwälten verweigert. Danach erfolgte der unbegründete und juristisch unhaltbare Haftbefehl. Begleitet wurde das antidemokratische und menschenrechtswidrige Verhalten der Regierung und der staatlichen Stellen weltweit von scharfen Protesten. Demokratische Kräfte in der Türkei und weltweit meldeten sich besorgt um die Menschenrechte in der Türkei zu Wort und forderten die sofortige Freilassung von Sargin und Kutlu und aller politischen Gefangenen.

Nach vier Monaten legte die Staatsanwaltschaft am 15.3.1988 eine 231 Seiten umfassende Anklageschrift vor. Laut Angaben der Tageszeitung "Hürriyet" wird seitens der Staatsanwaltschaft für Nihat Sargin eine Zuchthausstrafe von 280 Jahren, für Haydar Kutlu eine Zuchthausstrafe von 275 Jahren und für 14 weitere Angeklagte Zuchthausstrafen bis zu 5 Jahren gefordert. Unter den Angeklagten befinden sich auch zwei Anwälte der beiden Politiker, die bei der Ausübung ihres Mandats für zwei Tage auch festgenommen worden waren.

Hauptsächlich stützt sich die Anklage auf die Paragraphen 141 und 142 des türkischen StGB, die in den dreißiger Jahren aus Mossulini-Italien übernommen und mehrere male verschärft wurden. Nach diesen Paragrafen ist es verboten, die Veränderung der bestehenden Wirtschafts- und Sozialordnung zu propagieren (142) und sich mit dieser Absicht zu organisieren (141). Diese Paragraphen kommen gegen die gesamte demokratische Opposition zur Anwendung.

Weiterhin wird den beiden Politiken vorgeworfen, dem Ansehen der Türkei geschadet und den Präsidenten und die Regierung in Publikationen und Versammlungsreden beleidigt zu haben.

HEARING
"Menschenrechte in der Türkei"
Berichte von Betroffenen, Augenzeugen und Sachverständigen. U.a. von Prof. Martin Hirch, Prof. Norman Paech, Sakir Bilgin, Prof. Klaus Liebe-Harkort, Dr. B. Tarakcioglu, Dr. A. Söylemezoglu, Reinhard Hocker (GEW), RA T. Arinir, Gerhard Kromschröder (stern)
11. Juni 1988, 15.⁰⁰ Uhr,
Curio-Haus

Der Prozeß gestaltet sich mehr und mehr zu einer politischen Auseinandersetzung, in der auf der einen Seite die Machthabenden auf die Schranken bestehen, die sie der Demokratie auferlegt haben und auf der anderen Seite die demokratischen Kräfte ihre Entschlossenheit für die Erringung der Demokratie und Menschenrechte zum Ausdruck bringen. So steht die weltweit erhobene Forderung nach Freiheit für Sargin und Kutlu stellvertretend für die Forderung nach Freiheit für alle politischen Gefangenen, nach Meinungs- und Koalitionsfreiheit - kurzum nach Demokratie und Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei.

Die Anklageschrift: Vulgäre Propaganda

Was ist Kommunismus?

In der Anklageschrift wird eine ernsthafte (!) Analyse des Kommunismus gemacht. Es heißt:

"Prinzip des Kommunismus: Wer nicht mit uns ist verdient den Tod. Etwas dazwischen gibt es nicht."

"Ratschläge der Kommunisten: Erstens: Ihr müßt den Betreffenden das Geld wegnehmen und sie so schwächen; zweitens: Ihr müßt sie einschüchtern."

In den Augen der Kommunisten seien "begabte und unternehmungsfreudige Menschen alle Faschisten und müssen getötet werden."

Die Staatsanwaltschaft gibt auch an, wie sie zu diesen höchst wissenschaftlichen (!) Erkenntnissen gelangt ist: "Anhand Erzählungen von Personen, die dieses System vorher befürworteten und jetzt ablehnen."

Ahmet Altan, Kolumnist in der türkischen Tageszeitung "Hürriyet" schreibt dazu unter der Überschrift "Kommunisten fressen Menschen auf":

"Wir hatten gedacht, daß der Kommunismus ein philosophisch-wirtschaftlich-politisches System sei und was mit dem Eigentum an Produktionsmitteln zu tun hätte oder sowas... Wir haben und anscheinend geirrt...

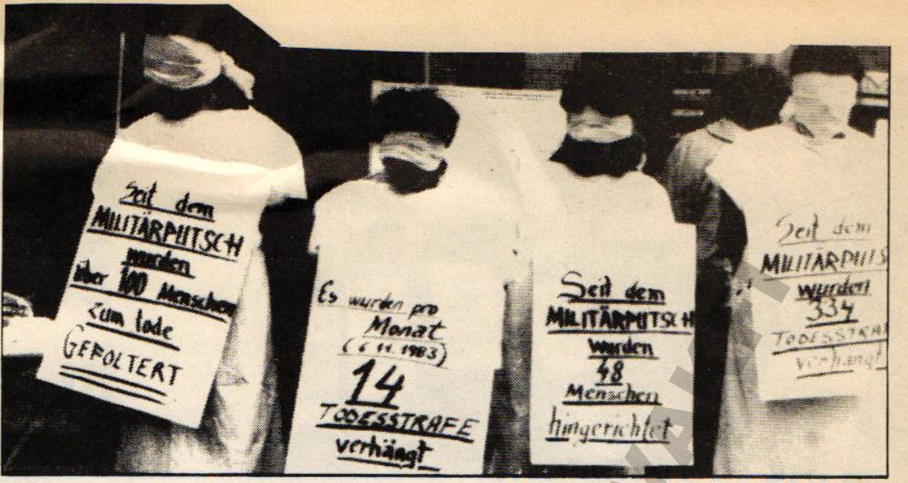
Die 'Informationsquellen der Staatsanwaltschaft' hätten natürlich den Kommunismus anders beschreiben können... Zum Beispiel: 'Die Kommunisten schnappen sich nachts Kinder, kochen und essen sie. Sie haben im Nacken ein zusätzliches Ohr und reißen in den Grünanlagen heimlich Blumen ab...'

Dann wäre die Anklageschrift noch bunter und man hätte für die beiden Generalsekretäre statt 500 Jahre sogar 1000 Jahre fordern können...

Wenn wir in einem solchen Zustand nicht in die EG aufgenommen werden, so haben wir doch große Chancen in die auserwählte Humorliteratur aufgenommen zu werden..." (Hürriyet, 17.3.1988)

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

FOLTER



Bundesrepublik: In den Weihnachtstagen von 1987 Mahnwachen vor den Kirchen

Trotz der bisherigen gegensätzlichen Beteuerungen der Regierungskreise und obwohl unter den internationalen Abkommen, die die Folter verurteilen und verbieten, auch die Unterschrift der Türkei steht, wird in der Türkei die Folter als Verhörmethode fortwährend angewandt. Zu den, im Jahre 1987 noch nicht eröffneten, hunderten von Folterakten ist eine neu hinzugkommen.

Während ihrer 19-tägigen Untersuchungshaft durchgeführten "Verhöre" beschrieben Haydar Kutlu und Nihat Sargın anschliessend in ihrer am 7. Dezember 1987 bei der Generalstaatsanwaltschaft erstatteten Anzeigen wie folgt:

Haydar Kutlu: Weil ich mich geweigert habe, die Aussagen zu machen, die man von mir verlangte, hat man an mir folgende Formen von Folterungen durchgeführt:

– Ich wurde mit verbundenen Augen, auf einem Stuhl sitzend und ohne Schlaf 10 Tage lang vernommen.

– Ich wurde nacht ausgezogen auf einen Betonboden hingestelt.

– Ich wurde gezwungen, mit verbundenen Augen Studen lang stehend auszuharren.

– Aufhängen: Nach etwa 10 Tagen meiner Festnahme hat man diese Foltermethode angewandt. Vor dem Aufhängen wurde ich für eine bestimmte Zeit, die ich nicht näher bestimmen kann, dem kalten Druckwasser ausgesetzt. Ich war dabei ohne Schlaf und unter dem Einfluss von Pharmaka. Nach der Bespritzung mit kaltem Druckwasser, wurd ich an Armen aufgehängt.

– Nach einigen Tagen wurde ich wieder in die Folterkammer geführt. Ich wurde erneut aufgehängt. Dieses Mal wurden an meine Geschlechtsorgane und meine Hand Elektrokabel befestigt. Vor dem Einschalten des Stroms wurde mein Körper mit Wasser völlig durchnässt. Aufgehängt und im nassen Zustand wurde ich Elektroschocks ausgesetzt. Dabei machten sie zwischendurch Pausen und stellten mir Fragen, fragten mich Namen und zählten mir selbst Namen auf. Nach der Anwendlung von Elektroschocks habe ich auf der Rückseite meiner rechten Hand eine Verbrennung erlitten. Sie wurde danach rot und schwoll an. Daraufhin haben sie durch Verabreichung einer Spezialsalbe innerhalb von zwei Tagen die Brandwunden beseitigt.

– Mir wurden Drogen eingegeben. Sowohl vor als auch nach den Verhören wurden sie mir verabreicht. Nach der Folterung und beim Sitzen habe ich den Einstich einer Injektionsnadel in mein linkes Bein gespürt. Danach erfasste allmählich eine Art Wärmegefühl das Innere meines Körpers. Ich sagte ihnen, daß sie mir Drogen eingegeben hätten. Jemand trat auf meine Zehen. Ich spürte es, konnte aber meine Füsse nicht wegziehen. Währenddessen wurde das Verhör fortgesetzt.

Nihat Sargın: Ich wurde mit verbundenen Augen und auf einem Stuhl sitzend 170 Stunden lang, ohne Schlaf, 24 Stunden am Tag, ununterbrochen von drei verschiedenen Verhörteams vernommen. Nur zu den Mahlzeiten und beim Gang zur Toilette wurde mir, ein paar mal am Tag und für wenige Minuten die Augenbinde abgenommen. Falls ich aus Ermüdung einzunicken drohte, wurde ich angbrüllt und gestossen, damit sie das Verhör fortsetzen konnten. Dabei wurde mir, unter dem Vorwand, meine eigenen Bekleidungsstücke zu schonen, ein Sträflingsanzug angezogen.

– Als ich auf Grund der ständigen Schlaflosigkeit völlig erschöpft war, wurde durch eine Injektion in mein Bein versucht, meine Willenskraft und meinen Widerstand vollkommen zu brechen.

– Zuerst wurden die empfindlichen Stellen meines Körpers, wie vor allem Ohren, Hals und Geschlechtsorgane mit kaltem Druckwasse bespritzt und dieser Foltermethode ausgesetzt. Danach folgte das Zusammenpressen meiner Hoden. Später wurden meine Hände am Rücken festgebunden. Das andere Ende des Stricks wurde durch eine an der Decke befestigte Winde geführt und gezogen, sodaß ich der Folter durch Aufhängen ausgesetzt war. Anschliessend folgte erneut die Druckwasserfolter. Als sie merkten, daß ich zu erfrieren drohte -ich spürte bereits nichts mehr und zeigte darum keine Reaktionen. Ich wollte nur einschlafen-haben sie die Folterung abgebrochen. (Cumhuriyet, 13. Dezember 1987)

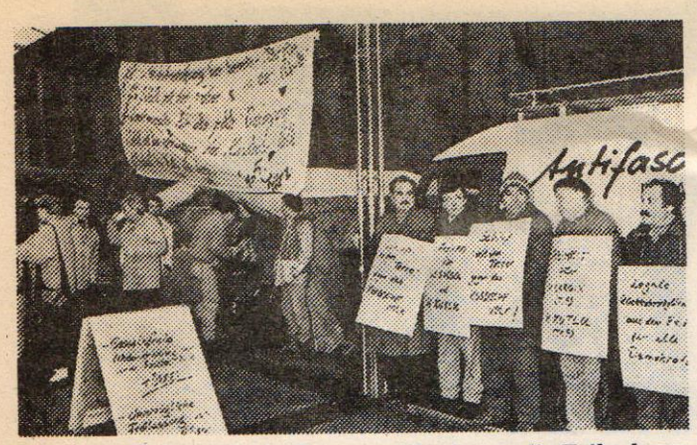
In der Öffentlichkeit mit Empörung aufgenommen

Die unmenschliche Folterpraxis an den führenden Persönlichkeiten der TBKP wurde durch die türkische Öffentlichkeit mit Empörung und Abscheu aufgenommen. Während die türkischen Zeitungen dem Vorfall grossen Raum gaben, stellten die Kolumnisten auch die folgende Frage: "Wie können im Polizeipräsidium, der dem Amt des Ministerpräsindenten untersteht, die führenden Repräsentanten der TBKP gefoltert werden, während die Türkei kurz vor den allgemeinen Wahlen steht und der Ministerpräsident Özal im Fernsehen über die Demokratie redet?"

Ilhan Selçuk (einer der angesehnsten Kolumnisten der Türkei) schrieb zu diesem Thema in der Zeitung Cumhuriyet folgendes: "Während die Folterer direkt vor der Nase des Ministerpräsidialamtes Menschen durch Elektroschocks an ihren Geschlechtsorganen foltern, redet der Ministerpräsident Özal im Farbfernsehen davon, daß in unserem Land die Stromerzeugung erhöht wurde und daß wir ein Zeitalter übersprungen hätten und fliegt nach seinem Wahlsieg zu einer Augenoperation nach Amerika. Während das Flugzeug vom Flughafen Esenboğa abhebt, baumeln zwei führende TBKP-Politiker an beiden Armen gefesselt, an der Decke hängend in der Folterkammer der Hauptstadt." (Cumhuriyet, 15. Dezember 1987)

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Initiativen zur Solidarität mit Sargın und Kutlu in vielen Ländern



Bei einer Mahnwache in Dortmund forderten die Teilnehmer die sofortige Freilassung von Kutlu und Sargin sowie aller politischer Gefangenen. Foto: Schultze

Im Dezember 1987 wurden in den Städten Nürnberg, Mainz, Hamburg und Köln 72-stündige Mahnwahen, unter der Losung "Freiheit für Sargın, Kutlu und den Demokraten der Türkei" abgehalten. Neben Türken und Kurden haben sich auch Deutsche, Griechen und Iraner an den Mahnwachen beteiligt. Die Aktionen wurden von den Organisationen: VVN-Bund der Antifaschisten, DKP, SPD, Grüne, Friedensbewegung und Verband demokratischer Juristen aktiv unterstützt.

Zu der Mahnwach in Hamburg haben der SPD-Bundestagsabgeordnete Freimut Duwe, die F.D.P. In Hamburg und der Vorsitzende des Republikanischen Anwaltvereins Klaus Eschen Solidaritätsschreiben entsandt.

MIKIS THEODORAKIS SINGT FÜR KUTLU UND SARGIN Theodorakis rief auch das Publikum auf, gegen die Festnahme zu protestieren.

Amnesty International hat die beiden Politiker unter ihren Schutz genommen und eine Protst-Telegramm-Aktion gestartet:

"Amnesty International considers both men to be prisoners of conscience held on account of their non-violent political activities. According to Amnesty International's information neither Haydar Kutlu nor Nihat Sargin ever used or advocated violence and nor have the political parties in which they hold leading positions."

IN DER BUNDESREPUBLIK HABEN 1800 ÄRZTE - MITGLIEDER DER AMNESTY INTERNATIONAL - DIE FREILASSUNG VON SARGIN UND KUTLU GEFORDERT

Am 12. Dezember 1987 hat eine Gruppe von 150 Personen vor dem türkischen Konsulat in Stockholm eine Protestaktion durchgeführt. Bei der Kundgebung hielt der sozialdemokratische Abgeordnete des schwedischen Reichstags Hans Göran Frank eine Rede.

GÜNTHER WALLRAFF, FERNSEHINTENDANT DR. FRANZ ALT, PROF. EBERHARD RICHTER UND ANDERE SCHRIFTSTELLER, JOURNALISTEN UND WISSENSCHAFTLER HABEN AUFGERUFEN, DIE INITIATIVE VON DEN GENERALSEKRETÄREN DER TIP UND DER TKP ZU UNTERSTÜTZEN

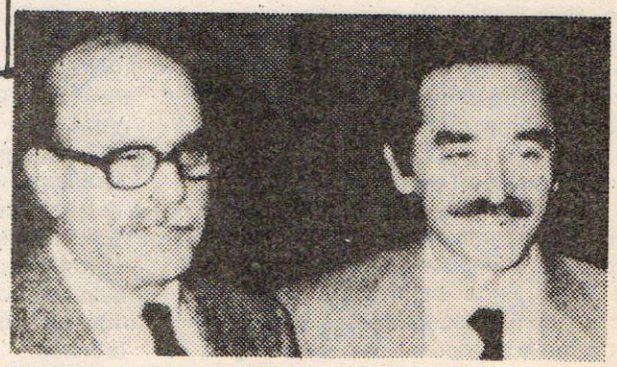
DER TURNUSGEMÄSS AMTIERENDE VORSITZENDE DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT, DER AUSSENMINISTER DÄNEMARKS, HAT DIE VERANTWORTLICHEN KREISE IN DER TÜRKEI ERMAHNT

Ein Protestschreiben, das von den Abgeordneten der SPÖ, Günther Dietrich und Waltraud Horwath verfasst wurde, ist mit Unterschriften von 63 Abgeordneten aus vier Parteien, die im österreichischen Parlament vertreten sind, an T.Özal geschickt worden. In dem Schreiben wird, damit sich die Türkei als ein Teil des demokratischen Europas betrachten kann, die Realisierung einer Generalamnestie, die Aufhebung der Todesurteile, freie Tätigkeit für alle politischen Parteien, die Rückkehr von politischen Emigranten in ihre Heimat, ohne Änderung von Repressalien, die Demokratisierung der Verfassung und die sofortige Freilassung der Generalsekretäre der TIP und der TKP gefordert.

DER DEUTSCHE GEWERKSCHAFTSBUND: "IN DER TÜRKEI MÜSSEN DIE MENSCHENRECHTE GESICHERT WERDEN"

DAS EUROPAPARLAMENT FORDERTE DIE SOFORTIGE FREILASSUNG VON KUTLU UND SARGIN

Protestieren Sie bei der türkischen Botschaft in Bonn und beim Staatssicherheitsgericht in Ankara gegen die Mißachtung der Menschenrechte. Fordern Sie Freiheit für KUTLU und SARGIN und für die anderen politischen Gefangenen.



Dr. Nihat Sargin und Haydar Kutlu

Tragen Sie dazu bei, daß auch in der Türkei die Menschenrechte verwirklicht werden und die Menschen ein menschenwürdiges Leben führen können.

Die Anschrift der türkischen Botschaft:
Botschaft der Republik Turkei
Ute-Straße 47
5300 Bonn 2

Die Anschrift des Staatssicherheitsgerichts:
Ankara Devlet Güvenlik Mahkemesi
Baskanligina
Ankara/TÜRKEI

Initiative für den Schutz der in die Türkei zurückkehrenden politischen Emigranten

TÜRKİYE SOSYALİST ARAŞTIRMA VAKFI

Hamburg, 19.11.1987

Betr.: Solidarität mit Nihat Sargin und Haydar Kutlu und die Forderung um deren sofortige Freilassung sowie die aller politischen Gefangenen!

Am 16. November wurden der Generalsekretär der Türkischen Arbeiterpartei (TIP), Nihat Sargin, sowie der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Türkei (KPdT), Haydar Kutlu, bei ihrer Ankunft in Ankara brutal verhaftet und verschleppt. Sie wurden gefesselt und mit verbundenen Augen weggeschleppt. Mitreisende demokratische Persönlichkeiten, Jornalisten und Abgeordnete des Europa-Parlaments wurden geschlagen und weggeschleppt, als sie sich dem Deportationsbus in den Weg stellten.

Die demokrati sche Öffentlichkeit weiß um die Zustände in den türkischen Gefängnissen. Erniedrigung und Folter gehören zum Alltag.

Ich fordere hiermit die sofortige Freilassung der beiden Demokraten, sowie die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen.
Ebenso die Aufhebung des undemokratischen Verbots der Türkischen Arbeiterpartei und der Kommunistischen Partei der Türkei, wie auch aller anderen demokratischen Parteien!

Freiheit für Nihat Sargin und Haydar Kutlu!

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Hearing "Menschenrechte in der Türkei"

Vor nunmehr 40 Jahren verkündeten die Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. In diesen 40 Jahren wurde viel für die Verwirklichung und Einhaltung der Menschenrechte getan. Längst hat sich weltweit das Verständnis durchgesetzt, wonach kein Land mehr die Einhaltung der Menschenrechte als innere Angelegenheit deklarieren und andererseits auch kein Land tatenlos zusehen kann, wenn in einem anderen Land die Menschenrechte mißachtet werden - erst recht nicht, wenn es um ein verbündetes Land geht, mit der enge Beziehungen bestehen.

Die Türkei, als NATO-Partner der Bundesrepublik und asoziiertes Mitglied der EG, ist ein solches Land. Nicht zuletzt leben 1,5 Millionen Menschen aus diesem Land unter uns. Unter ihnen auch zahllose politische Flüchtlinge, die aus Sorge um Leib und Leben die Heimat verlassen mußten.

Was die politischen Flüchtlinge in der Türkei erwartet, wurde jüngst bei der Rückkehr der kommunistischen Oppositionspolitiker Nihat Sargin und Haydar Kutlu noch einmal deutlich. Die beiden Politiker kehrten im November des vorigen Jahres nach langjährigem Exil in die Türkei zurück, um dort eine legale Partei zu gründen. Begleitet wurden sie von einer internationalen Delegation, bestehend aus Mitgliedern des Europaparlaments, Juristen, Journalisten und Geistlichen. Vor deren Augen wurden sie noch auf dem Flugplatz festgenommen und mit verbundenen Augen abgeführt. Danach wurden sie - wie es auch aus den Strafanzeigen, die die beiden Politiker später stellten, hervorgeht - 19 Tage lang in Isolationshaft gefoltert. Dabei kamen von Elektroschocks bis zur Injektion von Medikamenten die grausamsten Methoden der Folter zur Anwendung.

Die Verantwortlichen in der Türkei können Sargin und Kutlu keine Gewalttaten vorwerfen. Sie werden einzig und allein wegen ihrer politischen Überzeugung angeklagt. Die Türkei ist das einzige Land in Europa, in dem Kommunisten von Gesetzes wegen wie Verbrecher behandlet werden. Die Verurteilung der türkischen Friedensfreunde aufgrund der Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgestzbuches, wonach schon eine politische Überzeugung bestraft werden kann, verletzt die Menschenrechte. Die Vorschriften der Paragraphen 141 und 142 sind in erster Linie gegen die Kommunisten gerichtet, werden heute aber in der Praxis gegen alle opportionellen Kräfte eingesetzt.

Das, was Sargin und Kutlu vor den Augen der Weltöffentlichkeit widerfahren ist, steht stellvertretend für tausende ähnlicher Fälle der Menschenrechtsverletzung. Allein die Zahl der Foltertoten, die die offiziellen Stellen eingestehen mußten, beläuft sich auf über 70. Dem Parlament liegen 200 Todesurteile zur Bestätigung vor. In den Gefängnissen befinden sich 30.000 politische Gefangene. Das kurdische Volk, das mit 10 Millionen ein Fünftel der Bevölkerung ausmacht, ist seiner elementarsten Rechte beraubt und tagtäglichen Übergriffen der Sicherheitskräfte und Repressalien ausgesetzt.

Die politischen Flüchtlinge bestehen auf ihr Recht der Rückkehr in ihre Heimat auch wenn sie dort nach wie vor ernsthaften Gefahren an Leib und Leben ausgesetzt sind. Im Zuge ihrer Rückkehr geraten die Menschenrechtsverletzungen immer mehr ans Tageslicht, und zwar gerade in einer Zeit, in der von Liberalisierung und Demokratisierung die Rede ist.

In einem Hearing über die Menschenrechte in der Türkei, in dem Betroffene, Augenzeugen und Sachverständige zu Wort kommen werden, möchten wir versuchen zu analysieren, wie es um die Menschenrechte in der Türkei steht. Wir möchten Sie bitten, das Hearing, das im Juni dieses Jahres in Hamburg stattfinden soll, zu unterstützen und daran teilzunehmen.

Ich unterstütze das Hearing "Menschenrechte in der Türkei" und bin mit der Veröffentlichung meines Namens einverstanden.

Name	*Anschrift*	*Beruf/Funktion*	*Unterschrift*

Kontaktanschrift:

Rechtsanwalt Christian Rahn,
Cremon 11,
2000 Hamburg 11
Telefon: 37 30 99

TÜRKİYE SOSYALİST İŞÇİ VE KÖYLÜ PARTİSİ

AN DEN DGB UND DIE EINZELGEWERKSCHAFTEN

Wir, die Unterzeichner/innen, sind Mitglieder der DGB-Einzelgewerkschaften.

In letzter Zeit werden in der Türkei wieder immer mehr Menschen wegen ihrer Anschauung verhaftet.

- Die öffentliche Erklärung des Ärztevereins der Türkei, ein Nuklearkrieg könne das Ende der Menschheit herbeiführen, hat die Verhaftung des Vorsitzenden, Dr. Erdal Atabek, bewirkt.

- Viele, die sich an einer Kampagne des Menschenrechtsvereins der Türkei beteiligt haben, indem sie Unterschriften für eine Generalamnestie und Aufhebung der Todesstrafe in der Türkei sammelten, wurden verhaftet. Trotz diesem Druck wird die Unterschriftenkampagne fortgeführt.

- Schließlich hat die Verhaftung von Haydar Kutlu (Generalsekretär der TÜRKISCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI) und Nihat Sargin (Generalsekretär der TÜRKISCHEN ARBEITERPARTEI) , die am 16.11.87 in die Türkei gefahren sind, um die VKP (Vereinigte Kommunistische Partei) der Türkei legal zu gründen, Proteste in der breiten Weltöffentlichkeit hervorgerufen. Den beiden wurden unmittelbar nach dem Verlassen des Flugzeuges die Augen verbunden und Handschellen angelegt.
Wir sind bestürzt über die Verhaftung dieser Menschen aufgrund ihrer Anschauung. Diese Entwicklung gibt uns zu denken.

Deshalb fordern wir Sie* auf, auf der Grundlage des Beschlußes der 1. Ausländerkonferenz der IGM bezüglich der Forderung nach Freilassung aller politisch Inhaftierten der Türkei (A 172), gegen die Verhaftung der Menschen in der Türkei aufgrund ihrer Anschauung zu protestieren.

NAME	ADRESSE	ORGANISATION	UNTERSCHRIFT

* Diese Erklärung ist an
- den DGB-Kreisvorstand
- die Verwaltungsstelle der IGM Hamburg
- den Landesbezirk der IGM Hamburg
- den Ausländer/innenausschuß der IGM Hamburg gerichtet.

125 imza ile politiken yenlere verildi (Türkiyeliler)
15.12.87 günlü toplantida ele alinacak.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Telegramm

Datum	Uhrzeit	Empfangen von	Leitvermerk	Datum	Uhrzeit
Empfangen Platz	Namenszeichen			Gesendet Platz	Namenszeichen

Bezeichnung der Aufgabe-TSt	Aufgabe-Nr.	Wortzahl	Aufgabetag	Uhrzeit	Via/Leitweg
aus					

Die stark umrahmten Teile sind vom Absender auszufüllen. Bitte Rückseite beachten.

Gebührenpflichtige Dienstvermerke

= =

Name des Empfängers, Straße, Hausnummer usw.

Bestimmungsort – Bestimmungs-TSt

ICM Protestiere gegen die Verhaftung von Nihat Sargin + Haydar Kutlu und fordere
- sofortige Freilassung

A5, Kl. 38rc

Schl. 10.84/87654

937 200 000-6 TO Anl. 1

Feste Gebühr (Nur bei Auslandstel)	DM Pf	Wörter geändert	Absender (Name und Anschrift, ggf. Ortsnetzkennzahl und Telefonnummer, **diese Angaben werden nicht mittelegrafiert**)
Wortgebühren	DM Pf	Wörter gestrichen	M. Antonia
Sonstige Gebühren	DM Pf	Wörter hinzugesetzt	Zusuper Hauptstr. 261
Zusammen	DM Pf	**Auf ungenügende Anschrift/ Besonderheiten/ Dienstzeit hingewiesen**	2000 HH 53
Angenommen			

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

DEUTSCHE BUNDESPOST

Telegramm

Verzögerungsvermerke

Datum Uhrzeit Empfangen Platz Namenszeichen | Empfangen von | Leitvermerk | Datum Uhrzeit Gesendet Platz Namenszeichen

Bezeichnung der Aufgabe-TSt aus | Aufgabe-Nr. | Wortzahl | Aufgabetag | Uhrzeit | Via/Leitweg

Die stark umrahmten Teile sind vom Absender auszufüllen. Bitte Rückseite beachten.

Gebührenpflichtige Dienstvermerke

= =

Name des Empfängers, Straße, Hausnummer usw.

T.C. Basbakani Turgut Oezal

Bestimmungsort – Bestimmungs-TSt

Ankara / Türkei

Protestieren aufs schärfste gegen Festnahme demokratischer Politiker Nihat Sargin und Haydar Kutlu. Fordern sofortige Haftentlassung.

MSB Spartakus Gruppe FH Sozpaed

Feste Gebühr (Nur bei Auslandstel) ____ DM ____ Pf

Wortgebühren ____ DM ____ Pf

Sonstige Gebühren ____ DM ____ Pf

Zusammen ____ DM ____ Pf

Angenommen ____

Wörter geändert ____

Wörter gestrichen ____

Wörter hinzugesetzt ____

Auf ungenügende Anschrift/ Besonderheiten/ Dienstzeit hingewiesen

Absender (Name und Anschrift, ggf. Ortsnetzkennzahl und Telefonnummer, diese Angaben werden nicht mittelegrafiert)

MSB Gruppe Sozpäd
Saarlandstr. 30
2000 Hamburg 60

A5, Kl. 38rc Schl 10. 84 / 8 7 6 5 4 3 837 200 000-6 (O Anl. 1

DEUTSCHE BUNDESPOST

Telegramm

Verzögerungsvermerke

Datum Uhrzeit Empfangen Platz Namenszeichen | Empfangen von | Leitvermerk | Datum Uhrzeit Gesendet Platz Namenszeichen

Bezeichnung der Aufgabe-TSt aus | Aufgabe-Nr. | Wortzahl | Aufgabetag | Uhrzeit | Via/Leitweg

Die stark umrahmten Teile sind vom Absender auszufüllen. Bitte Rückseite beachten.

Gebührenpflichtige Dienstvermerke

= =

Name des Empfängers, Straße, Hausnummer usw.

T.C. Basbakani Turgut Oezal

Bestimmungsort – Bestimmungs-TSt

Ankara / Türkei

Protestieren aufs schärfste gegen Festnahme demokratischer Politiker Nihat Sargin und Haydar Kutlu. Fordern sofortige Haftentlassung.

MSB Spartakus Gruppe FH Sozpaed

Feste Gebühr (Nur bei Auslandstel) ____ DM ____ Pf

Wortgebühren ____ DM ____ Pf

Sonstige Gebühren ____ DM ____ Pf

Zusammen ____ DM ____ Pf

Angenommen ____

Wörter geändert ____

Wörter gestrichen ____

Wörter hinzugesetzt ____

Auf ungenügende Anschrift/ Besonderheiten/ Dienstzeit hingewiesen

Absender (Name und Anschrift, ggf. Ortsnetzkennzahl und Telefonnummer, diese Angaben werden nicht mittelegrafiert)

MSB Gruppe Sozpäd
Saarlandstr. 30
2000 Hamburg 60

A5, Kl. 38rc Schl 10. 84 / 8 7 6 5 4 3 837 200 000-6

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

DEUTSCHE BUNDESPOST

Telegramm

Verzögerungsvermerke

Datum / Uhrzeit	Empfangen von	Leitvermerk	Datum / Uhrzeit
Empfangen Platz / Namenszeichen			Gesendet Platz / Namenszeichen

Bezeichnung der Aufgabe-TSt | Aufgabe-Nr. | Wortzahl | Aufgabetag | Uhrzeit | Via/Leitweg

aus

Die stark umrahmten Teile sind vom Absender auszufüllen. Bitte Rückseite beachten.

Gebührenpflichtige Dienstvermerke

= =

Name des Empfängers, Straße, Hausnummer usw.

T.C. Büyük Elçiliği Uhlestrasse

Bestimmungsort – Bestimmungs-TSt

Bonn - Bad Godesberg

20.yy'ın sonunda yurtdışında çalışan işçiler ve Türkiye vatandaşları olarak N.Sargın ve H.Kutlunun tutuklanmalarını "çağ atladığımız, demokrasiye geçtigimiz" bir dönemde demokrasinin ayıbı, insan haklarına saldırı olarak değerlendiriyor ve N.Sargın ve H.Kutlunun derhal avukatlarıyla görüştürülüp serbest bırakılmasını talep ediyoruz.

Feste Gebühr (Nur bei Auslandstel) ____ DM ____ Pf

Wortgebühren ____ DM ____ Pf

Sonstige Gebühren ____ DM ____ Pf

Zusammen ____ DM ____ Pf

Angenommen ____

____ Wörter geändert

____ Wörter gestrichen

____ Wörter hinzugesetzt

Auf ungenügende Anschrift/ Besonderheiten/ Dienstzeit hingewiesen

Absender (Name und Anschrift, ggf. Ortsnetzkennzahl und Telefonnummer, **diese Angaben werden nicht mittelegrafiert**)

520 işçi ve demokrat adına Hamburg Türkiye Halkevi

Neuer Kamp 31, 2 HH 6

A5, Kl. 38rc Schl. 10.84/8765 4 937 200 000-6 TO Anl. 1

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI TÜSTAV

Telegramm

Datum · Uhrzeit | Empfangen von | Leitvermerk | Datum · Uhrzeit

Empfangen: Platz · Namenszeichen

Gesendet: Platz · Namenszeichen

Bezeichnung der Aufgabe-TSt · Aufgabe-Nr. · Wortzahl · Aufgabetag · Uhrzeit · Via/Leitweg

aus

Gebührenpflichtige Dienstvermerke

= =

Name des Empfängers, Straße, Hausnummer usw.

Bestimmungsort – Bestimmungs-TSt

Bitte Rückseite beachten.

Ich protestiere gegen die Verhaftung von Nihat Sargin und Haydar Kutlu und fordere: sofortige Freilassung.

A5, Kl. 38rc

Schl. 10.84/87654

937 200 000-6 TO Anl. 1

Feste Gebühr (Nur bei Auslandstel) ____ DM ____ Pf

Wortgebühren ____ DM ____ Pf

Sonstige Gebühren ____ DM ____ Pf

Zusammen ____ DM ____ Pf

Angenommen ____

____ Wörter geändert

____ Wörter gestrichen

____ Wörter hinzugesetzt

Auf ungenügende Anschrift/ Besonderheiten/ Dienstzeit hingewiesen

Absender (Name und Anschrift, ggf. Ortsnetzkennzahl und Telefonnummer, **diese Angaben werden nicht mittelegrafiert**)

Tina Lakemeier
Lutherothstr. 50
2000 Hamburg 20

TÜRKIYE SOSYAL TARIH ARASTIRMA VAKFI

Empfangen: Platz · Namenszeichen

Gesendet: Platz · Namenszeichen

Bezeichnung der Aufgabe-TSt · Aufgabe-Nr. · Wortzahl · Aufgabetag · Uhrzeit · Via/Leitweg

aus

Gebührenpflichtige Dienstvermerke

= =

Name des Empfängers, Straße, Hausnummer usw.

Bestimmungsort – Bestimmungs-TSt

Bitte Rückseite beachten.

ICH Protestiere gegen die Verhaftung von Nihat Sargin + Haydar Kutlu und fordere - sofortige Freilassung

A5, Kl. 38rc

Schl. 10.84/87654

937 200 000-6 TO Anl. 1

Feste Gebühr (Nur bei Auslandstel) ____ DM ____ Pf

Wortgebühren ____ DM ____ Pf

Sonstige Gebühren ____ DM ____ Pf

Zusammen ____ DM ____ Pf

Angenommen ____

____ Wörter geändert

____ Wörter gestrichen

____ Wörter hinzugesetzt

Auf ungenügende Anschrift/ Besonderheiten/ Dienstzeit hingewiesen

Absender (Name und Anschrift, ggf. Ortsnetzkennzahl und Telefonnummer, **diese Angaben werden nicht mittelegrafiert**)

N. Scherrer
Große Brunnenstr. 18
2000 HH 50

TOPLANTI

TÜRKİYE BİRLEŞİK KOMÜNİST PARTİSİ KURUCULARI

KUTLU VE SARGIN'A ÖZGÜRLÜK!

Tüm Politik Tutuklular Serbest Bırakılsın!

KONUŞMACILAR:

* **TKP TEMSİLCİSİ**
* **GISELA PARWEZ** TARİHÇİ, N.SARGIN ve H.KUTLU ile TÜRKİYE'ye GİDEN DELEGASYON ÜYESİ

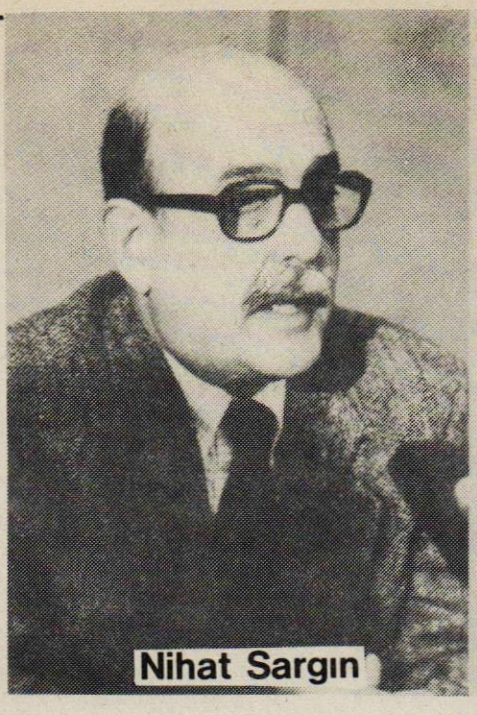
▶ TARİH: 16 NİSAN'88-C.TESİ

▶ SAAT: 14⁰⁰

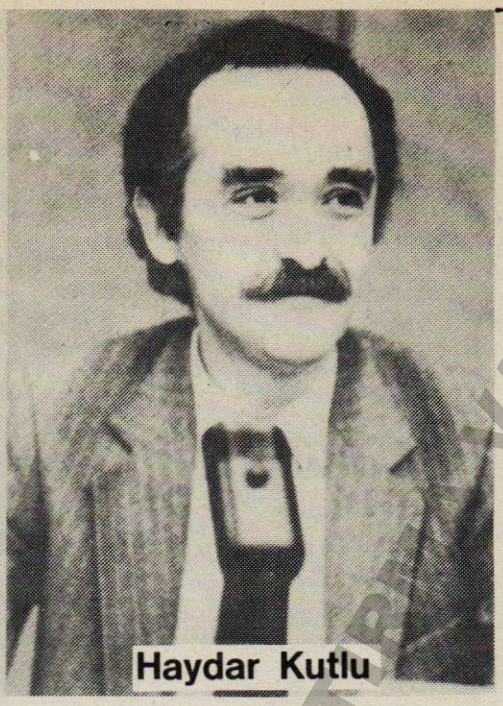
▶ YER : FREIZEITHEIM LINDEN
HANNOVER

Düzenleyen:
Türkiye'ye Geri Dönen Politik Göçmenleri
Koruma Girişimi. Hansastr.86-41 Duisburg

TÜRKİYE SOSYAL ARAŞTIRMALARI VAKFI



Nihat Sargın



Haydar Kutlu

TÜRKİYE BİRLEŞİK KOMÜNİST PARTİSİ KURUCULARI

SARGIN VE KUTLU:
«İŞKENCE GÖRDÜK!»

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMALARI VAKFI

" İki Komünist Politikacı Nihat Sargın ve Haydar Kutlu
Sivil Polislerin Arasında DGM Binasından Çıkarılırken."

"Yarım veya az demokrasi olmaz. Demokrasi ya vardır, ya da yoktur!"

TKP Genel Sekreteri Haydar Kutlu Polislerin Arasında."

Türkiye Birleşik Komünist Partisi-TBKP-ni yasal olarak kurmak amacıyla 16 Kasım günü,politik göçmen olarak yaşadıkları yurtdışından ülkeye geri dönen ve daha Ankara havaalanında uçağın merdivenlerinde gözaltına alınarak kanunlara ve anayasaya aykırı bir biçimde 20 gün Ankara Emniyet Müdürlüğünde tutulan TİP Genel Sekreteri Dr.Nihat Sargın ve TKP Genel Sekreteri Haydar Kutlu 5 Aralık günü çıkarıldıkları Devlet Güvenlik Mahkemesi-DGM-tarafından tutuklanarak Ankara Merkez Kapalı Cezaevi'ne kondular.

"İŞKENCE GÖRDÜLER"

Kutlu ve Sargın'ın DGM'deki soruşturmasının sonucunu,DGM binası önünde ilgiyle bekleyen 30 dolayındaki yerli-yabancı gazeteci ve Avukatlarına Siyasi şube müdürü Hasan Eryılmaz "Soru sorulmasının ve konuşulmasının yasak olduğunu,sadece fotoğraf çekilebileceğini" bildirdi. Aynı anda DGM'nin yakınındaki binaların tümünün balkon ve pencereleri insan kaynıyordu.

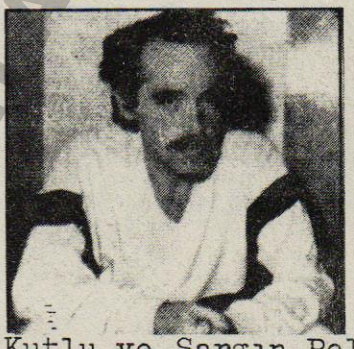
Saat 12.45 sıralarında Kutlu ve Sargın DGM kapısında 15 kadar sivil siyasi polisin arasında göründüler.Polisler Sargın ve Kutlu'nun kollarına sıkıca yapışmışlardı.

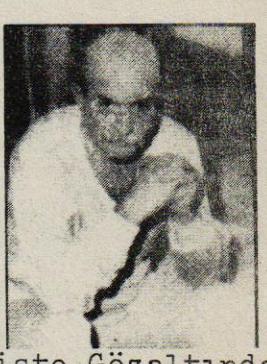
Nihat Sargın bu sırada gazeteci ve avukatlara dönerek"İŞKENCE GÖRDÜK" diye bağırdı.Kutlu'da evet doğru diye onayladı. Bunun üzerine sivil polisler iki politikacıyıiteleyerek polis otolarına bindirdiler ve Ankara Kapalı Cezaevi'ne doğru yola koyuldular

Kutlu ve Sargın'ın İşkence gördüklerini DGM'de protokole kaydettirdikleri bildiriliyor.

"KUTLU VE SARGIN AVUKATLARI İLE GÖRUŞTÜLER .Av.RASİM ÖZ ve Av. ATİLLA COŞKUN'da GÖZ ALTINA ALIN DILAR."

Sargın ve Kutlu 7 Aralık günü 10 avukatıyla Cezaevinde 1 saat kadar görüştürüldü.Görüşmeden so sonra Cezaevi bahçesinde Kutlu ve Sargın'ın avukatlarından Atilla Coşkun ve Rasim Öz siyasi şube polislerince ayrı ayrı otolara bindirilerek bilinmeyen bir yere götürüldüler.Daha sonra diğer avukatlar adına Ersan Şansal bir açıklama yaparak"Bu olayı savunma hakkının kısıtlanmasına yönelik anti-demokratik bir uygulama olarak nitelendirdi ve protesto etti.Şansal ayrıca Kutlu ve Sargın'la görüşmelerinde müvekkillerinin "ELEKTRİK VERME,TAZYİKLİ SU,FİLİSTİN ASKISI,BETONDA YATIRMA" gibi işkencelere maruz kaldıklarını belirttiklerini ve şu andada yorgun olduklarını söyledi.





Kutlu ve Sargın Poliste Gözaltında

Avukatlar daha sonra İnönü ve Demirel'e bir telgraf çekerek Rasim Öz ve Atilla Coşkun'un gözaltına alınmaları ile ilgilenmelerini istediler.

Ankara Barosu başkanı Mahir Ilıcak'ta Rasim Öz ile Atilla Coşkun'un görevi başında polisçe gözaltına alınmasının SUÇ olduğunu söyledi.Mahir Ilıcak şöyle konuştu: "Avukat Rasim Öz ile Atilla Coşkun'un görevini yaparken polisçe gözaltına alınmaları çok vahim bir olay.Olayı üzüntü ile karşılıyorum.Avukatı manevi baskı altına almak,görevini yapmaktan alıkoymak suçtur."

Öte yandan SHP Genel Sekreteri Fikri Sağlar, Adalet Bakanı Halil Ertem'in iki genel sekreterin sorgulanması sırasında taraflı davrandığını belirtti.

Sağlar,"Böyle bir kişinin bakan olması,hukuk unsurunun var

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ENSTİTÜSÜ

olduğu söylenen ülkemiz için şansızlıktır" dedi.

SHP Genel Sekreteri,Kutlu ve Sargın'ın DGM'den cezaevine götürülürken,basın mensuplarının ve avukatlarının yanında "işkence gördük"diye bağırmalarına karşın Adalet Bakanının hiç bir takibat yapmadığını söyledi.Sağlar şöyle dedi:

"Tarafsız olması gereken bir Adalet Bakanının peşinen'böyle bir şey yok' demesi onun tarafsız olmadığının açık göstergesidir.Şimdi Adalet Bakanına ve İçişleri Bakanına soruyoruz, Kutlu ve Sargın'a işkence yapılmışmıdır? Sorgulamaları neden uzatılmıştır?"

Ayrıca Uluslararası Af Örgütü Özal ve Evren'e bir mektup yazarak Kutlu ve Sargın'a işkence yapıldığını duyduklarını,bu işkencelerin Öz ve Coşkun'ada yapılabileceğinin,bunun önlenmesini Kutlu,Sargın ve avukatlarının derhal serbest bırakılmasını istediler. Mektupta ayrıca TİP ve TKP'nin teröre kesinlikle bulaşmamış oldukları belirtildi.

Bunlardan başka F.Almanya'da Cumhuriyetçi Avukatlar Birliği ve Demokratik Hukukçular Birliği Türkiye'ye bir telgraf göndererek Coşkun ve Öz'ün gözaltına alınmalarını protesto ettiler ve serbest bırakılmalarını istediler.

Gazeteler ayrıca tüm ülke çapında tutuklamalara başlandığını bir çok aydın,ilerici,bilimadamı, sanatçı ve sendikacının gözaltına alındıkları bil diri .yor.80 bin üyeli bağımsız Otomobil İş Sendikasının eski ve yeni Genel Sekreterleri Sami Ateş ve Celal Özdoğan 29 Kasım tarihinde polisçe gözaltına alınmışlardı.Şu ana kadar iki işçi liderinin akibetleri ve nerede oldukları bilinmiyor.

"NELERDEN YARGILANACAKLAR"

Gazeteler TBKP liderleri Sargın ve Kutlu'nun DGM'de 140,141-1, 142/1-3-6, 312/2,158 ve 159.maddelerden yargılanacaklarını bildiriyor.Bu maddelerin toplamı 70 yıl 3 ay hapis cezasını öngörüyor.

Ayrıca bu maddelerin tümü 'DÜŞÜNCELERDEN ÖTÜRÜ" 'suçları' kapsıyor.

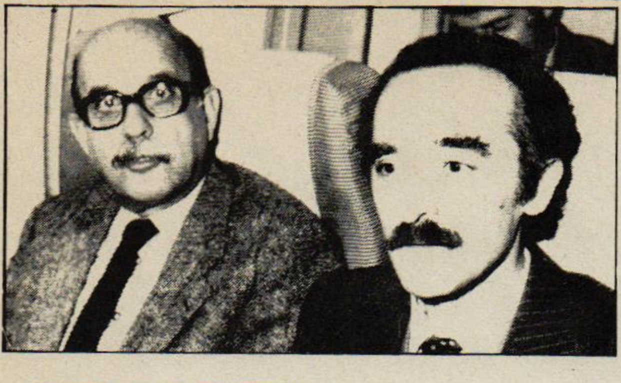
Sargın ve Kutlu hakkındaki iddianamenin 15 gün,1 ay içinde bitirileceği ve mahkemenin başlayabileceği basın organlarında belirtiliyor.

Bugün artık Avrupa'da bu tip "suçlardan" ötürü kimse yargılanmıyor ve şu an Avrupada hiç bir partinin yöneticisi ve genel sekreteri hapiste bulunmuyor.

Ülkemizde demokrasinin gelişip yerleşmesi için:

KUTLU VE SARGIN'a ÖZGÜRLÜK !

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI



Basından iki yazı......

BUGÜN

İŞKENCE

"MİLLİYET 7.12.87"

TİP yöneticisi Nihat Sargın dün "İşkence gördük" diye bağırdı.

19 gün gözaltında kalmıştı. Dün ilk defa Devlet Güvenlik Mahkemesi'ne çıkarıldı. Yargıç, gizli yapılan sorgudan sonra tutuklama kararı verdi. Bu karardan sonra DGM'den çıkarılırken, görevlilerin arasından basın mensuplarına seslenerek, sadece onu söyleyebildi:

—"İşkence gördük."

Sargın'ın TKP yöneticisi Haydar Kutlu'yla birlikte gözaltında tutulduğu yerlerin, Emniyet'in "en lüks" odaları olduğu açıklanmıştı. Öyle olsa bile şimdi ortada, sanıkların "işkence"den kurtulmasına, o "lüks"ün de yetmediği iddiası vardır.

Doğru mudur, değil midir?

Hiç vakit geçirmeden saptanması için, bunu hükümetin de, gerçekten istemesi gerekir.

Yoksa bürokratik mekanizmalar içinde yapılacak sıradan bir araştırmanın sonucu meydandadır: İşkenceciler zaten "İstediğini yap ama, iz bırakma" hesabıyla çalışır. Amir de işkenceye "emir" vermemiş olsa bile, çoğu defa ona zımnen "izin" vermiştir. Yapılanın farkındadır. Memurunu korur..

Ve o bürokratik araştırma, alışılmış bir açıklamayla kapatılır:

—"Yalandır. Sanık, kendi ideolojisine uygun olarak, ülkemiz aleyhine propaganda yapmakta, tahriklerde bulunmaktadır."

Nitekim bu yoldaki bir "ön açıklama", Ankara'daki savcıdan gelmiştir. İddiayı işiten savcı, beş dakika düşünmeye bile gerek duymadan demeci patlatmıştır:

—"İşkence yok. Örgüt taktiği var. Bunlarınki örgütlerinden aldığı talimattır."

Ülkemizdeki işkencecilerin pervasızlaşması, işte bu çeşit açıklamalar yüzündendir. Geçmişte, ellerindeki sanıkları öldürmeye kadar varan eylemlerini, o açıklamalardan aldıkları cesaretle sürdürdüler. Neden sonra.. O da yönetimlerin değil, basının ve muhalefetin zorlamasıyla anlaşıldı ki, işkence iddialarının büyük kısmında asıl, o "Yalandır" diyen "açıklamacı"ların söylediği yalandır.

Peki bunun tersi de olmaz mı? İşkence iddialarını öne sürenlerin de yalan söylediği olmaz mı?

O da mümkündür ama, o halde de, "Doğru mudur, değil midir?" araştırmasının gerçekten ciddi ve herkesi inandıracak bir tarafsızlıkla sürdürülmesi şarttır. Onun için de —belirttiğimiz gibi— hükümetin siyasal iradesinin o yönde işlemesi gerekir.

Özal hükümeti, insan hak ve hürriyetlerine saygılı olduğunu ilan edip duruyor. Ülkemizin, o hak ve hürriyetler açısından AT standartlarına ulaşacağını söylüyor.

Gerçi söyledikleriyle yaptıkları arasında hâlâ büyük bir uçurum vardır. İnsanları sadece düşünceleri yüzünden hapseden hukuk sistemi ve uygulamaları karşısında henüz parmağını bile kıpırdatmamıştır.

Ama —AT standartlarından geçtik— ortada şimdi, en basit "insanlık standartları"na da sığmayan, güncel bir "işkence" iddiası var. O "işkence" ki, Anayasamıza ve yasalarımıza göre de ağır bir suçtur.

"İnsan hak ve hürriyetlerine saygılı" hükümetimiz, bakalım şimdi buna karşı ne yapacak?

ALTAN ÖYMEN

bir günün hikâyesi

Ahmet ALTAN

"HÜRRİYET 8.12.'87"

İşkence iddiaları

GÜNLERDEN beri poliste sorguya çekilen Türkiye Birleşik Komünist Partisi'nin liderleri **Haydar Kutlu** ile **Nihat Sargın** işkence gördüklerini iddia ettiler. Onlar bunu söyledikten beş dakika sonra yetkililer bu iddiayı neredeyse otomatik bir refleksle yalanladılar...

Biz şurada elli milyon kişiyiz... Birbirimizi tanırız... İşkence iddialarının öyle beş dakikada reddedilmeyecek kadar ciddi bir iş olduğunu ve ülkemizde bu uygulamaya sık sık başvurulduğunu da biliriz.

Ülkemizde bazı insanlara işkence yapılabileceği, sanki gizli bir anlaşmayla herkes tarafından kabul edilmiş gibi... Ama bir ülkede bazı insanlara işkence yapılabileceğini kabul ederseniz, hiç kimse güvenlikte olmaz. İşkence sürer, işkence edilebilecek insanların kimler olduğu konusundaki inanç değişir...

Bir yandan çağdaşlaşmaktan söz ediyor, Avrupalılaşmak istiyoruz, bir yandan da insanlara işkence yapıyoruz. İki ruhlu bir insan gibiyiz. Bir yüzümüz, kibar, aydın, gelişmiş. Bir başka yüzümüz, çağdışı, karanlık, işkenceci...

Artık yeryüzünde hiç bir ulus tam anlamıyla bağımsız olamaz. "**Biz istediğimize işkence yaparız, bize kimse karışamaz**" diyemeyiz. Yeryüzünde bir ortak kamuoyu var. O kamuoyu Amerika'ya da karışır, Sovyetler'e de karışır, Türkiye'ye de karışır.

Türkiye bir ıssız ada değil, biz de elli milyon Robinson Krüzo değiliz. Dünyanın bir parçasıyız. Dünyanın reddettiği vahşeti biz benimseyemeyiz. Benimsersek yalnız kalırız.

Üstelik niye işkence yapıldığı da belli değil. Avrupalı parlamenterlerin desteğinde ülkelerine dönen iki komüniste işkence yaparak neyi kanıtlıyoruz? Dünyaya boşverdiğimizi mi? Dünyaya boşveriyorsak, başbakanımız Amerika'da ne arıyor? Biraz daha para alabilmek için ne diye Amerikalı bankacılarla pazarlık ediyor? Ne diye Avrupa Topluluğu'na girmek için uğraşıyoruz? Ne diye Avrupa'ya mal satmaya çalışıyoruz?

Dünyaya boşvermiyorsak, ne diye bütün dünyanın lanetlediği işkenceyi hâlâ ülkemizde uyguluyoruz? En azından, işkence iddialarının gölgesi altında kalıyoruz. Niye bu iddialar hakkında ciddi bir soruşturma açmıyoruz?

Kim yapıyor bu işkenceleri? Kim işkence yapılsın diye emir veriyor? İki kişiye işkence yapılınca ülkedeki bütün sorunlar çözülüyor mu? İşkence yapılmazsa ülke mi batacak?

Dünya bizi bir umacı gibi görüyor. Biz de bundan yakınıyoruz. Herkesin bize düşman olduğunu söylüyoruz.

Gerçekten haklı mıyız bunları söylerken. Bir de kendimizi başkalarının yerine koyalım.

Biz işkencecileri sevimli bulur muyduk?

Eğer, bir ülkede, en temel insan haklarına bile saygı gösterilmiyorsa, o ülkede, insanlara düşüncelerinden, inançlarından, ulusal kökenlerinden dolayı baskı yapılıyorsa, o ülkenin vatandaşları ülke dışında saygınlık kazanamazlar.

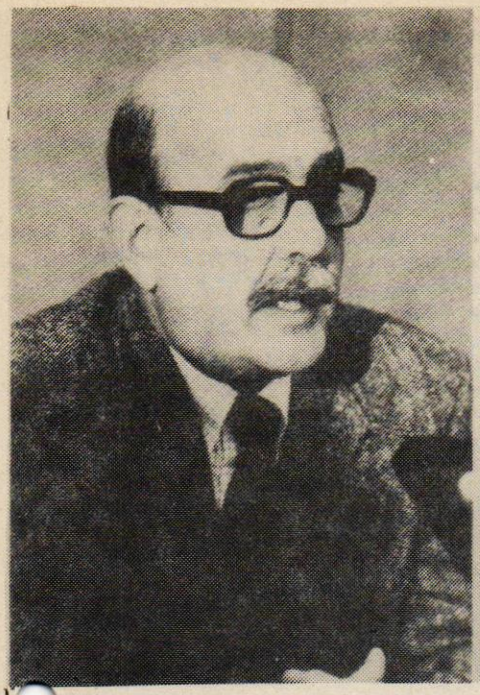
TİP Genel Sekreteri Nihat Sargın ve TKP Genel Sekreteri Haydar Kutlu'nun Türkiye'ye dönüşleri ile ilgili gelişmeleri izlemek, bilgi almak,

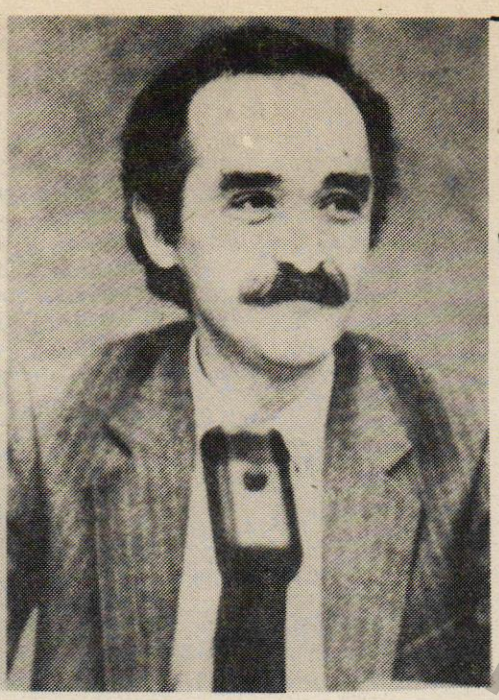
Nihat Sargın ve Haydar Kutlu'ya özgürlük için yürütülen dayanışma çalışmalarına yardımcı olmak, katkıda bulunmak,

Türkiye Birleşik Komünist Partisi'nin program tasarısını, diğer yayınları izlemek, daha geniş bilgi edinmek,

istiyorsanız aşağıdaki adrese başvurabilirsiniz.

BEM (Birlik Enformasyon Merkezi) | Moltkestr. 45, 4100 Duisburg 1, Tel.: 0203-34 03 95
Telex: 855367 inmed d Telefax: 0203-33 89 48





letzte meldung

N. Sargın und H. Kutlu nach der Verhaftung:

"WIR WURDEN GEFOLTERT!"

TÜSTAV ARŞİV ARAŞTIRMA VAKFI

- DIE GENERALSEKRETÄRE DER ARBEITERPARTEI DER TÜRKEI -TIP- UND DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER TÜRKEI -TKP- , NIHAT SARGIN UND HAYDAR KUTLU WURDEN VERHAFTET UND INS GEFÄNGNIS ABGEFÜHRT

- VOR DEM EINSTEIGEN IN DEN GEFÄNGNIS-TRANSPORTER HABEN DIE BEIDEN TÜRKISCHEN POLITIKER AUSGERUFEN, DAß SIE GEFOLTERT WORDEN SIND

- DIE RECHTSANWÄLTE VON SARGIN UND KUTLU ERKLÄRTEN : "DIE VERANTWORTLICHEN DER FOLTER SIND DER STAATSANWALT DES STAATSSICHERHEITSGERICHTS UND DER MINISTERPRÄSIDENT"

- BREITE VERHAFTUNGSWELLE IN DER TÜRKEI - ZAHLREICHE DEMOKRATISCHE PERSÖNLICHKEITEN, DARUNTER ZWEI BEKANNTE GEWERKSCHAFTSFÜHRER UND AUCH DIE BEIDEN RECHTSANWÄLTE DER BEIDEN GENERALSEKRETÄRE SIND VERSCHLEPPT WORDEN

KUTLU UND SARGIN WERDEN VERHAFTET

Wie alle türkischen Tageszeitungen in ihren Ausgaben vom 6. Dezember berichten, wurden die beiden Generalsekretäre der Arbeiterpartei der Türkei und der Kommunistischen Partei der Türkei, Nihat Sargin und Haydar Kutlu am 5. Dezember den Richtern des Staatssicherheitsgerichts vorgeführt und auf Antrag der Staatsanwaltschaft verhaftet und anschliessend in die geschlossene Haftanstalt von Ankara überführt.

Sargin und Kutlu waren am 16. November 1987 unmittelbar nach ihrer Ankunft auf dem Flughafen von Ankara festgenommen und seither im Polizeipräsidium, von der politischen Polizei, über die gesetzliche Frist hinaus, widerrechtlich vernommen worden. Dabei wurde ihnen jegliche Kontaktaufnahme mit ihren Rechtsanwälten und Angehörigen verboten.

Die beiden türkischen Politiker verliessen um 12.40 Uhr des 5. Dezember 1987 das Gebäude des Staatssicherheitsgerichts. Sie wurden von ca. 15 Zivilpolizisten begleitet und an beiden Armen

festgehalten. Den zahlreich erschienenen Journalisten und Anwälten war es durch die Polizei untersagt worden, mit den Verhafteten zu sprechen.

WIR WURDEN GEFOLTERT !

Als die beiden Generalsekretäre einem Gefängnis-Transporter hingeführt wurden, rief zuerst Nihat Sargin den Rechtsanwälten laut zu : "Wir wurden gefoltert!" Während die Polizisten ihn gewaltsam in den Transporter **hi**neinzerrten, rief dieses Mal Haydar Kutlu auf die Frage der Anwälte, was geschehen sei, laut aus : "Wir wurden gefoltert!" Auch Kutlu wurde in gleicher, grober Weise in den Transporter gezerrt.

DIE RECHTSANWÄLTE :

DIE VERANTWORTLICHEN DER FOLTER SIND DER STAATSANWALT UND DER MINISTERPRÄSIDENT

Die Rechtsanwälte der beiden türkischen Politiker erklärten den einheimischen und internationalen Journalisten vor dem Gerichtsgebäude, dass die Hauptverantwortlichen für diese Folterpraxis der Staatsanwalt Demiral und der Ministerpräsident Özal sind.

In ihrer Presseerklärung heisst es, "Unsere Klienten Nihat Sargin und Haydar Kutlu haben vor der Presse und ihren Anwälten erklärt, dass sie gefoltert wurden. Durch unsere bisherigen Initiativen haben wir mehrmals unsere Besorgnis zum Ausdruck gebracht. Jetzt ist die Wahrheit ans Tageslicht gelangt. Sie sind gefoltert worden. Die Frist der Untersuchungshaft wurde überschritten, um die Spuren der Folter zu beseitigen, wobei in Kauf genommen wurde, widerrechtlich gehandelt zu haben. Diese inhumane Praktiken haben die Rechtsmässigkeit des gesamten Untersuchungsverfahrens in Frage gestellt. Die Hauptverantwortlichen für die unrechtsmässige Prozedur sind der Staatsanwalt des Staatssicherheitsgerichts und der Ministerpräsident als Leiter der Exekutive. Wir verurteilen diese Praxis im Namen der Menschenrechte, der Demokratie und des Rechts."

Aus der Staatsanwaltschaft des Staatssicherheitsgerichts kommen widersprüchliche Meldungen. In verschiedenen Verlautbarungen heisst es, dass die Vorbereitung der Anklageschrift in spätestens zwei Wochen oder erst nach vier Wochen abgeschlossen werde.

Dabei werden Sargin und Kutlu nach den Paragraphen 140, 141/1,

TÜRKİYE TARİHİ ARASTIRMA VAKFI TÜSTAV

142/1-3-6, 158, 159 und 312/2 des türkischen Strafgesetzbuches angeklagt.

DIE FESTNAHMEN DER RECHTSANWÄLTE COSKUN UND ÖZ ZIELEN AUF DIE VERHINDERUNG DES RECHTS AUF VERTEIDIGUNG

Am 7. Dezember wurde zehn Rechtsanwälten gestattet, in der geschlossenen Haftanstalt von Ankara mit ihren Klienten, Haydar Kutlu und Nihat Sargin zu sprechen.

Nach dem ein-stündigen Gespräch kam es zu einem unerwarteten Vorfall : Noch auf dem Gefängnishof wurden die beiden Rechtsanwälte, Atilla Coşkun und Rasim Öz durch Zivilpolizisten von den anderen Anwälten gewaltsam getrennt, in verschiedene Fahrzeuge gezerrt und zu einem unbekannten Ort verschleppt. Die übrigen Anwälte, die Augenzeugen des Vorfalls wurden, protestierten schärfstens geen die Festnahme ihrer Kollegen durch die politische Polizei und erklärten, dass dieser undemokratische Akt der Gewalt auf die Verhinderung des Rechts auf Verteidigung zielt.

Anschliessend gab in einer Erklärung der Rechtsanwalt Ersan Sansal bekannt, dass bei ihrem Gespräch mit Sargin und Kutlu, diese ihnen mitgeteilt haben, dass man an ihren Körpern verschiedene Formen von Folterungen durchgeführt hat. Sowohl Kutlu als auch Sargin sind mehrmals durch elektrische Stromstösse, durch Wasserwerfer, durch Hinlegen auf den Fussboden und durch Aufhängung an den Füssen gefoltert worden. Sansal erklärte weiter, dass der Gesundheitszustand der beiden Generalsekretäre ihrer Lage entsprechend gut, aber sie sehr erschöpft seien.

WEITERE INFORMATIONEN
ERHALTEN SIE DURCH :

B E M
PRESSEZENTRALE EINHEIT

TELEFON : 0203/340395
TELEFAX : 0203/338948
TELEX : 855367 inmed d
ADRESSE : MOLTKESTR. 45
4100 DUISBURG 1

Die Artikel 141/1 und 142/1, die faschistischen Paragraphen des türkischen Strafgesetzbuches:

Die Artikel 141/1 und 142/1 StGB wurden von den Artikeln 270 und 272 des faschistischen italienischen StGB von 1930 wörtlich ins Türkische übersetzt und in das türkische Strafrecht 1936 übernommen.

Artikel 141 Abs. 1
Diejenigen, die auf irgendeine Art und Weise oder unter irgendeinen Namen versuchen, Vereinigungen zu gründen oder tatsächlich gründen oder ihre Tätigkeiten ordnen, leiten oder beraten, um die Herrschaft einer sozialen Klasse über eine andere soziale Klasse zu begründen oder eine soziale Klasse zu beseitigen oder irgendwelche bestehenden sozialen oder wirtschaftlichen Grundordnungen im Lande zu stürzen, werden mit schwerem Gefängnis nicht unter 8 und bis zu15 Jahren bestraft.

Artikel 142 Abs. 1
Derjenige, der auf irgendeine Art und Weise Propaganda betreibt mit dem Ziele, die Herrschaft einer sozialen Klasse über eine andere soziale Klasse zu begründen oder vorzubereiten oder eine soziale Klasse zu beseitigen oder irgendwelche bestehenden sozialen oder wirtschaftlichen Grundordnungen im Lande zu stürzen oder die politischen und rechtlichen Ordnungen von Grund auf zu verändern oder zu zerstören, wird mit schwerem Gefängnis nicht unter 5 Jahren und bis zu 10 Jahren bestraft.

VERHAFTUNGSWELLE IN DER TÜRKEI

Wie den Pressemeldungen zu entnehmen sind, rollt zur Zeit eine neue, grossangelegte Verhaftungswelle gegen mutmassliche Mitglieder der beiden Parteien.

In diesem Zusammenhang ist bekannt geworden, dass in verschiedenen Städten der Türkei zahlreiche Demokraten, darunter Gewerkschafter, Arbeiter, Wissenschaftler, Lehrer und Studenten festgenommen und verschleppt werden.
Unter den Verschleppten befinden sich auch die beiden Gewerkschaftsführer der 80 Tausend Mitglieder umfassenden Automobilarbeitergewerkschaft, Celal Özdogan und Sami Atac. Wie zu allen Festgenommenen, fehlt auch zu ihnen jeder Kontakt.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARŞİVİ VAKFI

ERKLÄRUNG
DER ZENTRALKOMMITEES DER TIP UND DER TKP
ÜBER DIE VERHAFTUNG DER GENERALSEKRETÄRE SARGIN UND KUTLU
UND IHRE MITTEILUNG DASS SIE GEFOLTERT WURDEN

Die Zentralkommitees der TIP und der TKP protestieren schärfstens gegen die Folterung ihrer Generalsekretäre Nihat Sargin und Haydar Kutlu. Die beiden führenden Politiker, die seit 20 Tagen ohne Kontakt zur Außenwelt durch die Polizei und den Staatsanwalt verhört wurden, haben den Pressevertretern und den Anwälten, die sich vor dem Staatssicherheitsgericht versammelt hatten, zugerufen, daß sie gefoltert wurden. Die Folter ist ein schweres Verbrechen gegen die Menschenrechte. Die Verantwortung für dieses Verbrechen, das gegen die Generalsekretäre der beiden Parteien ausgeübt wurde, tragen der Staatsanwalt des Staatssicherheitsgerichtes, N. Demiral, und die Özal-Regierung. Außerdem haben diese Verantwortlichen behauptet, daß Haydar Kutlu und Nihat Sargin nicht gefoltert worden seien, und somit die Öffentlichkeit im In- und Ausland bewußt und systematisch irregeführt. Das vergrößert die Besorgnis, daß für die persönliche Sicherheit und den Gesundheitszustand der beiden führenden Politiker keinerlei Garantie besteht.

Die Zentralkommitees der TKP und der TIP protestieren entschieden gegen den Haftbefehl, der durch das Staatssicherheitsgericht gegen ihre Generalsekretäre Haydar Kutlu und Nihat Sargin ausgesprochen wurde. Es klar auf der Hand, daß gegen die führenden Repräsentanten der beiden Parteien nicht vorgehalten werden kann, daß sie der Fluchtgefahr oder der Beseitigung von Beweismitteln verdächtig seien. In dieser Situation widerspricht der Beschluß des Staatssicherheitsgerichtes, das Verfahren unter Haftbedingungen durchzuführen, offen jeglichen Rechtsprinzipien. Die Tatsache, daß Folter ausgeübt wurde und die Gefahr, daß sie fortgesetzt werden kann, stellt die Ergebnisse der Untersuchung jetzt schon in ihrer Rechtsmäßigkeit in Frage.

Die Zentralkommitees der TIP und der TKP protestieren mit Empörung gegen das Komplott, das anscheinend gegen ihre Generalsekretäre ausgehegt wird. Es wird versucht, durch Falschmeldungen, die seit einigen Tagen mit Absicht an einige Presseorgane weitergeleitet werden, die Öffentlichkeit dahingehend irrezuführen, daß die beiden führenden Politiker durch ihre Aussagen Anlaß zu Verhaftungen gegeben hätten. Dieses Komplott ist eine bekannte polizeiliche Taktik, die in ähnlicher Weise in anderen Ländern auch angewandt wurde, um das hohe Ansehen der beiden Parteiführer zu schmählern. Diese Situation verstärkt den Verdacht, daß gegen Nihat Sargin und Haydar Kutlu dunkle Pläne existieren.

Die Zentralkommitees der TKP und der TIP fordern die sofortige Beendigung aller den Menschenrechten und den Rechtsprinzipien widersprechenden Maßnahmen gegen Nihat Sargin und Haydar Kutlu und die sofortige Freilassung der Generalsekretäre.

Die Zentralkommitees der TIP und der TKP rufen alle Menschen in der Türkei und in der Welt, die ein Gewissen besitzen, auf, die Solidarität für die Freiheit von Kutlu und Sargin weiter zu verstärken.

Zentralkommitee der
Arbeiterpartei
der Türkei

Zentralkommitee der
Kommunistischen Partei
der Türkei

5. Dezember 1987

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Değerli Dostlar,

Sizlerinde bilgisi içerisinde olduğu gibi TİP Genel Sekreteri Nihat Sargın ile TKP Genel Sekreteri Haydar Kutlu demokratik bir Türkiyenin yolunun açılabilmesi,Marksist solun yasal,"meşru" bir güç olarak politik arenada yerini alabilmesi,TBKP'yi yasal olarak kurmak için büyük riskleride göze alarak,koşulları zorlamak,olgunlaştırmak için ülkemize döndüler.

Evren-Özal rejimi,tüm dünyanın gözü önünde iki genel sekretere 19 gün süren,elektrik verme,filistin asısına asma,çıplak vaziyette tazyikli su sıkma,günlerce uyutmama,çırılçıplak soğuk betonda tutma,vucutlarına kontrolü kaybettirecek ilaç zerketme,ağır psikolojik ve fizik işkence yöntemlerini tüm dünyanın gözleri önünde hayayasızca uyguladı. Rejimin işkenceci yüzü bir kez daha tüm dünya demokratik kamuoyu önünde görüldü.

Bu gelişmelerle birlikte,en geniş devrimci demokrat çevreye saldırılar giderek artıyor.Gerekçesiz nedenlerle Otomobil-İş Sendikasının Genel Sekreteri Celal Özdoğan,ilerici öğretmen hareketinin aktif bir çalışanı olan Musa Kasa ve çok sayıda,daha önce gözaltına alınmış,yargılanmış,hapis yatmış insanlar göz dağı verilmek için tekrar yoğun olarak göz altına alınıyor,tutuklanıyor.

Sargı ve Kutlu'nun özgürlüklerine kavuşması,TBKP'nin yasal olarak kurulması açıktırki,yalnızca TİP ve TKP'yi kapsamamaktadır.Sorun tüm marksist solun özgürce örgütlenebileceği,141-142. maddeler kapsamından tutuklu bulunan binlerce ilerici tutuklunun özgürlüklerine kavuşacağı,tüm politik tutukluların ülkemize özgürce dönebileceği koşulların yaratılmasını amaçlamaktadır.Ve tüm bu koşulların oluşmasında nitelikçe daha üst düzeyde ve somutlukta mücadeleyi amaçlamaktadır.

Bu girişimin başarısı,yalnızca marksist soluda kapsamamaktadır. Demokratik ve sol güçlerin savaşımına binbir engel koyan yasakların kalkmasını isteyen,kısıtlı demokrasi-istikrarsızlık-askeri darbe kısır döngüsünün ülkemizde kırılabilmesi ve demokratik bir Türkiyenin yolunun açılmasını isteyen,insanlık suçu sayılan faşist ve ırkçı güçler dışında her düşüncenin özgürce savunulup,örgütlenebildiği bir Türkiye isteyen, her yurtsever ve demokratın düşünce ve istekleriylede çakışmaktadır.

Bu koşullarda,yurtdışında çalışan biz Türkiyeli demokrat kişi ve örgütler olarak ülkemizdeki bu gelişmelere karşı sessiz kalamayız,kalmamalıyız.Bu noktadan hareketle H.Kutlu - N.Sargın ve tüm politik tutuklularla dayanışma amacıyla,Weinachtı göz önünde tutarak F.Almanyanın Hamburg,Köln,Frankurt,Münich,Meinz,Nürnberg kentlerinin büyük kiliseleri önünde 72 saatlik dayanışma nöbetleri düzenledik.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Dayanışma Nöbeti Tertip Komitesi olarak,sizleri eylemimizle dayanışmaya çağırıyoruz.

Dostça Selamlarımızla.

Eylemin:
Yeri:St.Michaelis Hauptkirche,Krayenkamp.4c. 2000Hamburg11
Tarih-Zaman: 23.12.1987 saat 11.00'den 26.12.1987 11.00'e kadar

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

72 Stunden Solidaritätswache
für Menschenrechte in der Türkei

Hamburg, den 18.12.1987

An die Presse

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Sie wissen, wurden in der Türkei, die Mitglied des Europarats und der NATO ist und sich um die Mitgliedschaft in der EG bewirbt, seit dem Militärputsch vom 12. September 1980 die demokratischen Rechte und Freiheiten eingeschränkt und die Menschenrechte vor den Augen der Weltöffentlichkeit mißachtet. Trotz des Übergangs zu einer Zivilregierung, der Demokratiebeteuerungen und des Antrags auf die Vollmitgledschaft in der EG muß festgestellt werden, daß nach sieben Jahren die demokratischen Rechte und Freiheiten, die gewerkschaftlichen Rechte und vor allem die Menschenrechte immer noch mißachtet werden und die Folter systematisch weitergeführt wird.

Ihnen dürften sicherlich auch unzählige Beispiele bekannt sein, die diese Tatsache eindeutig belegen. Ein jüngstes Beispiel sind die Vorkommnisse in Zusammenhang mit der Rückkehr der Generalsekretäre der Arbeiterpartei und der Kommunistischen Partei der Türkei am 16. November dieses Jahres aus dem Exil in die Türkei. Obwohl die beiden Politiker Nihat Sargin und Haydar Kutlu ihre Rückkehr öffentlich bekanntgegeben und die nötigen Reisepapiere bei den Konsulaten erhalten hatten, wurden sie unmittelbar nach ihrer Ankunft in Ankara festgenommen und in die als Folterzenrale bekannte Abteilung des Polizeipräsidiums in Ankara (DAL - Labor für tiefgehende Forschungen) verschleppt. Ungeachtet des geltenden Rechts, wonach ohne Haftbefehl niemand über 48 Stunden festgehalten werden darf, wurden sie 19 Tage lang ununterbrochen verhört, wobei ihr Kontakt zur Außenwelt, vor allem zu ihren Anwälten und Angehörigen, unterbunden wurde. In diesen 19 Tagen waren sie schwerster Folter ausgesetzt. Die Folterethoden, die angewandt wurden zählen sie in ihren später vor dem Gericht gemachten Aussagen wie folgt auf: Elektroschocks, 170 Stunden lang Wachhalten, Bespritzen mit unter hohem Druck stehendem Wasser in ausgezogenem Zustand, Verabreichung von chemischen Mitteln, die das Bewußtsein trüben usw.

Ausgehend von der Überzeugung, daß auch die Menschen in der Türkei eines menschlichen Lebens würdig sind, protestieren wir Demokraten aus der Türkei, die in der Bundesrepublik leben, gegen diese unmenschliche Praxis der Behörden und der Regierung.

Aus diesem Grund werden wir zu Weihnachten, die für Millionen eine Zeit der Besinnung und der Nächstenliebe darstellt, vor der St. Michaelis Hauptkirche eine 72-stündige Solidaritätswache halten, um auf die menschenverachtende Haltung der türkischen Regierung und der staatlichen Stellen aufmerksam zu machen und die Solidarität und Unterstützung der Öffentlichkeit zu gewinnen. Unsere Solidaritätswache sehen wir auch als unsere menschliche Pflicht an.

->

TÜRKİYE SOSYALİST DAYANIŞMA VAKFI

BREMEN

26.05.88 tarihinde Arbeiter kammer Salonunda bir basın toplantısı yapıldı. Basın toplantısına çağrıyı HBV (die Gewerkschaft für Handel, Banken und Versicherungen) başkanı Hans Jürgen Kröger yaptı. Basın toplantısında Prof. Dr. Klaus Liebe-Harkort (Üniversität Bremen) ve Horst Isola (SPD Milletvekili ve Sosyal demokrat hukukçular Birliği genel başkanı birer konuşma yaptılar. Konuşmada Prof. Dr Klaus Liebe-Harkort GEW delegesi olarak Türkiye'ye TBKP'nin davasına katılacağını belirterek basına

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

The unique taste of best Virginia tobaccos

LLOYDS' Old Holborn®

Quality Cigarette Tobacco

Türkiye'deki son durum üzerine geniş bir bilgi verdi.

Horst Isola SPD-Milletvekili ise bir Hukukçu olarak TBKP nin davasına "Türkiye'de Hukuk insan hakları açısından ne denli yaşama geçirildiğini görmek, incelemek için Türkiye'ye gideceğini delegasyon olarak açıkladı...

Gönüllü Muhabir
Burhan Kılıç

İlk çağrının foto kopisini gönderiyorum. İlk çağrıya hemen hemen tüm sendikalar imzasını attılar. Yanlız IG-Metall başkanı tatilde olduğu gerekçesiyle IGM sendikasının imzası henüz yoktur. Ama çok yakında bu sendikanında imzasını alacağız.

Not: İmza toplama eylemi daha sürüyor...

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Erstunterzeichner - Aufruf:

Freiheit für Kutlu und Sargin - Demokratie für die Türkei!

Kurz vor den Parlamentswahlen in der Türkei sind die Generalsekretäre der Türkischen Kommunistischen Partei, Haydar Kutlu, und der Türkischen Arbeiterpartei, Nihat Sargin, am 16.11.1987 aus dem politischen Exil in ihr Heimatland zurückkehrt. Sie wollen damit ein Zeichen für gewaltfreien Widerstand gegen die Unterdrückung der Regierung setzen. Obwohl sie sich in Begleitung einer internationalen Delegation aus Parlamentariern, Juristen, Wissenschaftlern, Kirchenvertretern und Journalisten aus acht Ländern befanden, wurden sie bereits bei ihrer Ankunft im Flughafen von Ankara verhaftet und wie Schwerverbrecher abtransportiert. Erst Mitte März 1988 erhob die Staatsanwaltschaft gegen Kutlu und Sargin Anklage. In der Klageschrift werden für beide wegen ihrer politischen Überzeugung die Todesstrafe und darüber hinaus noch über 1.000 Jahre Haft gefordert. Sie und ihre in der Türkei verbotenen Parteien haben nie zur Gewaltanwendung aufgerufen oder sie angewendet.

Haydar Kutlu und Nihat Sargin haben durch die Inanspruchnahme ihrer Grund- und Menschenrechte einen mutigen Beitrag im Kampf für eine demokratische und freie Türkei geleistet. Sie und die demokratische Weltöffentlichkeit mußten einmal mehr erfahren, daß mit den Parlamentswahlen eine Demokratiefassade vorgetäuscht wurde, hinter der Menschen wegen ihrer politischen Meinung verfolgt, inhaftiert, gefoltert und zu jahrzehntelangen Haftstrafen verurteilt werden. Zehntausende von politischen Häftlingen sitzen in den Gefängnissen, Menschen-, Gewerkschafts- und andere demokratische Grundrechte werden systematisch verletzt. Das kurdische Volk ist unterdrückt und entrechtet. Dies ist das wahre Gesicht des türkischen Staates und seiner Regierung, die mit einer von der Militärdiktatur 1982 erlassenen Verfassung operiert, die von Verfassungsrechtlern als "Hausordnung einer Kaserne" bezeichnet wird. Das aus dem Faschismus in Italien stammende Strafrecht wird von den türkischen Machthabern noch immer angewandt, um Parteien und Gewerkschaften zu verbieten und deren Mitglieder wegen ihrer politischen Betätigung zu verfolgen.

Auch die am 29.11.1987 durchgeführte Parlamentswahl geriet zur Farce, die eine Rückkehr zur Demokratie von vornherein verhindert und die Macht des faschistischen Militärs unangetastet ließ. Durch das Wahlgesetz hat Ministerpräsident Özal die Wahlergebnisse derart gravierend manipuliert, daß seine "Mutterland-Partei" mit einem Drittel der Wählerstimmen zwei Drittel der Parlamentssitze und die Opposition mit zwei Drittel der Stimmen nur ein Drittel der Parlamentssitze erreichen konnte. Mit einem solchen Wahlsystem wird der Wählerwillen der Bevölkerung in ihr Gegenteil verkehrt.

Die Türkei darf von der Bundesregierung weder aus bündnispolitischen noch aus wirtschaftlichen Gründen von der Kritik verschont werden. Solange noch immer in der Türkei Menschenrechte mit Füßen getreten werden und keine demokratischen Verhältnisse herrschen, verlangen wir von der Bundesregierung, keinerlei Hilfe an die Türkei zu leisten und einen Aufnahmeantrag der Türkei in die Europäische Gemeinschaft abzulehnen.

TÜRKİYE SOSYALİST İŞÇİ KÖYLÜ KURTULUŞ PARTİSİ YAKFL

Wir protestieren gegen die Verhaftung und Folter von Haydar Kutlu und Nihan Sargin und werden mit Prozeßbeginn zu Mahnwachen und anderen Aktivitäten aufrufen. Wir fordern im Interesse der Wiederherstellung der Demokratie vom Staats-, Parlaments- und Ministerpräsidenten der Türkei die

- sofortige Freilassung von Haydar Kutlu und Nihan Sargin und die Garantie für ihr Leben und ihre Gesundheit.
- Generalamnestie aller politischen Gefangenen.
- Abschaffung der Todesstrafe.
- freie politische und gewerkschaftliche Betätigung sowie Versammlungs- und Organisationsfreiheit für alle Demokraten.
- legale Rückkehrmöglichkeiten für alle Demokraten aus dem Exil.

Erstunterzeichner:

Bernhard Baumeister (Präsident der Angestelltenkammer)
Reiner Baltschun (Landesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft)
Hans Jürgen Kröger (Vorsitzender der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen)
Gerhard Klöver (Präsident der Arbeiterkammer)
Wilfried Hartmann (Geschäftsführer der Gewerkschaft Holz und Kunststoff)
Gisela Hülsbergen (Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr)
Horst Nicoley (Vorsitzender der Industriegewerkschaft Druck und Papier)
Dr. Henning Scherf (Senator für Jugend und Soziales)
Manfred Siebert (Betriebsratsvorsitzender)
Heinz Möller (Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kreis Bremen)
Johann Lüdemann (Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kreis Bremerhaven-Wesermünde)
Armin Stolle (Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Bremen-Ost)

Peter Sörgel
Horst Isola (Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen)
Paul Tiefenbach (MdBü, Die Grünen)
Prof. Dr. Wolfgang Däubler
Prof. Dr. Joerg Huffschmidt (Universität Bremen)
Prof. Dr. Freerk Huisken
Prof. Dr. Klaus Liebe-Harkort (Universität Bremen)
Prof. Dr. Thomas Metscher
Prof. Dr. Petra Milhoffer
Dr. Luis Quinteros-Yanez (ehemaliger Leiter der Generaldirektion im Außenministerium von CHILE)
Prof. Dr. Hans-Jörg Sandkühler (Universität Bremen)
Prof. Dr. Christoph Schminck-Gustavus (Universität Bremen)
Prof. Dr. Gerhard Stuby (Universität Bremen)

Hartmut Drewes (Pastor/Christliche Friedenskonferenz - Geschäftsführer)
Hans-Günter Sanders (Pastor/Zionsgemeinde)
Louis von Zobeltitz (Pastor/Stephaniegemeinde)

Pastor H. Albertz (ehemaliger Bürgermeister von Berlin)
Almut Hannover (Rechtsanwalt)
Dr. Heinrich Hannover (Rechtsanwalt)
Volkert Ohm (Rechtsanwalt)

Manfred Berndt (DFU-Landesvorsitzender)

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

LÜBECK

TBKP Davası 8 Haziran günü başlıyor

SARGIN ve KUTLU'ya özgürlük!

Demokrasi mücadelesine Türkiye'de aktif katılmak ve bu amaçla Türkiye Birleşik Komünist Partisi'ni yasal olarak kurmak amacıyla Türkiye'ye dönen TİP ve TKP Genel Sereterleri Nihat Sargın ve Haydar Kutlu hakkındaki dava 8 Haziran Çarşamba günü Ankara Devlet Güvenlik Mahkemesi'nde başlıyor. Savcı, Türkiye'nin bu iki önde gelen komünist politikacısı için ÖLÜM CEZASI istemektedir.

Onbinlerce ilerici, demokrat, devrimci insanın ağır hapis cezalarına çarptırılmasına neden olan, demokrasi güçlerinin tepesinde Demokles'in Kılıcı gibi sallanan ve ülkemizde fikir özgürlüğünü imkansız kılan 141. ve 142. maddeler bir kez daha, ve bu sefer de en ağır şekliyle, uygulanmak istenmektedir. Savcı "asrın davası"ndan, "komünizmle hesaplaşma"dan söz ediyor. Ama aslında yargılamak istediği demokrasinin kendisidir. Çünkü hiçbir demokratik ülkede komünist partisi yasak olamaz, insanlar savundukları fikirlerden ötürü zindanlara atılamaz. Nitekim savcı iddianamede, Amerika, İngiltere, İtalya, Fransa gibi ülkelerde komünist partilerinin yasak olmayışından şikayet ederek niyetini açığa vurmaktadır.

Sargın ve Kutlu'ya karşı açılan dava daha başlamadan bir demokrasi davasına dönüşmüştür. Bir yanda Türkiye'yi içinden işkence seslerinin yükseldiği kocaman bir hapisaneye çevirmiş olan ve yurt dışında ülkemizin saygınlığını ciddi ölçüde sarsan demokrasinin yeminli düşmanları, öbür yanda Türkiye'nin aydınlık geleceğinin ancak ve ancak tüm demokrasi güçlerinin yer aldığı, birbirleriyle uygar ilişkiler içinde bulunduğu ve dünya ülkeleri arasında saygıyla anılan gerçek bir demokrasiyle mümkün olabileceğini savunan demokrasi güçleri. Türkiye'nin saygınlığını yükselten işte bu demokrasi güçleridir.

Bugün dünya demokratik kamuoyu bu güçlerin yanında yer almaktadır. Avrupa Parlamentosu, Uluslararası Af örgütü, Sosyal Demokrat, Yeşil, Komünist, Liberal partiler, sayısız bilim adamı ve hukukçu, Sargın ve Kutlu'ya karşı açılan davayı protesto etmekte, iki politikacının ve tüm diğer politik tutukluların derhal serbest bırakılmasını istemektedir. Parti temsilcilerinden, hukukçulardan ve gazetecilerden oluşan uluslararası bir heyet davayı izlemek üzere Ankara'da olacaktır. Tüm dünyanın önünde bir demokrasi sınavı vereceğiz. Bu sınavı alnımızın akıyla vermek için tüm demokrasiden yana olan kuruluş ve kişilere büyük görevler düşüyor.

Bu görevin bilinciyle Breitestrasse'de davanın başladığı 8 Haziran Çarşamba günü bir bilgilendirme masası açacağız. Ülkemizde demokrasinin yeşermesini isteyen herkesi bu etkinliğimizi ziyaret etmeye, Sargın ve Kutlu'yla ve tüm politik tutuklularla dayanışma göstermeye çağırıyoruz.

Sargın ve Kutlu'ya özgürlük!
Tüm politik tutuklulara özgürlük!

---------- BİLGİLENDİRME MASASI ----------

8 Haziran 1988 - Çarşamba - Saat 12.00-18.00
BREITESTRASSE 2400 Lübeck

Türkiye'ye Geri Dönen Politik Göçmenlerle Dayanışma Girişimi-ISPE

TÜRKİYE SOSYALİST DAYANIŞMA VAKFI

Lübecker Nachrichten
7. Haziran 1988

Informationsstand über Verhältnisse in Türkei

Die Arbeitsgemeinschaft „Betreuung politischer Gefangener in der Türkei" informiert am morgigen Mittwoch ab 15 Uhr mit einem Stand in der Breiten Straße über die derzeitigen politische Lage in der Türkei. Ein besonderes Augemerk richten die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft dabei auf dem am 8. Juni beginnenden Prozess gegen die beiden kommunistischen Politiker Sargi und Kutlu vor dem Staatsschutz-Gericht in Ankara. Beide Politiker sind nach Erkenntnis westlicher Organisationen vor diesem Prozeß gefoltert worden.

Badetemperaturen

Travemünde: 14 Grad.
Krähenteich: 18 Grad.
Falkenwiese: 17 Grad.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Sevgili Dostlar,

HBV Sendikasının çağrısını yaptığı basın toplantısı 13.6.1988 günü DGB binasında yapıldı.

Basın toplantısına çağrıyı yapan HBV Sendikası Bremen örgütü başkanı Jürgen Kröger ve davayı izlemek üzere Türkiye'ye giden Horst Isola ve K. Liebe-Harkort katıldı. Bremen Radyosu Türkçe Programı "Biz Bize" toplantıdan çok ayrıntılı haber verdi. Weser-Kurier ve TAZ gazetelerinde basın toplantısıyla çıkan haberler ise ilişikte.

Dostça selâmlarımla

Ender Hepsöyleş

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Hannover:

"Alman Komünist Partisi'nin Halk Şenliğinde Kutlu-Sargın ve Tüm Politik Tutuklularla Dayanışma Mitingi Yapıldı."

Alman Komünist Partisi DKP'nin 10-11-12 Haziran tarihleri arasında Hannoverde yapılan Halk şenliğinde son gün Kutlu ve Sargın olmak üzere diğer politik tutuklulara da kapsayan bir dayanışma mitingi yapıldı. Şenlik alanındaki büyük çadırın içinde yapılan mitingi yaklaşık 300 kişi izledi. Mitingde TİP ve TKP'nin Hannoverdeki taraftarları adına bir konuşmacı Kutlu ve Sargın davasını izlemek üzere DKP Aşağı-Saksonya eyaleti temsilcisi olarak Ankaraya giden DKP yürütme kurulu üyesi bayan Barbara Wille katıldılar.

TİP ve TKP'nin Hannoverdeki yandaşları adına yapılan konuşmada Haydar Kutlu ve Nihat Sargın'a gösterilen dayanışmadan ötürü Alman Komünist Partisine ve diğer tüm kişi ve kuruluşlara teşekkür edilerek TİP ve TKP'nin bu dayanışmayı sadece Kutlu ve Sargın yoldaşlara gösterilen bir dayanışma olarak değil tüm politik tutuklulara ve baskı altındaki kürt halkına karşı gösterilen bir dayanışma olarak kabul ettiklerini belirtildi.

Daha sonra videodan DDR televizyonunca duruşma akşamı verilen mahkemeyle ilgili 5 dakikalık film gösterildi ve ardından Barbara Wille duruşmaya yönelik izlenimlerini anlattı. Barbara Wille özet olarak şunları söyledi: "Türkiye henüz demokrasiden çok uzaktır. Mahkeme önünde gördüğüm manzara beni korkuttu...Bende sabah içeriye giremedim. Polislerin aldığı önlem demokrasinin olduğu bir ülkede karşılaşamayacağımız manzaralardır.Ama bu ürküntüm mahkeme önündeki coşkulu kalabalığın,avukatların ve basının kararlı tutumu sayesinde dağıldı... Özellikle öğleden sonra duruşmaya girerek Kutlu ve Sargının iyimserliğini ve yaklaşık 1000 kadar kişinin katıldığı yemeği görünce ürküntüm iyice dağıldı...Bizim delegasyon Kutlu ve Sargın'ın durumu ile ilgili olarak F.Alman büyükelçiliği ile görüştük ve kendilerinden herhangi bir tarihte Kutlu ve Sargınla görüşebilmemiz için girişimlerde bulunmalarını istedik.. Ayrıca Genel başkanımız Herbert Mies'in mektubunu dışişleri bakanlığına ilettik... Bugüne kadar hep duyuyorduk. Ama bu kez yerinde gördük ülkenizi..Türkiyeli demokratların demokrasi mücadelesine saygımız dahada artmıştır. İnanıyorumki bu davanın sonucu olumlu olacaktır."

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Aydın Zengin
2200 Elmshorn

8. Haziran günkü duruşma nedeniyle Hamburg eyaletinin yakınlarında bulunan Elmshorn kentinin yerel DKP-Örgütü 24 saatlik bir uyarı nöbeti tutmuştur. Burada toplanan 120 yi aşkın imza noterlikçe tasdik ettirilerek T.C. Bonn büyükelciliğine gönderilmiştir.
Uyarı nöbeti aynı basındada yer almış ve "Bu iki Politikacının serbest bırakılmaları, "141, 142, 163 vb maddelerin kaldırılması ve Politik genel affın sağlanması istenmiştir.

Selamlarımızla

Aydın Zengin

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Hausfrauenbundes Elmshorn informierten sich über das Thema „Sicherheit
t“ bei der jüngsten Versammlung des Vereins im „Turnerheim“

rheit im
ema der
ng de
mshor
Almut
diesen
erheim“
drei Ex-
ewinnen

nder In-
e Elms-
ren hin,
trischen
gemäßer
en dro-
s zeigte
fälle im
Haus-
Freizeit
en.
Daten
er Ge-
g den
ben. Er

wies darauf hin, daß jeder zweite Unfall im Haushalt geschehe. Frauen kämen dabei am häufigsten zu Schaden. Almut Friedrich meinte dazu, daß auch Stundenkräfte im Haushalt unbedingt versichert werden sollten. Die Vorsitzende forderte: „Hausfrauen sollen mit in den gesetzlichen Versicherungsschutz aufgenommen werden.“ Dies scheiterte aber daran, daß die Tätigkeit einer Hausfrau immer noch nicht als Beruf anerkannt worden sei, sagte Frau Friedrich.

Als dritter Gastredner war der Umweltberater der Verbraucherzentrale aus Kiel gekommen. Er informierte über den richtigen Umgang mit Holzschutz- und Lösungsmitteln sowie Farben und Lacken und zeigte auf, wie man sich vor Vergiftungen schützen kann.

Kabelbrand auf dem ZOB

Der Besitzer löschte selbst

Elmshorn. Dreimal mußte die Elmshorner Feuerwehr gestern ausrücken. Gegen 13 Uhr war aus einem Auto auf dem Buttermarkt Benzin ausgelaufen. Der Grund: eine defekte Leitung. Die Männer der Feuerwehr sorgten dafür, daß das Benzin nicht in den Untergrund gelangte.

Um 16.30 Uhr wartete auf die Feuerwehr ein schwieriger Einsatz. Ein Passant hatte den Kabelbrand eines auf dem ZOB geparkten Wagens gemeldet. Zunächst wollten die Feuerwehrmänner den geschlossenen Wagen aufbrechen, doch der Besit-

EN – immer aktuell

zer des Pkw war rechtzeitig zur Stelle. Die Feuerwehr brauchte nicht mehr einzugreifen.

Ohne Arbeit blieb die Wehr ebenfalls eine Stunde später bei einem Pkw-Brand im Schleusengraben. Der Besitzer des Fords hatte das Feuer schon selbst gelöscht.

Mahnwache auf dem Alten Markt

Mit einer 24stündigen Mahnwache demonstrierten Elmshorner gestern gegen Menschenrechtsverletzungen in der Türkei

Elmshorn (mg). Einen Tag und eine Nacht harrten Demonstranten auf dem Alten Markt aus. Der Grund für die 24stündige Mahnwache der DKP, die gestern morgen beendet wurde: der Protest gegen Menschenrechtsverletzungen in der Türkei.

Speziell ging es den Demonstranten um die türkischen Politiker Dr. Nihat Sargin und Haydar Kutlu. Ihnen droht in der Türkei die Todesstrafe, weil sie ohne Gewaltanwendung kommunistische Ziele verfolgten.

die Prüfung

Teilnehmern die Zertifikate

leicht
wäh-
tes zu

tonte,
erlehr-
rs am
ellten-
ufgabe
lichen

ter Schlüsselqualifikationen wie Eigeninitiative, Selbständigkeit, Fähigkeit zur Zusammenarbeit oder Entwicklung der Bereitschaft zum lebenslangen Lernen und Veränderungen in der Struktur der Auszubildenden (die heute im Durchschnitt älter sind und eine höhere Schulbildung haben) hät-

376 Wanderer im Liether Gehölz unterwegs

Elmshorn. Am letzten Sonnabend waren die Flora-Wanderer Elmshorn Ausrichter einer Abendveranstaltung des Internationalen Volkssportverbandes. 376 Teilnehmer aus allen Teilen der Bundesrepublik waren gekommen, um von der Schule in Klein Nordende aus das Liether Gehölz zu durchwandern.

sehen. Er bescherte den Teilnehmern herrliches Wanderwetter. So zeigte sich auch der 1. Vorsitzende des Vereins, Walter Göttsche aus Horst, mit dem Ablauf sehr zufrieden. Göttsche meinte aber auch, daß ohne die

Vielseitig und interessant – EN

gute Unterstützung der Gemeinde, der Klein Nordender Schule und des Klein Nordender DRK's dieser Erfolg nicht möglich gewesen wäre.

Thomaskirche

Fußball für Nicaragua

Elmshorn. Mittlerweile findet es schon zum drittenmal statt – das Fußballturnier der Nicaragua-Initiative Elmshorn.

Am kommenden Sonntag von 10 bis 17 Uhr kicken insgesamt 18 Mannschaften in der Sporthalle der KGSE am Hainholzer Damm nicht um Pokale oder Ehren, sondern nur um die Genugtuung, etwas für den Aufbau Nicaraguas beigetragen zu haben. Mit ihren Startgeldern ...

Elmshorner Nachrichten

~~Hannover~~ Hannoverde

"AF ÖRGÜTÜ ~~ŞEHİR MERKEZİNDE~~ 2 GÜN TÜRKİYE STANDI YAPTI" min.

Uluslararası Af Örgütü 25-26Haziran Tarihlerinde Hannover şehir merkezinde Türkiye ile ilgili bir informasyon masası açtı.

SPD Federal milletvekili bayan Monika Ganzeforth'unda katıldığı informasyon standında ana ağırlık Kutlu ve Sargınca idi.

Kutlu ve Sargın'ın Hannover'deki Dostları informasyon masasını ziyaret ederek, Af örgütüne teşekkür ettiler ve Monika Ganzeforth'a bir buket çiçek hediye ettiler.

Monika Ganzeforth 3 Temmuz Pazar Günü Türkiye'ye hareket edeceğini ve 4 Temmuz'da yapılacak olan Kutlu-Sargın davasına SPD adına gözlemci olarak katılacağını ve bunun için sevinçli olduğunu söyledi. Ganzeforth ayrıca bundan böyle her davaya SPD nin gözlemci göndereceğini, bunun meclis gurubunca karar altına alındığını belirtti.

Ganzeforth Türkiye dönüşü bir basın açıklaması yaparak gözlemlerini dile getirecek. Ganzeforth kısa bir süre öncede 141 ve 142. maddelerin kaldırılması istemini dile getiren bir basın açıklaması yapmıştı.

NERGİS TAKAN

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

EEEEE

8.6.1988
Bremen

Dayanışma eylemleriyle ilgili bilgilendirme:

1. Geçen hafta bir basın toplantısıyla ilgili olarak gönderdiğim çağrıyı imzalayan ünlü isimlerin sayısı artıyor. Ekte gönderdiğim çağrıda yeni isimler de görülüyor.

2. Dün bu çağrı Yeşiller ve SPD milletvekillerinin de aracılığıyla Bremen Eyalet Parlamentosu Başkanlığına iletildi. Parlamentodan bir delegasyon gönderilmesi istendi. Konu önümüzdeki günlerde parlamento gündemine alınacak. Olumlu bir karar çıkması, büyük olasılık. Dilekçeyi verirken Bremen yerel televizyonu da oradaydı. Haberi bugünkü yerel programda verilecek.

3. Eyalet Parlamentosu önünde tuttuğumuz uyarı nöbetine basın ilgi gösterdi. Bugün basında çıkan haberler ekte.

4. 13 Haziran 1988 günü saat 13^{00}'de DGB-Haus'ta HBV sendikasının çağrısını yaptığı bir basın toplantısı yapılacak. Toplantıya izlenimlerini aktarmak üzere şu anda Türkiye'de bulunan Prof. Dr. K. Liebe-Harkort ve Eyalet Parlamentosu Milletvekili ve Sosyal Demokrat Hukukçular Birliği Başkanı Horst Isola katılacak.

Dostça selâmlarımla

Ender

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

N

Hannover: Kutlu ve Sargın'ın Dostları 8 Haziran Çarşamba günü Hannover Şehir Merkezinde bir uyarı nöbeti yaptılar ve bilgilendirme masası açtılar.

TİP ve TKP Genel Sekreterleri Nihat Sargın ve Haydar Kutlu'nun Ankara DGM'de yargıç önüne çıkarılacakları ilk gün Hannoverdeki dostlarıda iki genel sekreterle dayanışmalarını ~~xx~~ bir kez daha dile getirmek ve bu çağdışı yargılamayı protesto etmek amacıyla şehir merkezinde bir uyarı nöbeti gerçekleştirdiler ve bilgilendirme masası açtılar.

TİP ve TKP Genel Sekreterleri Nihat Sargın ve Haydar Kutlu'ya Özgürlük- Türkiye; Demokrasi, Demagojimi ana belgisi altında gerçekleştirilen dayanışma eylemlerinde Avrupa Parlamentosu parlamenterlerinin başlatmış oldukları imza kampanyasının metni ve yargılanmanın çağdışılığını açıklayan bildiriler geniş olarak dağıtıldı.

Eylem öncesi, Mahkemenin 8 Haziran günü başlayacağını bildiren ve yapılacak Uyarı nöbeti hakkında bilginin yer aldığı bir açıklama ve iddianamenin almanca özeti 50'nin üzerinde parlamenter,dem.kuruluş ve basına gönderildi.

Hannoversche Allgemeine gazetesi mahkemenin başlayacağı günkü sayısında ikinci sayfadan "Sol politicacılar mahkeme önünde" başlığıyla Kutlu,Sargın ~~xxxxxxxxx~~ve SP davasına Ankara muhabirlerinin imzasıyla yer ayırdı.

Bilindiği gibi Hannover'den davayı izlemek üzere Barbara Klawitter(Avukat Dem.Hukuk.Birliği),Ulrich Wultejus(Hakim) ve Barbara Wille (DKP Yürütme Kurulu üyesi,eyalet temsilcisi) Ankaraya gitmişlerdi.

Ayrıca 12 Haziran günü DKP'nin yapılmakta olan Halk şenliğinde bir miting düzenlenecek ve Davayı izlemek üzere ankaraya giden Barbara Wille mitingte izlenimlerini aktaracak.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI TÜSTAV

Hamburg'da 8.6.1988 günü yapılan çalışmalar:

Saat 10-19 arasında şehirin en işlek meydanlarından biri olan Gänsemarkt'ta uyarı nöbeti. Geniş ilgi gördü.
Uyarı nöbetine çağrıyı imzalarıyla destekleyenler:
Prof. Norman Paech
Christa Randzio-Plath (SPD Eyalet Parlamentosu Üyesi)
Christiane Albrech (GEW-Hamburg Başkanı)

Saat 12'de Konsolosluğa bir heyet bir mektup götürdü. Başkonsolos, Heyet'te bulunan Suat Esinsel ve Murat Tokmak ile görüşmek istemedi, heyette bulunan Alman demokratlarına ise Türkiye'nin bir hukuk devleti olduğunu, herşeyin kanunlar çerçevesinde yürüdüğünü ve Almanların Türkiye'deki kanunları bilemediklerini söyledi. İletilmek istenen mektubu almadı.
Sargın ve Kutlu'nun derhal serbest bırakılmasını ve 141. ve 142. gibi maddelerin kaldırılmasını isteyen mektubu imzalayanlar şunlar:
Christiane Albrecht (GEW-Hamburg Başkanı)
Suat Esinsel (Maden-İş 5. Bölge Temsilcisi)
Helmut Frenz (Papaz)
Prof. Ingrid Kurz (öğretim üyesi)
Tina Lakemeier (I.S.P.E.)
Erhan Özçelik (Gazeteci)
Prof. Dr. Norman Paech (hukukçu)
Christa Randzio-Plath (SPD Eyalet Parlamentosu üyesi)
Dorothea Sölle (Teolog)
Murat Tokmak (Maden-İş Başkan Vekili ve DİSK Yönetim Kurulu üyesi)

Mektup sonradan posta yoluyla yollandı.

Parlamento Binasında düzenlenen basın toplantısında basına dava hakkında bilgi verildi. Toplantıda Hamburg Eyalet Parlamentosu FDP Fraksyonu adına Dışpolitika Sözcüsü Gerhold Hinrichs, Dışişleri Bakanı Genscher'e yazdığı mektubu okudu (mektubun çevirisi ekte). Daha sonra toplantıya katılanlar topluca uyarı nöbetini ziyaret ettiler.

Selamlar

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

F.D.P. Hamburg Eyalet Parlamentosu Dışpolitika Sözcüsü Gerhold Hinrichs'in F.D.P. Parlamento Fraksyonu adına Dışişleri Bakanı Hans-Diedrich Genscher'e yazdığı Mektup:

Hamburg, 8.6.1988

Sayın Dışişleri Bakanı Bay Genscher,

Önümüzdeki günlerde Ankara'da Türkiye Komünist Partisi (TKP) Genel Sekreteri Haydar Kutlu ve Türkiye İşçi Partisi (TİP) Genel Sekreteri Dr. Nihat Sargın'a karşı dava başlıyor.

Sargın ve Kutlu 16. Kasım 1987'de uzun sürgün yıllarından sonra, iki partinin birleşmesiyle oluşacak olan Türkiye Birleşik Komünist Partisi'ni (TBKP) kurmak amacıyla Türkiye'ye dönmüşlerdi. İki politikacı ülkeye ayak basar basmaz tutuklanmışlar ve avukatlarının verdiği bilgiye göre 19 gün işkence koşulları altında sorguya çekilmişlerdi.

Bu arada savcılık iddianameyi açıklamış bulunuyor. Sargın ve Kutlu'ya karşı yöneltilen suçlama, TCK'nun 140,141 ve 142 gibi maddelerine dayanmaktadır. Bu maddelerle,

- yurt dışında iktidarını hoşuna gitmeyen haberler yaymak en az 5 yıl hapisle cezalandırılmakta;

- Türkiye'nin iktisadi ve sosyal temel nizamına karşı olan partilerin ve örgütlerin kurulması 5 ile 8 yıl arasında ağır hapisle cezalandırılmakta; hatta parti yöneticileri de böylesi bir kaçak örgütü yönettikleri takdirde ölüm cezasıyla tehdit edilmektedir.

Savcılık bu iki politikacı için toplam yüzlerce yıl hapis istemektedir.

Bu davanın tümü ve benzeri şekilde yürütülen davalar, Türkiye'de insan haklarının işlerliği olmadığını gösteriyor. Bu durumda Türk Ceza Kanunu ve hukuki uygulama özellikle fikir açıklama ve yayma özgürlüğünü saptayan 19. maddeyi ihlal etmektedir.

Bu nedenle Avrupa Parlamentosu Kutlu ve Sargın'ın derhal serbest bırakılmalarını istedi.

Sayın Bay Genscher, F.D.P. Eyalet Parlamentosu Fraksyonu, sizden dava dolayısıyla Sargın ve Kutlu'nun serbest bırakılması için girişimde bulunmanızı rica ediyor. Biz, insan haklarının savunulmasının dost ülkeler ve müttefiklerin sınırları önünde de durmaması gerektiği görüşündeyiz.

Saygılarımla
(Gerhold Hinrichs)
F.D.P. Eyalet Parlamentosu Fraksyonu
Dışpolitika Sözcüsü

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

(1)

Hamburg, 8. Haziran 1988

Sayın Konsolos,

Bizler, bu çağrıyı imzalayanlar olarak, bugün 8 Haziran 1988 tarihinde, Ankara Devlet Güvenlik Mahkemesinde Türkiye İşçi Partisi ve Türkiye Komünist Partisi genel sekreterleri, Dr. Nihat Sargın ve Haydar Kutlu hakkında bir davanın açılacağını öğrenmiş bulunmaktayız. Bu davada, savcı TCK'nın (Türk Ceza Kanunu) 141. Maddesine göre ölüm cezasını talep etmekte.

Müttefik bir ülkede, insanların politik düşüncelerinden ötürü tutuklanmaları, işkenceden geçirilmeleri ve haklarında yıllara varan hatta ölüm cezaları istenilip, mahkemelerce davaların açılması, Ülkenizin demokratikleştiğinden söz edildiği bir ortamda bu kararda, tüm demokratik kamuoyunun olduğu gibi bizi de şaşırttı.

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

(2)

Uluslararası ~~İnsan Hakları Kom~~ Af Örgütünün yanısıra ~~sayısız Örgüt ve~~ da Toplumun çeşitli kesimlerinden örgüt ve şahsiyetler bu çağrıyı protesto etmiş, Uluslararası Af Örgütü Sayın Dr. Nihat Sargın ile Haydar Kutlu'yu Haziran ayının "politik tutukluları" olarak ilan etmiştir.

Bu muhalefet politikacıları, ülkemizde izlenen ... uğrayan, işkenceye uğrayan ve hapishanelerde tutulan onbinlerce politik tutukluyu simgelemektedirler.

Bizler TCK'nın 141-142- vs. maddeleri yürürlükte olduğu sürece, gerçek anlamda bir demokrasinin olamıyacağı genel kanısına katılmaktayız. Bu nedenle bu maddelerin derhal → kaldırılmasını ve tüm ~~tutuklu~~ politik tutukluların serbest bırakılmasını talep ediyoruz.

Dr. Nihat Sargın ve Haydar Kutlu derhal serbest bırakılmalı ve açılan dava ~~kapatılmalı~~ durdurulmalıdır.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

3

Bizler Uluslararası sözleşmelerle güvence altına alınmış ve Türkiye'nin de altına imzasını attığı İnsan hakları ~~na uyma~~ sözleşmesine uymanın ~~korunması güvence~~ ~~zorunluluğunu uymanın~~ Bu ~~sadece~~ Türkiye'nin ~~sadece~~ bir iç meselesi olarak değerlendirilemeyeceği ~~kanısındayız~~.

ve bizlerin, Hamburg'ta yaşayan Türkiyelilerin ülkelerindeki Demokrasi ve İnsan hakları konularındaki duyarlılıklarına kayıtsız kalınamayacağı kanısındayız_

Saygılarımızla

İmzalayanlar adına

İmzalayanlar

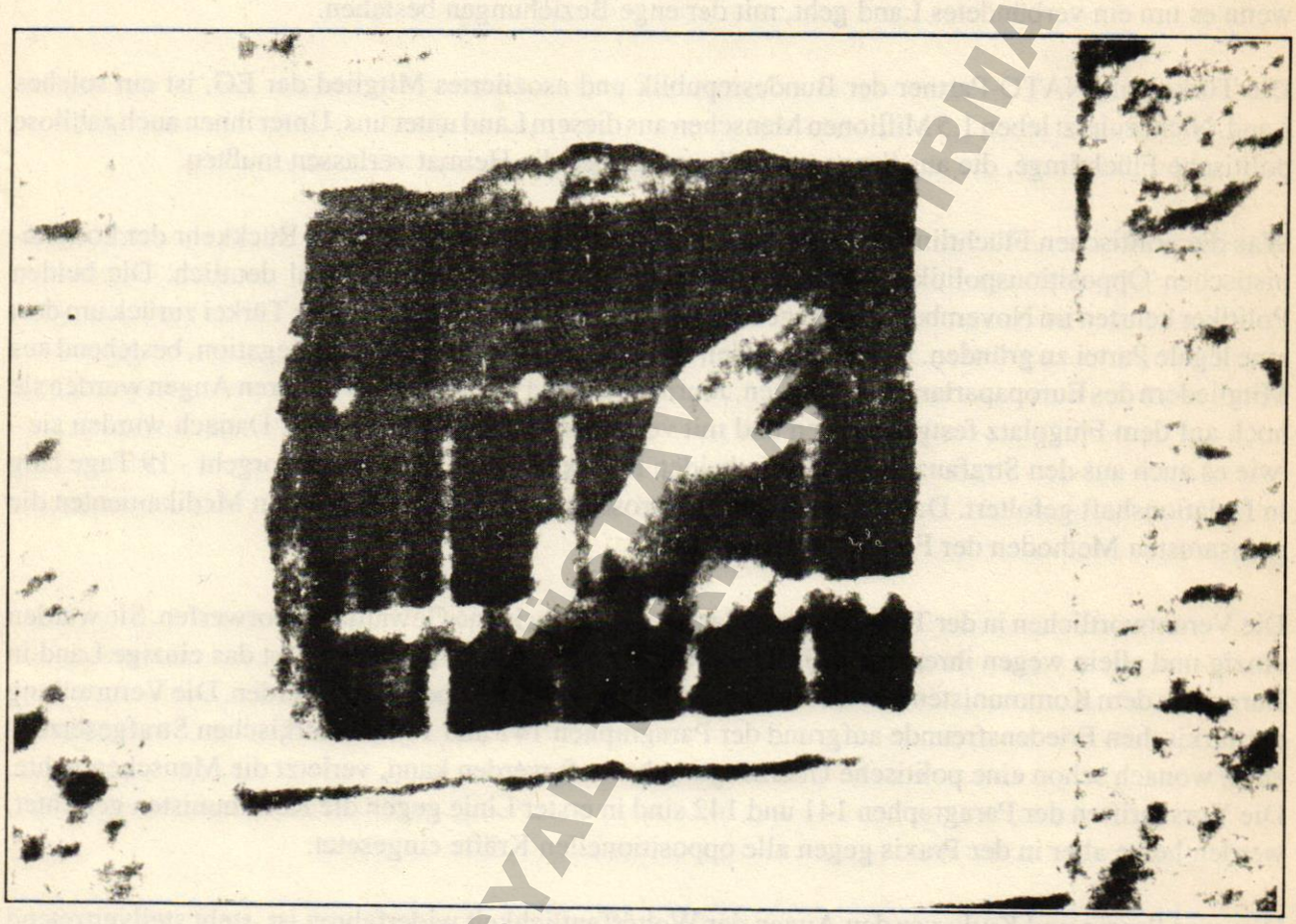
- Christiane Albert, Hamburg GEW-Başkanı
- Suat Bingsel | Sendikacı
- Helmut Frenz | Papaz
- Pr. Ingrid Kurz | Öğretim ~~üyesi~~ görevlisi
- Tina Hakemeier | I.S.P.E
- Erhan Özcelik | Gazeteci
- Pr. Dr. Norman Paech | Öğretim görevlisi
- Christa Randzio-Plath | Hamburg ~~B~~ Senatosu - SPD üyesi
- Dorothea Sölle | Din görevlisi
- Murat Tokmak | Sendikacı

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Hearing

Menschenrechte in der Türkei

Folter - Politische Prozesse - Meinungsfreiheit - Staatsbürgerrechte



11.6.1988

Samstag, 15.00 Uhr

Curiohaus

Rothenbaumchaussee 13, 2000 Hamburg 13

Veranstalter: Initiative für den Schutz der in die Türkei Zurückkehrenden Politischen Emigranten (I.S.P.E.) und der Allgemeine Studentenausschuß der Universität Hamburg

TÜRKİYE SOSYAL ... VAKFI

Aufruf

Vor nunmehr 40 Jahren verkündeten die Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. In diesen 40 Jahren wurde viel für die Verwirklichung und Einhaltung der Menschenrechte getan. Längst hat sich weltweit das Verständnis durchgesetzt, wonach kein Land mehr die Einhaltung der Menschenrechte als innere Angelegenheit deklarieren und andererseits auch kein Land tatenlos zusehen kann, wenn in einem anderen Land die Menschenrechte mißachtet werden - erst recht nicht, wenn es um ein verbündetes Land geht, mit der enge Beziehungen bestehen.

Die Türkei, als NATO-Partner der Bundesrepublik und asoziiertes Mitglied der EG, ist ein solches Land. Nicht zuletzt leben 1,5 Millionen Menschen aus diesem Land unter uns. Unter ihnen auch zahllose politische Flüchtlinge, die aus Sorge um Leib und Leben die Heimat verlassen mußten.

Was die politischen Flüchtlinge in der Türkei erwartet, wurde jüngst bei der Rückkehr der kommunistischen Oppositionspolitiker Nihat Sargin und Haydar Kutlu noch einmal deutlich. Die beiden Politiker kehrten im November des vorigen Jahres nach langjährigem Exil in die Türkei zurück um dort eine legale Partei zu gründen. Begleitet wurden sie von einer internationalen Delegation, bestehend aus Mitgliedern des Europaparlaments, Juristen, Journalisten und Geistlichen. Vor deren Augen wurden sie noch auf dem Flugplatz festgenommen und mit verbundenen Augen abgeführt. Danach wurden sie - wie es auch aus den Strafanzeigen, die die beiden Politiker später stellten, hervorgeht - 19 Tage lang in Isolationshaft gefoltert. Dabei kamen von Elektroschocks bis zur Injektion von Medikamenten die grausamsten Methoden der Folter zur Anwendung.

Die Verantwortlichen in der Türkei können Sargin und Kutlu keine Gewalttaten vorwerfen. Sie werden einzig und allein wegen ihrer politischen Überzeugung angeklagt. Die Türkei ist das einzige Land in Europa, in dem Kommunisten von Gesetzes wegen wie Verbrecher behandelt werden. Die Verurteilung der türkischen Friedensfreunde aufgrund der Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches, wonach schon eine politische Überzeugung bestraft werden kann, verletzt die Menschenrechte. Die Vorschriften der Paragraphen 141 und 142 sind in erster Linie gegen die Kommunisten gerichtet, werden heute aber in der Praxis gegen alle oppositionellen Kräfte eingesetzt.

Das, was Sargin und Kutlu vor den Augen der Weltöffentlichkeit widerfahren ist, steht stellvertretend für tausende ähnlicher Fälle der Menschenrechtsverletzung. Allein die Zahl der Foltertoten, die die offiziellen Stellen eingestehen mußten, beläuft sich auf über 70. Dem Parlament liegen 200 Todesurteile zur Bestätigung vor. In den Gefängnissen befinden sich 30.000 politische Gefangene. Das kurdische Volk, das mit 10 Millionen ein Fünftel der Bevölkerung ausmacht, ist seiner elementarsten Rechte beraubt und tagtäglichen Übergriffen der Sicherheitskräfte und Repressalien ausgesetzt.

Die politischen Flüchtlinge bestehen auf ihr Recht der Rückkehr in ihre Heimat auch wenn sie dort nach wie vor ernsthaften Gefahren an Leib und Leben ausgesetzt sind. Im Zuge ihrer Rückkehr geraten die Menschenrechtsverletzungen immer mehr ans Tageslicht, und zwar gerade in einer Zeit, in der von Liberalisierung und Demokratisierung die Rede ist.

In einem Hearing über die Menschenrechte in der Türkei, in dem Betroffene, Augenzeugen und Sachverständige zu Wort kommen werden, möchten wir versuchen zu analysieren, wie es um die Menschenrechte in der Türkei steht. Wir möchten Sie bitten, das Hearing, das am 11. Juni 1988 im Curio-Haus in Hamburg stattfinden soll, zu unterstützen und daran teilzunehmen.

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Unterzeichner:

Dursun Akcam, Journalist / Christiane Albrecht, Vorsitzende der GEW Hamburg / Heidi Alm-Merk, MdL-Niedersachsen / Lydie Auvray, Musikerin / Herbert Baade, VVN-Landesvors. / Klaus Balzer, Journalist / Gert Bastian, MdB-Grüne / Markus Becker, Vertretungskoll. JUDO / Dr. Joachim Blau, Rechtsanwalt / Thea Bock, MdBü-GAL / Rene Böll, Lamuv-Verlag / Arne Börnsen, MdB-SPD / Michael Böttcher, Rechtsanwalt / Helmut Bordiers, Rechtsanwalt / Walter Brehm, Pfarrer / Dr. Ulrich Briefs, MdB-Grüne / Walter Bröhan, Rechtsanwalt / Andreas Bruns, Präsident SP Uni HH / Edelgard Bulmahn, MdB-SPD / Jürgen Busack, Lehrer / Ulla Bussek, MdBü-GAL / Evelyn Butter-Berking, Rechtsanwältin / Susanne Commerell, MdBü-GAL (Fraktionsgeschäftsführerin) / Dr. Klaus Dammann, Rechtsanwalt / Dr. Franz-Josef Degenhardt, Rechtsanwalt / Hans Deß, Richter / Suat Esinsel, Gewerkschafter-DISK / Anette Faße, MdB-SPD / Ralf Fischer, Demokratische Sozialisten Bundesvorst. / Klaus Förter-Vondey, VVN Landessekretär / Uwe Friesel, Schriftsteller / Helmut Frenz, Pastor / Günter Frank, Lehrer / Prof. Monika Ganseforth, MdB-SPD / Wolfgang Gehrcke, DKP-Bezirksvorsitzender / Peter Gingold, Interessengem. Ehem. Deutscher Widerstandskäpfer / Adrienne Goehler, MdBü-GAL / Dr. Rose Gölte, MdB-SPD / Dorothea Goergens, Rechtsanwältin / Prof. D. H. Gollwitzer, Berlin / Hans-Dieter Grünefeld, Publizist / Bernd Hahnfeld, Richter / Karl-Heinz Hansen, DS-FL / Jörn Heher, Zahnarzt / Müller Hermann, Journalist-VVN Bundesvorst. / Jens Peter Hjort, Rechtsanwalt / Hannes Holländer, DFU-Geschäftsführer / Barbara Hüsing, Rechtsanwältin / Claus Jahncke, Gewerkschaftssekretär / Hans-Erich Jürgens, Richter / Jan Jallas, MdBü-SPD / Ulla Jelpke, MdBü-GAL / Cornelia Jürgens, MdBü-GAL / Dr. Wolf-Dieter Just, Studienleiter-Mülheim / Trudel Karcher, Hochschullehrerin / Petra Kelly, MdB-Grüne / Gülay Keskinoglu, Gewerkschaftssekretärin-DISK / Irvem Keskinoglu, Bildungsabteilung d. DISK / Dr. Kirstein, Physiker / Prof. Dr. Ulrich Klug, Justizsenator a.D. (Hamburg) / Anne Kohfeld, Lehrerin / Ulrich Krampe, Rechtsanwalt / Konstanze Krebs, Lehrerin / Gerhard Kromschröder, Journalist / Eckart Kuhlwein, MdB-SPD / Anja Kuhr, MdBü-GAL / Prof. Ingrid Kurz, Professorin-FHS / Walther Kröner, Vorsitzender der GEW Köln / Christina Kukielka, MdBü-GAL / Dr. Martin Kutscha, Rechtsanwalt / Heinz Lang, Referent beim PV DKP / Prof. Dr. Klaus Liebe-Harkort, Turkologe / Volker Lindemann, Richter / Dr. Rolf Linkohr, Mitgl. des Europaparlaments / Hilmar Liptow, Künstler / Heike Lüdemann, Rechtsanwältin / Dr. Udo Mayer, Dozent / Sonja Meermann / Karl-Heinz Mölich, VDJ-Bundessekretär / Michael Müller, MdB-SPD / Kalus Müller-Knapp, Rechtsanwalt / Erhan Özcelik, Journalist / Jan Oostergetelo, MdB-SPD / Prof. Dr. Norman Paech, Hochschullehrer / Peter Paterna, MdB-SPD / Cornelia Peters, Dipl. Volkswirtin / Dr. Robert Pfeiffer, Arzt / Helmut Platow, Rechtsanwalt / Reiner Plorin, Richter / Ingrid Pohland, Vors. DPG-Hamburg / Helmut Prieß, Major-1.stellv.Bürgermeister Swisstal / Sibylle Raasch, Dozentin / Christian Rahn, Rechtsanwalt / Christa Randzio-Plath, MdBü-SPD / Uwe Rietz, MdBü-SPD / Prof. Dr. H. Rittstieg, Hochschullehrer / Jürgen Roth, Journalist / Hajo Sassenscheidt, Schulpsychologe / Renate Schmidt, MdB-SPD (stellv. Fraktionsvorsitzende) / H. J. Schneider, Rechtsanwalt / Hans-Günther Schramm, MdL-Bayern / Ottmar Schreiner, MdB-SPD / Peter Schütt, Schriftsteller / Rüdiger Schulz, Rechtsanwalt / Günther Schwarberg, Journalist / Bärbel Schwarz, Richterin / Alexandra Senfft, MdB-Grüne (Nahostreferentin) / Heide Simonis, MdB-SPD / Dorothee Stapelfeld, MdBü-SPD / Katrin Steinbach, Richterin / Gerhard Strate, Rechtsanwalt / Gerhard Strauch, Rechtanwalt / Georg E. Strohwald, Rechtsanwalt / Gerhard Strate, Rechtsanwalt / Prof. Dr. Gerhard Stuby, Hochschullehrer / Doris Tritschler, Richterin / Murat Tokmak, DISK-Vorst. / Rainer Utikal, Rechtsanwalt / Dr. med. Ulrich C. Vieth, Bundesgeschäftsführer der Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges / Prof. Dr. Voegeli, Hochschullehrer / Hartmut Wegener, Jurist / Giesela Wiese, Erzieherin / Walter Wittenberg, Politologe-Geschf. MASCH / Prof. Dr. Zechlin, Hochschullehrer
und andere.

UNVERSÖHNLICH NACHTRAG VEI

Ablauf

Begrüßung durch die GEW Hamburg

Einleitende Worte

Erhan Özcelik
Journalist - ISPE

Allgemeine Situation der Menschenrechte

Christian Rumpf
Max-Planck-Institut für Völkerrecht, Heidelberg

Prof. Martin Hirsch
Verfassungsrichter a. D.

Strafjustiz und politische Prozesse

Prof. Dr. Norman Paech
Professor für Völkerrecht HWP Hamburg

Hans Odendahl
Rechtsanwalt

Einschränkungen der Meinungs- und Koalitionsfreiheit

Gerhard Kromschröder
Journalist STERN

Dr. Ali Söylemezoglu
Chefredakteur TÜRKIYE POSTASI

Aziz Nesin (Angefragt)
Satiriker, Vorsitzender des Schriftstellerverbandes der Türkei

Deniz Kavukcuoglu
Freier Journalist

Yildiz Sargin oder Cicek Yagci
Ehefrauen der Oppositionspolitiker Dr. N. Sargin und H. Kutlu

Folter und Lage der politischen Gefangenen

Karsten Baethge
amnesty international

Enver Karagöz
Folteropfer und ehem. politischer Gefangener

Dr. Bülent Tarakcioglu
Neurologe im Exil

Prof. Dr. Klaus Liebe-Harkort
Turkologe, GEW

Berin Uyar
Journalistin, ehem. politische Gefangene

Nationalitätenfrage, Situation des kurdischen Volkes

Dr. Ahmet Beyik

Ausbürgerungspraxis und Rückkehr der politischen Emigranten

Turgan Arinir
Rechtsanwalt

Beria Onger
Vorsitzende des Progressiven Frauenverbandes d. T.

Zusammenfassung und Verabschiedung einer Schlußerklärung

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Kontaktadresse: Christian Rahn, Cremon 11, 2000 Hamburg 11

Bilgilendirme (1) 22.11.1987

Haydar Kutlu ve Nihat Sargın'ın Türkiye'ye gidişi konusunda Bremen'deki çalışmalar:

Gidişten önce:

İki genel sekreterin gidişine ilişkin olarak Bremen'de Prof. Klaus Liebe Haskart, Prof. G. Stuby ve ünlü avukat H. Hannover ve GEW ile ve demokrat papazlarla, SPD eyalet parlamentosu milletvekilleriyle ilişkiye geçildi. Kendileri gelişmeler konusunda bilgilendirildi; dayanışmaları, katkıları istendi. Hepsi de olumlu yanıtlar verdi.

Klaus Liebe-Haskart gitmeyi kabul etti. G. Stuby desteklediğini ama gitme konusunda zamansızlığını öne sürdü. H. Hannover Bremen'de insan hakları konusunda tanınmış yedi isme bir yazı yazdı ve genel sekreterin tutuklanmaları halinde bir çağrıyı imzalamalarını istedi. GEW iki genel sekreter tutuklanmadan Devlet Başkanına, Başbakana ve Meclis Başkanına mektuplar yazdı. Aynı şeyi 12 demokrat papaz da yaptı.

Gidişten sonra: 16.-19.11.87

İki genel sekreterin tutuklandığı haberini aldığımız akşam H. Hannover'le çağrı konusunda öneri metnini hazırladık. Ertesi sabah kendisi metni gördü, kabul etti ve imzaladı. Ardından da onun önceden ilişki kurduğu ünlü isimleri aradık. Hepsi çağrıyı desteklediler ve imzaladılar. İsimleri buraya almıyoruz. Ekteki çağrıdan bakabilirsiniz. Hepsi Bremen'de kabul edilen ünlü isimler. Sonra çağrıyı 1000 adet bastırdık. Bu 1000 adet çağrıyı üniversitede öğretim üyelerine, sendikalara, eyalet parlamentosu milletvekillerine, partilere ve meslek odalarına gönderdik. Yine buna ek olarak çağrıdaki istemleri kartpostal haline getirdik.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

1000 adet kart bastirdik. Kart aksiyonu sürüyor.
Yine 17. Kasim günü Bremen SPD eyalet parlamentosu grup yönetim kurulu bir protesto yazisi kaleme aldi; gönderdi. (Örneği ekte)
Yine gazeteler ve GEW protesto yazilari gönderdi.

18 Kasim akşami H. Kutlunun kalp rahatsizliği haberini alinca yine çağriya imza atanlar ve buna eklenen ünlü 1-2 isimle bir telgraf çekildi DGM savcilığina ve İçişleri Bakanliğina. GEW de ayri bir telgraf çekti. (Örnekler ekte).
Bu arada yeri bir delegasyonun gitmesi durumunda V. Ohm (Avukat), Dr. med. G. Güse, Barbara Noack (SPD-eyalet parlamento milletvekili) gitmeyi kabul ettiler.

20.11.1987:
Şimdi de elimize
DGB gençlik sekreterinin, IG-Druck Papierin Bremen Başkanının; 'Arbeit und Leben' gençlik sekreterinin; Ticaret, Banka ve Sigortalar sendikasının yönetim kurulu üyesinin çektikleri protesto telgrafi geçti. (Örneği ekte).

Bremen'deki Weser-Kurier'in iki gün ardarda verdiği haber küpürleri de ekte.
Öğrenci arkadaşlar üniversitede Prof. G. Stuby'nin konuyu derste işlediğini söylediler.

22.11.1987
Bremen Eyalet parlamentosu Yeşiller Grubu başkani Martin Thomas, yeri bir delegasyonda bir temsilcilerinin yer alabileceğini söyledi. Ayrica SPD milletvekili Barbara Noack ile kendisinin görüşeceğini ve neler yapilabileceğini konuşacağini ekledi.
Delegasyon üyesi K. Liebe-Harkert dun döndü. Kendisini büyük bir grup karşiladi. Hemen sonunda kendisi karşilayan gruba izlenimlerini anlatti.

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Kartpostal eylemi yeni 1000 adet kart bastırılarak sürüyor.

23.11.87

Türkiye'ye yeni gidecek delegasyona Yeşiller iki isimle katılmayı kabul ettiler.

24-27.11.87

Delegasyon üyesi Prof. K. Liebe-Harkortla Bremen gazeteleri (Weser-Kurier; taz (Bremen bölümü) röportajlar yaptı. Geniş sayılabilecek haberlerin örnekleri ilişikte. Ayrıca Bremen radyosu 'Biz Bize' programı da Klaus ile röportaj yaptı; bugün yayınlayacak (27.11.87). Yine bugün çağrısını ilişikte gönderdiğim uyarı nöbeti, yürüyüş ve miting yapılıyor. Çağrıdan da anlaşılacağı gibi Bremen'in her alandan tanınmış 30 isim destekliyor. Klaus ve avukat V. Ohm konuşmacı.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI TÜSTAV

„Herausforderung der Demokratie"

Bremer Experte fordert internationale Solidarität mit heimkehrenden türkischen Emigranten

Von unserem Redaktionsmitglied Heiko Wegener

Bremen. Als „Provokation" sieht es Staatspräsident Evren. Die Parlamentarier aus Griechenland, Holland, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Spanien und der Bundesrepublik, die Europaabgeordneten, Stadträte, Pastoren und Journalisten dagegen, die Augenzeugen der Verhaftung der beiden linken türkischen Politiker Haydar Kutlu und Nihat Sargin wurden, fernab jeglichen Anwaltskontaktes und nun einem ungewissen psychischen und physischen Polizeidruck ausgesetzt, sprechen von einer „Herausforderung der Demokratie".

Die Paragraphen, aufgrund derer die in ihre Heimat zurückgekehrten Vorsitzenden der Vereinigten Kommunistischen Partei in der Türkei festgenommen wurden und die möglicherweise auch zur Verfolgung ihrer Kontaktleute und Gesinnungsgenossen herangezogen werden, stammen aus einer 1982 per Volksbefragung angenommenen Verfassung. Danach sind die Kommunistische Partei — als einzige in Europa — und die ehemals Türkische Arbeiterpartei verboten.

Doch ebenso wenig wie das heute geltende Hochschul-, das Gewerkschafts- oder das Parteigesetz kam die Verfassung selbst durch öffentliche Meinungsbildung zustande. Die Paragraphen 141 und 142 des Strafgesetzes wurden kurzerhand in der Fassung des ehemals faschistischen Italien übernommen. Auf diese Paragraphen aber wird sich das Staatssicherheitsgericht in einem Verfahren gegen die beiden aus dem Exil heimgekehrten linken Politiker stützen.

Professor Klaus Liebe-Harkort, namhafter Wissenschaftler an der Bremer Universität und dem Goethe-Institut, seit Jahren engagiert in der Frage der Integration türkischer Mitbürger, nennt den Schritt Kutlus und Sargins in einem Gespräch mit dem WESER-KURIER einen „mutigen Versuch festzustellen, wie ernst es die Regierung in Ankara mit der Liberalisierung und Demokratisierung in der Türkei meint". Der Experte für türkische Sprache und Kenner auch der innenpolitischen Szene in der Türkei sammelte ausreichende Erfahrungen mit dem Militärregime und der nachfolgenden Zivilregierung unter dem ehemaligen Juntachef Evren auf mehreren Reisen als Mitglied von Delegationen in Sachen Menschenrechte.

„Das Europaparlament wird eine Beobachtergruppe zu den Wahlen am Sonntag in die Türkei entsenden", sagt er, „sie soll sich auch um die Freilassung der beiden Verhafteten kümmern." Ähnliche Vorstöße hat die SPD in Bonn gestartet, die Grünen und der Initiativkreis Bremer Rechtsanwälte wollen ebenfalls Abordnungen entsenden. Die für morgen angesetzte Demonstration in der Bremer Innenstadt steht ebenfalls unter dem Motto: Freiheit und bürgerliche Rechte für zurückkehrende türkische Emigranten.

Alle diese Aktivitäten werden laut Liebe-Harkort in der türkischen Öffentlichkeit aufmerksam registriert. Auch über seinen jüngsten Aufenthalt und die Gespräche der Delegation mit Vertretern des Justiz- und Innenministeriums, des Ministerpräsidentenamtes, mit dem zuständigen Oberstaatsanwalt sowie Parlamentspräsident Karaduman hätten Presse und elektronische Medien ausführlich berichtet.

„Gerade im Fernsehen und Rundfunk übt die regierende Vaterlandspartei einen besonders starken Einfluß aus und diffamiert die übrigen an der Wahl beteiligten Parteien. Diese haben deshalb nur geringe Chancen, weil sich die Bevölkerung in den Provinzen, von denen sich im übrigen Dyarbakir und Istanbul noch unter Ausnahmerecht befinden, hauptsächlich aus dem Fernsehen und Radio informiert", erzählt der Türkei-Kenner.

Trotz intensiver Beschattung durch den Sicherheitsdienst sei es der Delegation aber gelungen, für die Verhafteten und für eine Solidarität mit ihnen in Ankara und Istanbul eine große Öffentlichkeit herzustellen. „Selbst der Staatspräsident sah sich genötigt, zweimal im Fernsehen zu diesem Thema Stellung zu nehmen. Für den Augenblick schloß er dabei eine Zulassung der KP aus", berichtet Liebe-Harkort.

Auf die Frage nach der Legitimation für eine „Einmischung" in die innertürkischen Verhältnisse antwortet der Bremer Experte: „Ein Land, das die Menschenrechtskonvention unterschrieben hat, das seinerseits über wirtschaftliche Verbindungen und über Militärbündnisse bei uns mitmischt, ein solches Land muß sich selbst in allgemeine Formen von Demokratie einordnen lassen. Die Menschen dort benötigen internationale Solidarität, man muß ihnen Mut machen. Bei uns leben immerhin 1,5 Millionen Türken. Sie werden von uns in einer unsicheren Position gehalten, und sie wissen nicht, welche Verhältnisse sie bei ihrer Rückkehr erwarten. In der Frage der demokratischen Einmischung in der Türkei stehen wir Bundesdeutschen weit hinter anderen Europäern wie den Dänen, Holländern oder Griechen zurück."

26.11.87 Weser-Kurier

Bremen

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARŞİVİ VAKFI

Mit KP-Sekretären nach Ankara

Der Bremer Professor Klaus-Liebe-Harkort war bei der Delegation, die zwei KP-Sekretäre nach Ankara begleitete / Starkes Echo der türkischen Presse

In der vergangenen Woche wurden die Generalsekretäre der beiden kommunistischen Parteien der Türkei auf dem Flughafen von Ankara verhaftet. Nihat Sargin (Türkische Arbeiterpartei) und Haydar Kutlu (Türkische Kommunistische Partei) hatten jahrelang im Exil gelebt. Begleitet wurden die kommunistischen Führer von einer Delegation, der auch der Bremer Hochschullehrer Klaus Liebe-Harkort angehörte. Liebe-Harkort ist Turkologe und Linguist.

taz: *Haben die beiden Generalsekretäre mit ihrer Verhaftung gerechnet?*

Liebe-Harkort: Sicher. Seit dem Putsch haben sehr viele Mitglieder und Funktionäre der beiden kommunistischen Parteien vor Gericht gestanden und sind auch mit hohen Strafen belegt worden. Die Regierung hätte das Gesicht verloren, wenn sie die beiden nicht verhaftet hätte.

Was wollten die beiden erreichen?

In den letzten anderthalb Monaten wird in der Türkei intensiv über die Legalisierung der KP diskutiert. Zum ersten Mal in der Geschichte der türkischen Republik, und in der einen Woche, wo wir in der Türkei waren, ist die Diskussion erheblich vorangetrieben worden. Der Staatspräsident Kenan Evren hat im Fernsehen zweimal zur Legalisierung der TKP Stellung genommen. Er hat der TKP dabei die Bedingung gestellt, sich von der Moskauer Führung zu lösen und sich eurokommunistisch zu orientieren.

Hängt das mit der Parlamentswahl am kommenden Sonntag zusammen?

Nicht nur. Die beiden Generalsekretäre sind in einer Zeit dahingegangen, wo sie nicht mehr so schnell von der Bildfläche verschwinden können, wie vor drei oder vier Jahren. Erstens weil die Weltöffentlichkeit auf sie schaut, und zweitens, weil auch die türkische Öffentlichkeit auf sie schauen kann, denn im türkischen Pressewesen hat sich einiges geändert. Das repressive Pressegesetz wird zur Zeit liberal ausgelegt.

Aus was für Leuten bestand die Delegation?

Wir waren 23 Personen aus Griechenland, Spanien, Italien, Holland, Dänemark, Großbritannien und der Bundesrepublik. Unter ihnen Abgeordnete des Europa-Parlaments, aus den nationalen Parlarmenten, Juristen, Landtagsabgeordnete und zwei Pastoren.

Was geschah am Flughafen?

Wir wußten, daß die Polzei da sein würde. Die Polizei griff die beiden dann auch sofort heraus. Die beiden Generalsekretäre wurden dann trotz unseres Protestes in einen Polizeibus geführt, ihnen wurden Handschellen angelegt und die Augen verbunden.

Wir hatten in den folgenden Tagen eine Reihe von Gesprächen mit staatlichen Stellen in Ankara, unter anderem mit dem Präsidenten des türkischen Parlaments Necmettin Karaduman. *Karaduman wurde im Sommer dieses Jahre auch von Bürgermeister Scherf empfangen, was hat er gesagt?*

Karaduman thronte unter einem Bild von Ata-Türk. Er hat uns eine juristische Lektion erteilen wollen über die türkischen Gesetze. Er hat darauf hingewiesen, daß auch die Faschisten zugelassen werden müßten, wenn die Kommunisten legalisiert werden sollen.

Fragen: Michael Weißfeld

26.11.87
taz (Bremen bölümü)

TÜRKİYE SOSYALİST İŞÇİ PARTİSİ

AUFRUF

Uyarı notları ve posteri

MAHNWACHE IN BREMEN AM FREITAG, 27. November 1987

FREIHEIT FÜR ALLE DEMOKRATEN IN DER TÜRKEI

Am 29. November finden in der Türkei die angekündigten vorgezogenen Parlamentswahlen statt. Ministerpräsident Özal und die Militärs wollen beweisen, daß nun auch die Türkei den "Weg zur Demokratie" eingeschlagen habe.
Die Wirtklichkeit sieht anders aus: Nach wir vor werden in der Türkei elementare Menschenrechte verletzt. In den Gefängnissen wird brutal gefoltert. Das Recht auf gewerkschaftliche Organisation ist außer Karft gesetzt. Die kurdischen Mitbürger werden weiter verfolgt und unterdrückt. Seit dem Militärputsch am 12. September 1980 mußten politisch und gewerkschaftlich aktive Demokraten für ihr Engagement mit Gefängnis–, z.T. mit Todesstrafen büßen oder ihr Land verlassen. Heute leben über zehntausend von ihnen im erzwungenen Exil: Man entzog ihnen die Pässe und die Staatsbürgerschaft. Die meisten von ihnen leben in der Bundesrepublik Deutschland.
Zwei Wochen vor den Parlamentswahlen sind die Generalsekretäre der Türkischen Kommunistischen Partei, Haydar Kutlu, und der Türkischen Arbeiterpartei (TIP), Nihat Sargin, in ihr Heimatland zurückgekehrt. Sie wollen damit ein Zeichen für gewaltfreien Widerstand gegen die Unterdrückung der Regierung setzen. Und sie wollen sich dafür einsetzen, daß auch im Nato–Partnerland Türkei eine politische Opposition arbeiten kann: Mit ihrem mutigen Beispiel bezwecken sie eine Generalamnestie für alle politisch Verfolgten. Und sie beabsichtigen, in ihrer Heimat gemeinsam eine neue Partei zu gründen und die Legalität dieser Partei zu sichern.
Haydar Kutlu und Nihat Sargin wurden am 16. November, unmittelbar nach ihrer Ankunft in der Türkei, verhaftet und ungeachtet der Proteste der internationalen Begleitdelegation wie Schwerverbrecher abtransportiert.

Wir protestieren gegen die Verhaftung von Haydar Kutlu und Nihan Sargin und fordern ihre unverzügliche Freilassung und das Ende ihrer Verfolgung.

Im Interesse der Wiederherstellung der Demokratie in der Türkei fordern wir Staats–, Parlaments– und Ministerpräsident der Republik der Türkei auf,

- **eine freie, politische und gewerkschaftliche Betätigung sowie die Versammlungs– und Organisationsfreiheit für alle Demokraten in der Türkei zu garantieren,**
- **eine Generalamnestie für alle politisch Verfolgten in der Türkei zu erlassen,**
- **und die legale Rückkehr aus dem Exil für alle Demokraten zu ermöglichen.**

Wir rufen auf zu einer Mahnwache in Bremen,
Freitag, 27. November 1987, 15.00 – 17.30 Uhr, Obernstraße/Ecke Pieperstraße
Demonstration durch die Innenstadt, ab 16.30 Uhr, Obernstraße/Ecke Pieperstraße
Abschlußkundgebung um 17.30 Uhr, Obernstraße/Ecke Pieperstraße
Es sprechen: Prof. Dr. Klaus Liebe–Hartkort
Volkert Ohm, Rechtsanwalt

Dr. Heinrich Hannover, Rechtsanwalt
Volkert Ohm, Rechtsanwalt
Heinrich Albertz, Pastor
Armin Stolle, 1. Vorsitzender SPD–Bremen Ost
Prof. Gerhard Stuby
Horst Isola, Bundesvorsitzender der ASJ
Dr. med. H. Georg Güse
Prof. Dr. Liebe–Hartkort
Manfred Bernd, Landesvorsitzende DFU
Michael Breidbach, BRM, IGM
Friedrich Caron–Bleiker, VKL, IG Druck und Papier
Hartmut Drewes, Pastor
Helga Ebbers, BRM, NGG
Else Esselborn, Betriebs– und Gewerkschaftsfunktionärin
Dieter Gautier, DKP–Bezirksvorsitzender
Eike Hemmer , BRM , IGM
Rainer Kegler, VKL, IGM
Lore Kranz–Bartz, PRM, ÖTV–Vertauensfrau
Helmut Klose, Vertrauensmann, ÖTV
Petra Kralemann, PRM, ÖTV
Ekkehard Lentz, Erzieher
Horst Lutzebäck, Ortsamtsleiter, SPD
Uwe Neuhaus, BRM, IGM
Prof. Dr. Lothar Peter
Hans–Günter Sanders, Pastor
Peter Sörgel, Betriebsratsvorsitzender, IGM
Mike Venema, Vors.Jugend– und Ausbildungsvertretung, IGM
Christiane Woltersdorf, BRM, IGM
Peter Zimmermann, BRM, stellv. VKL, IGM
Louis v. Zobeltitz, Pastor

Vorname, Name **Funktion/Beruf**

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Prof. K. Liebe-Harkort'un mitingteki konuşması

KUNDGEBUNG AM 27.11.1987 IN BREMEN

ICH STEHE HIER UND SPRECHE ALS AUGEN- UND OHRENZEUGE EINER FASSADENDEMOKRATIE IN DER TÜRKEI, VON DER DIE MILITÄRS DORT, ALS SIE NOCH DIE TOTALE MACHT IN IHREN HÄNDEN HIELTEN, WAS MAN DANN KRIEGSRECHT NENNT, ERWARTETEN, DASS SIE EINGESCHRÄNKT WÄRE, NICHT BESCHAFFEN NACH DEN MASSSTÄBEN DER EUROPÄISCHEN DEMOKRATIEN, DEM 'UNREIFEN VOLK' DER TÜRKEI ANGEPASST. DIE DEMOKRATIE IN DER TÜRKEI IST EINE HALBE DEMOKRATIE, EINE HALBE DEMOKRATIE IST KEINE DEMOKRATIE.

WIR, EINE DELAGATION AUS PARLAMENTARIERN, JURISTEN, WISSENSCHAFTLERN, KIRCHENLEUTEN UND JOURNALISTEN AUS 8 LÄNDERN, HABEN DIE GENERALSEKRETÄRE DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER TÜRKEI, HAYDAR KUTLU, UND DER TÜRKISCHEN ARBEITERPARTEI, NIHAT SARGIN, BEGLEITET, BEGLEITET, ALS SIE ZURÜCKKEHRTEN IN IHRE HEIMAT, TROTZ DER GROSSEN SICHERHEIT, VERHAFTET ZU WERDEN, WEIL SIE DIE REGIERUNG HERAUSFORDERN, DEMOKRATIE WIRKLICH ZU PRAKTIZIEREN.

DIE TÜRKISCHE ARBEITERPARTEI IST IN IHRER JUNGEN GESCHICHTE SEIT 1965 MEHRERE MALE, ZULETZT ENDGÜLTIG 1980, VERBOTEN WORDEN. DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI DER TÜRKEI WAR SEIT IHRER GRÜNDUNG 1923 KAUM EIN JAHR LEGAL. NACH 1980, ALSO NACH DEM MILITÄRPUTSCH, HABEN DIE HERRSCHENDEN GROSSE PROZESSE ANGESTRENGT UND HUNDERTE VON HARTEN URTEILEN GESPROCHEN, SPRECHEN LASSEN. LANGE

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

JAHRE HABEN DIE VERURTEILTEN, AUCH SCHON VOR IHRER VERURTEILUNG, MITGLIEDER UND FUNKTIONÄRE DIESER PARTEIEN, MIT VIELEN ANDEREN, ZEHNTAUSENDEN, FRAUEN UND MÄNNERN, IN HAFT GESESSEN, VERHÖRE, UNTERSUCHUNGEN, FOLTER UND URTEILE ÜBER SICH ERGEHEN LASSEN MÜSSEN. AUCH DAS IST EINE GRUNDLAGE DER DEMOKRATIEFASSADE IN DER TÜRKEI.

MEHR DAVON ZU ERFAHREN, SOLIDARITÄT ZU PRAKTIZIEREN, MUT ZU GEBEN, ABER AUCH DIE DEMOKRATISCHE ÖFFENTLICHKEIT EUROPAS IN DER TÜRKEI ZU DEMONSTRIEREN, DAS WAREN DIE ZIELE UNSERER DELEGATION.

NACH DER VERHAFTUNG DER GENERALSEKRETÄRE AM FLUGHAFEN VON ANKARA AM 16.11. UM 16.00 WURDE IHRE FREILASSUNG ZU UNSRER WICHTIGSTEN UND AKTUELLEN FORDERUNG, AN ZWEITER STELLE IHRE menschenwürdige BEHANDLUNG UND EIN VERFAHREN NACH DEN MASSSTÄBEN DER ALLGEMEINEN ERKLÄRUNG DER MENSCHENRECHTE UND DER EUROPÄISCHEN MENSCHENRECHTSKONVENTION, NACH DEN MASSSTÄBEN EINES RECHTSSTAATES. WIR HALTEN DAS NICHT FÜR DIE UNANGEMESSENE EINMISCHUNG IN DIE INNEREN ANGELEGENHEITEN EINES ANDEREN LANDES, NACHDEM DIE TÜRKEI BEIDE DOKUMENTE UNTERZEICHNET HAT UND NACHDEM BEI UNS 1.5 MILLIONEN MENSCHEN AUS DER TÜRKEI LEBEN, DIE MIT DER TÜRKEI nicht nur WEITER VERBUNDEN SIND, VIELMEHR VON DER OFFIZIELLEN POLITIK DER BUNDESREGIERUNG VON ZEIT ZU ZEIT GEDRÄNGT WERDEN, SICH HIER NICHT ENDGÜLTIG NIEDERZULASSEN. WIR HALTEN DIE SOLIDARITÄT ALLER DEMOKRATEN DER WELT AUCH MIT DEN BETROFFENEN IN DER TÜRKEI FÜR EINE PFLICHT, FÜR EINE MORALISCHE und politische PFLICHT.

WIR STEHEN MIT UNSEREN FORDERUNGEN IN ÜBEREINSTIMMUNG MIT DEN BESCHLÜSSEN DER EUROPAPARLAMENTS. FÜR MENSCHENRECHTSFRAGEN GELTEN HEUTE NICHT ENGE NATIONALE GRENZEN, DIE JA AUCH BEI WIRTSCHAFTLICHEN UND MILITÄRISCHEN ABMACHUNGEN DER MÄCHTIGEN KEINE BEDEUTUNG MEHR HABEN.

DIE REAKTION AUF DIE ANWESENHEIT UNSERER DELEGATION IN ANKARA UND IN ISTANBUL, ALSO DIE AUFMERKSAMKEIT EUROPAS BEZÜGLICH DER VORGÄNGE DORT, ZEIGT UNS, DASS EINE SOLCHE DEMONSTRATION, EINE SOLCHE BEKUNDUNG VON SOLIDARITÄT IN DER AUSEINANDERSETZUNG MIT UNDEMOKRATISCHEN KRÄFTEN DOPPELTE WIRKUNG HAT:

1. SIE BEUNRUHIGT DIE REGIERUNG UND DIE, DIE SIE STÜTZEN.
2. SIE GIBT MUT DENEN, DIE DORT, UND MIT IHNEN WIR, DEMOKRATIE ALS EINE ERRUNGENSCHAFT ANSEHEN, DIE DEM VOLK GERADE NICHT VON DEN HERRSCHENDEN IN DEN SCHOSS GELEGT WIRD, SONDERN ERKÄMPFT WERDEN MUSS.

DIE BEUNRUHIGUNG DER HERRSCHENDEN WURDE UNTER ANDEREM DADURCH OFFENBAR, DASS DER STAATSPRÄSIDENT, KENAN EVREN, IN ZWEI REDEN, DIE IM FERNSEHEN AUSGESTRAHLT WURDEN, AUF DIE RÜCKKEHR DER BEIDEN GENERALSEKRETÄRE EINGING, SIE ALS PROVOKATION BEZEICHNETE, UNS ALS FÜNFTE KOLLONNE MOSKAUS, UND SELBSTHERRCHLICH DIE GRÜNDUNG EINER KOMMUNISTISCHEN PARTEI IN DER TÜRKEI IN NAHER ZUKUNFT AUSSCHLOSS. DIE BEUNRUHIGUNG DER HERRSCHENDEN SAHEN WIR AUCH AN DER KOMPANIE DER GEHEIMPOLI[illegible], DIE UNSERE DELEGATION STÄNDIG UMGAB, UND

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

WIR SAHEN SIE AN DEM VIELFÄLTIGEN PRESSEECHO ALLER TÜRKISCHER TAGESZEITUNGEN AN ALLEN SIEBEN TAGEN UNSERER ANWESENHEIT, NACH DER VERHAFTUNG DER BEIDEN GENERALSEKRETÄRE.

DIE TIEFGREIFENDE BEDEUTUNG UNSERER DELEGATION WURDE UNS ALLERDINGS BESONDERS KLAR DURCH DIE DANKBARKEIT UND ERLEICHTERUNG DER DEMOKRATISCHEN ÖFFENTLICHKEIT IN DER TÜRKEI, DURCH DIE VERSICHERUNG DER ANWÄLTE, OHNE UNSERE AUFMERKSAMKEIT KÖNNTE AUCH DIE DEMOKRATIEFASSADE WIEDER BRÖCKELN FALLEN, UND DURCH DIE UNS IMMER WIEDER ENTGEGENGEBRACHTE SORGE FÜR JENE ZEIT, WENN SIE, DIE DEMOKRATEN IN DER TÜRKEI, SICH SELBST ÜBERLASSEN BLIEBEN.

IN DIESEM ZUSAMMENHANG IST DIE INITIATIVE VON BREMER SOZIALDEMOKRATEN UND GRÜNEN ALS ZEICHEN UND AKTION DER ANTEILNAHME UND SOLIDARITÄT ZU BEGRÜSSEN UND HOFFENTLICH VORBILD FÜR VIELE WEITERE INITIATIVEN.

WAS GESCHÄHE NUN, WENN DEMOKRATIE UND DEMKRATISIERUNG AUSSCHLIESSLICH ALS NATIONALES EREIGNIS GESEHEN WÜRDE, WENN WIR KEINEN ANTEIL NÄHMEN?

DIE TÜRKISCHE REGIERUNG SUCHT ANERKENNUNG VON EUROPA, UM ALS MITGLIED IN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT AUFGENOMMEN ZU WERDEN. SO WURDE NOTGEDRUNGEN EINE FASSADE AUFGEBAUT, ZU DER AUCH UNSERE REGIERUNGSREISENDEN IN SACHEN TÜRKEI DEMOKRATIE SAGEN KÖNNTEN. WIR DÜRFEN ES ABER NICHT DEN REGIERENDEN ÜBERLASSEN, DEMOKRATIE ZU DEFINIEREN. BEZÜGLICH DER TÜRKEI FÜHRTE DAS

-- ZU EINER UNMITTELBAREN BEDROHUNG DER AKTIVEN

DEMOKRATISCHEN MENSCHEN UND ORGANISATIONEN,

-- ZU EINER VERSTÄRKUNG DER ANTIDEMOKRATISCHEN EINRICHTUNGEN UND KRÄFTE,

LANGFRISTIG

-- ZU EINER ENTMÜNDIGUNG DER VÖLKER IN DER TÜRKEI BZW

-- ZUR AUFRECHTERHALTUNG DER ENTMÜNDIGENDEN TENDENZEN.

WIR ERLEBEN IN DER TÜRKEI IMMER NOCH - UND LANGE JAHRE WIRD DAS NOCH SO SEIN - DIE AUSWIRKUNGEN DES MILITÄRPUTSCHES VOM 12. SEPTEMBER 1980. AN DIESEM TAGE, UND DEN FOLGENDEN, HAT DIE JUNTA ALLE DEMOKRATISCHEN EINRICHTUNGEN ZERSCHLAGEN, VERBOTEN, IHR VERMÖGEN KONFISZIERT, DIE MENSCHEN DURCH PROZESSE, POLIZEI, FOLTER UND GEHIRNWÄSCHE VERÄNGSTIGT. ZU ZEITEN, ALS KRIEGSRECHT HERRSCHTE WURDE EINE VERFASSUNG VERABSCHIEDET, 1982, DIE NICHT GRUNDLAGE VON DEMOKRATIE SEIN KANN, DIE VIELMEHR VON VERFASSUNGSRECHTLERN ALS 'HAUSORDNUNG EINER KASERNE' BEZEICHNET WIRD. AUF DER BASIS DIESER VERFASSUNG WURDEN GESETZE ERLASSEN, DIE MEHR RECHTE EINSCHRÄNKEN ALS SICHERN. DAS STRAFRECHT, DAS U.A. DIE GRÜNDUNG EINER KOMMUNISTISCHEN PARTEI UNTERSAGT UND AUS DEM FASCHISTISCHEN ITALIEN STAMMT, WURDE BEIBEHALTEN. DIE FASSADE DER DEMOKRATIE WURDE DURCH EIN PARLAMENT MIT DELEGIERTEN DER HERRSCHENDEN, DANN DURCH VIELFÄLTIG EINGESCHRÄNKTEN WAHLEN AUSGEBAUT. GLEICHZEITIG WURDEN POLITISCHES BEWUSSTSEIN DIFFAMIERT UND DEMOKRATISCHE EINRICHTUNGEN Z.T. MIT POLIZEIGEWALT AN DER ARBEIT GEHINDERT. ALL DAS IST AUCH FÜR HEUTE NOCH GÜLTIG.

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

DEMOKRATIE - ICH WIEDERHOLE ES - WIRD NICHT VON OBEN NACH UNTEN GEWÄHRT, DEMOKRATIE MUSS ERRUNGEN WERDEN. OHNE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT HABEN DIE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN IN DER TÜRKEI EIN SCHWERES LEBEN.

WENN ABER DIE AUFMERKSAMKEIT DER DEMOKRATISCHEN ÖFFENTLICHKEIT, DER DEMOKRATISCHEN EINRICHTUNGEN, DER PARTEIEN, DER GEWERKSCHAFTEN UND MEDIEN IN EUROPA, IN DER BUNDESREPUBLIK UND IN BREMEN IHR AUGE WACHSAM AUF DIE VORGÄNGE IN DER TÜRKEI GERICHTET HALTEN UND SICH AUCH AN ORT UND STELLE INFORMIEREN UND SOLIDARITÄT BEKUNDEN,

-- DANN WIRD DIE REGIERUNG IN DER TÜRKEI KOMPROMISSE EINGEHEN MÜSSEN,

-- DANN WIRD DIE JUSTIZ IN DER TÜRKEI IHRE UNABHÄNGIGKEIT BEWEISEN MÜSSEN,

-- DANN WIRD DIE POLIZEI UND DIE GENDARMERIE MEHR NOCH VON FOLTER UND ANDEREN MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN ABSTAND NEHMEN MÜSSEN,

--- DANN WIRD DIE HOFFNUNG AUF EINE STABILE UND WIRKLICHE DEMOKRATIE IN DEN HERZEN DER MENSCHEN DER TÜRKEI STÄRKER;

--- NICHT ZULETZT WIRD DIE FREILASSUNG DER BEIDEN GENARALSEKRETÄRE DANN AUCH WAHRSCHEINLICHER, EIN RECHTMÄSSIGES VERFAHREN MÖGLICH.

--- AUCH DIE LEGALISIERUNG DER VEREINIGTEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER TÜRKEI WIRD DURCH EINE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT MIT GRÖSSEREM NACHDRUCK NOCH GEFORDERT WERDEN. UND IHRE OFFENE UND UNBEEINTRÄCHTIGTE ARBEIT IST EBENFALLS DIE BEDINGUNG FÜR EINE PLURALISTISCHE DEMOKRATIE, WO SICH JEDE POLITIS E MEINUNG, AUSSER DER FASCHISTISCHEN, ARTIKULIEREN UND UND IN ORGANISATIONEN EINGEHEN KÖNNEN MUSS.

ES STEHT KEIN ZWEIFEL DARAN, DASS ERST EINE WIRKLICHE DEMOKRATIE DEM DOPPELT UND DREIFACH UNTERDRÜCKTEN KURDISCHEN VOLK FREIHEIT BRINGEN KANN, TEILHABE AN DEN WIRTSCHAFTLICHEN REICHTÜMERN DES LANDES UND AN ALLEN GESELLSCHAFTLICHEN EINRICHTUNGEN.

WIR HABEN IN DER TÜRKEI GEFORDERT UND ICH WIEDERHOLE DIE FORDERUNGEN HIER:

1. DIE FREILASSUNG DER BEIDEN GENERALSEKRETÄRE, DIE ZULASSUNG IHRER ANWÄLTE UND DIE GARANTIE FÜR DAS LEBEN UND IHRE GESUNDHEIT ~~DER BEIDEN~~. WIR SCHLIESSEN UNS AUCH DER FORDERUNG DER TÜRKSICHEN ÄRZTEVEREINIGUNG NACH EINER UNABHÄNGIGEN ÄRZTEKOMMISSION AN.
2. WIR FORDERN DIE POLITISCHEN INSTANZEN UND DIE PARTEIEN IN DER TÜRKEI AUF, DIE GESETZLICHE GRUNDLAGE FÜR EINE LEGALISIERUNG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI ZU SCHAFFEN.
3. WIR FORDERN DIE ABSCHAFFUNG DER TODESSTRAFE UND DIE GENERALAMNESTIE FÜR POLITISCHE HÄFTLINGE IN DER TÜRKEI.

AN DIE ÖFFENTLICHKEIT IN EUROPA, IN DER BUNDESREPUBLIK UND IN BREMEN RICHTE ICH DIE BITTE, DIE DRINGENDE BITTE:

-- LASST SIE NICHT ALLEIN, DEN GENERALSEKRETÄR DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER TÜRKEI, HAYDAR KUTLU, UND DEN DER TÜRKISCHEN ARBEITERPARTEI, NIHAT SARGIN!!!

-- LASST SIE NICHT ALLEIN, DIE, DIE DIREKT UM SIE BEMÜHT SIND!!!

-- LASST SIE NICHT ALLEIN, DIE DEMOKRATISCHEN KRÄFTE UND NICHT DAS VOLK, DIE VÖLKER IN DER TÜRKEI, DIE UNTER DEM WIRTSCHAFTLICHEN CHAOS ZU LEIDEN HABEN, DENEN ES ABER VERWEHRT IST, MIT DEMOKRATISCHEN MITTELN, FÜR EINE BESSERE GESELLSCHAFT, FÜR EINE BESSERE ZUKUNFT ZU KÄMPFEN.

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

SOSYALİST PARTİ -SP-
TÜRKİYE BİRLEŞİK KOMÜNİST PARTİSİ -TBKP-
ve
DİĞER SOL GÜÇLERE ÖRGÜTLENME ÖZGÜRLÜĞÜ !

12 Eylül 1980 askeri darbesinden bu yana ülkemizde demokrasi mücadelesi adım adım gelişti.

Bu mücadelenin gelişmesi ve bugün bulunulan noktaya gelinmesi öyle kolay olmadı. Uzun,acılı ve kahırlı bir yoldan geçildi. Baskılardan, mahkemelerden, işkencelerden, hapishanalerden geçilerek bugüne gelindi.

Günümüz dünyası ve Türkiye`sinde artık diktatörlükler ve baskıcı rejimler uzun süreli olamıyorlar. İnsanlar demokrasi istiyorlar, özgürlük istiyorlar.

Türkiye aynı zamanda bir Avrupa ülkesidir. Özal hükümeti ısrarlı bir şekilde Avrupa topluluğu -AT-`na girmek istiyor. Ama bu topluluğun her birliktelik gibi bazı kuralları var; Demokrasi bunların en önemlilerinden biridir.

Bu nedenlerden dolayı Türkiye`de rejim zaman zaman demokrasi manevralarına başvurmak zorunda kalıyor. Ülkemizde ve ülke dışında sürekli Türkiye`nin demokrasiye geçtiği izlenimi veriliyor.

Ama ülkemiz henüz demokrasiden uzaktır. Rejim demagoji yapıyor. Özal hükümetinin demokrasiden yana olduğu açıklamaları henüz ciddiyet taşımıyor. Demokratik ve sol görüşlü kişiler üzerinde kovuşturmalar sürüyor. Hala insanlar görüşlerinden ötürü tutuklanıp hapsediliyor. Kitaplar skıncalı sayılıp mahkeme kararı ile yakılıyor. Dergiler toplatılıyor.İdam cezaları hala verilmeye devam ediyor. İşkence hala sürüyor. Kürtler üzerindeki baskılar yoğunlaşarak sürüyor. Demokrasinin vaz geçilmez koşulu olan düşünce ve örgütlenme özgürlüğüne konan yasaklar devam ediyor.

Önümüzdeki günlerde ülkemizde demokrasinin geleceği açısından çok önemli iki politik dava başlayacaktır. Bunlar Sosyalist Parti ve TİP Genel Sekreteri Dr. Nihat Sargın ve TKP Genel Sekreteri Haydar Kutlu'nun yargılanacağı davalardır.

Ülkemizde 1 Şubat 1988 tarihinde SOSYALİST PARTİ kuruldu. Bu,ülkemizde 12 Eylül 1980'den sonra kurulan ilk yasal sosyalist partidir. Ama Cumhuriyet Başsavcısı örneği olmayan bir biçimde hemen 15 gün sonra Sosyalist Parti'nin kapatılması istemiyle Anayasa Mahkemesi'ne baş vurdu. Gerekçe; Anayasa'nın sosyalizme kapalı olduğu ve programında işçi ve emekçilerin haklarının savunulmasıdır.Şimdi önümüzdeki günlerde Anayasa Mahkemesinde Sosyalist Parti davası başlayacak.

Yine, 16 Kasım 1987 tarihinde politik göçmen olarak yaşadıkları Batı Avrupa -dan ülkeye yasal olarak dönen TİP Genel Sekreteri Dr. Nihat Sargın ve TKP Genel Sekreteri Haydar Kutlu daha Esenboğa Hava Limanında tutuklandılar.3 hafta işkenceden geçirildiler. Hala ceza evindeler. TBKP adıyla birleşme kararı alıp bu partiyi yasal olarak kurmak amacıyla yurda dönen bu iki parti Genel Sekreterine yönelik Ankara DGM savcısı 997 yıla varan ceza istiyor. Önümüzdeki günlerde Ankara DGM'de TBKP davası diye anılan bu politik dava da başlayacak.

Bu davaların nezdinde gerçekte ülkemizde demokrasi yargılanacaktır. Demokrasinin geleceği belirlenecektir.

Bizler bu davaları sadece iki partiyi ilgilendiren bir olay olarak görmüyoruz. Bu davaların olumlu sonuçlanması politik tutukluların özgürlüğünü, düşünce ve örgütlenme özgürlüğünü de beraberinde getirebilir.

Politik görüşü ne olursa olsun, ülkemizde demokrasiyi isteyen herkesi SOSYALİST PARTİ ve TÜRKİYE BİRLEŞİK KOMÜNİST PARTİSİ davaları ile dayanışmaya çağırıyoruz.

* SP ve TBKP'ne SERBESTÇE ÖRGÜTLENME HAKKI !

* HAYDAR KUTLU, NİHAT SARGIN ve TÜM POLİTİK TUTUKLULARA ÖZGÜRLÜK !

SAÇAK
SİYASET KÜLTÜR EKONOMİ FORUMU
Taraftarları

2 Nisan 1988
-Hannover-

Bütün ülkelerin proleterleri birleşiniz!
yeni yol
TİP ve TKP Merkez Komiteleri tarafından yayınlanmaktadır
Taraftarları

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

FÜR DAS FREIE WIRKEN DER SOZIALISTISCHE PARTEI -SP- DER VEREINIGTEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER TÜRKEI -TBKP- UND DER ANDEREN LINKSKRÄFTE IN DER TÜRKEI !

Seit dem Militärputsch vom 12. September 1980 ist der Kampf für die Demokratie in der Türkei stetig gewachsen.

Das Wachsen dieses Kampfes und die Etappe, die man heute erreicht hat, ist den Menschen unseres Landes nicht in den Schoß gefallen. Ein langer, schmerzvoller Weg mit unzähligen Entbehrungen ist dabei zurückgelegt worden. Dieser Weg war gepflastert mit Repression, Folter und hohen HAftstrafen.

Jedoch sind in der heutigen Welt, so auch in der Türkei, Diktoturen und Terrorregime nicht mehr lange lebensfähig. Die Menschen wollen Demokratie und Freiheit.

Ferner ist die Türkei ein europäisches Land. Dabei strebt die Özal-Administration hartnäckig die Mitgliedschaft in der EG an. Jedoch hat diese Gemeinschaft,wie jede Organisa ion, ihre eigenen Normen. Und eine ihrer wichtigsten Normen ist die Demokratie.

Aus diesem Grunde sehen sich die Machthaber in der Türkei von Zeit zu Zeit gezwungen, Demokratie-Maneuver abzuhalten. Damit bezwecken sie, sowohl für das In-als auch für das Ausland den Anschein zu erwecken, dass die Türkei zur Demokratie zurückgekehrt ist.

Aber noch ist unser Land von der Demokratie entfernt. Das Regime betreibt Demagogie. Die Erklärungen der Özal-Regierung,daß sie für die Demokratie sei, sind bis jetzt unseriös. Personen, die eine demokratische oder linke Gesinnung haben, werden weiterhin verfolgt. Immer noch werden Menschen allein wegen ihrer Meinung festgenommen und eingekerkert. Laut Gerichtsbeschlüße werden Bücher verbrannt. Zeitsschriften beschlagnahmt und Todesurteile verhängt. Folter wird fortwährend angewand. Die Unterdrückung der Kurden wird verschärft weitergeführt. Die Verbote über die Meinungs und Koalitionsfreiheiten, als unerläßliche Bedungungen für eine Demokratie, existueren weiterhin.

In diesen Tagen werden zwei wichtige Gerichtsverhandlungen stattfinden, die im Hinblick auf die demokratische Zukunft unseres Landes großes Gewicht haben: Diese sind einerseits die gegen die SOZIALISTISCHE PARTEI und andererseits die gegen die Generalsekretäre der ARBEITERPARTEI DER TÜRKEI (TIP) und der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER TÜRKEI (TKP), Dr. Nihat Sargin und Haydar Kutlu.

Am 1. Februar 1988 wurde die SP in der Türkei konstituert. Das ist die erste legale Gründung einer sozialistischen Partei nach dem 12. September 1980. Aber die Generalsstaatsanwaltschaft hat bereits nach 15 Tagen auf eine beispiellose Art und Weise beim Verfassungsgericht ihre Schließung beantragt. Ihre Begründung: Die Verfassung verbietet den Sozialismus und im Programm der SP werden die Rechte von Arbeitern und anderen Beschäftigten verteidigt. So wird in den nächsten Tagen der Verbotsantrag für die SP beim Verfassungsgericht verhandelt.

Nach ihrer freiwilligen Rückkehr vom Exil aus West-Europa wurden der Generalsekretär der TIP, Dr. Nihat Sargin und der Generalsekretär der TKP, Haydar Kutlu am 16.November 1987 bereits auf dem Flughafen von Ankara festgenommen. Sie wurden drei Wochen lang gefoltert und befinden sich noch in Haft. Für die beiden Generalsekretäre, die nach dem Fusionsbeschluß ihrer Parteien mit der Absicht zur legalen Konstituierung der TBKP in ihre Heimat zurückkehrten, verlang der Staatsanwalt beim Staatssicherheitsgericht eine Haftstrafe von insgesamt 997 Jahren. In den nächsten Tagen wird beim Staatssicherheitsgericht auch die Verhandlungen gegen die TBKP beginnen.

Bei diesen beiden Gerichtsverhandlungen sitz in Wirklichkeit die Demokratie in unserem Land auf der Anklagebank. Dabei geht es um ihre Zukunft.

Wir verfolgen diese Gerichtsverhandlungen nicht als Ereignisse, die allein die beiden Parteien an gehen. Dabei könnte ihr positives Ende bewirken, daß die politischen gefangenen ihre Freiheit wiedererlangen und daß auch die Meinungs-und Koalitionsfreiheit verwirklicht wird. Dies könnte auch dazu beitragen, daß in unserem Land eine positive Atmosphäre auf dem Weg zur Demokratie geschaffen wird.

Wir rufen allen Menschen auf, welche politischen Standpunkte sie auch vertreten mögen und für die Türkei auch demokratische Verhältnisse wünschen, zur Solidarität mit der SP und der TBKP.

* Für das freie Wirken der SP und der TBKP !

* Freiheit für Haydar Kutlu,Nihat Sargin und alle politischen Gefangenen !

Anhänger der Zeitschrift SACAK

Anhänger der Zeitung YENI YOL

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMALARI

Diskussionsveranstaltung

Folter und politische Verfolgung in der Türkei am Beispiel der beiden Politiker Nihat Sargin und Haydar Kutlu

Die Türkei gehört zu den 51 Gründungsmitgliedern der Vereinten Nationen, die vor 40 Jahren die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verkündeten. Sie hat die Europäische Menschenrechtskonvention sowie die Schlußakte von Helsinki unterzeichnet und ist zu dem auch Mitglied der NATO und assoziiertes Mitglied der EG. Die Türkei ist auch im Europarat vertreten und nimmt turnusgemäß den Regeln entsprechend auch den Vorsitz des Europarats wahr.

Dessen ungeachtet werden in der Türkei die Rechte und Freiheiten, die in den Vereinbarungen der internationalen Organisationen, deren Mitglied auch die Türkei ist, festgeschrieben sind, von der Regierung nicht eingehalten. Dies gilt insbesondere für die Meinungs- und Koalitionsfreiheit (Artikel 18, 19 und 20 der Menschenrechtskonvention).

Die Türkei ist das einzige Land in Europa, in dem die Legalität der kommunistischen und Arbeiterparteien auf legislativer und exekutiver Ebene verhindert wird. Unter diesen Bedingungen erfolgte das Vorhaben der Generalsekretäre der Arbeiterpartei der Türkei (TIP), Dr. Nihat Sargin, und der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP), Haydar Kutlu, die am 16. November 1987 aus dem Exil in die Türkei zurückkehrten, um dort die aus dem Zusammenschluß der beiden Parteien hervorgehende Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei (TBKP) zu gründen.

Die beiden Oppositionspolitiker wurden am Flughafen festgenommen und nach 19 tägiger Folter verhaftet. Die Staatsanwaltschaft fordert für die beiden Politiker in der 231 Seiten umfassenden Anklageschrift Freiheitsstrafen von insgesamt 555 Jahren.

Um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Verletzung der Menschenrechte in der Türkei zu ziehen und aktuellste Informationen aus erster Hand über den bevorstehenen Prozeß zu geben, wird der Rechtsanwalt der beiden Politiker, Ersan SANSAL, am 29. April 1988 in Hamburg eine Diskussionsveranstaltung durchführen.

Wir, die Unterzeichner, fordern, daß die Rechte und Freiheiten der beiden Parteiführer sowie aller politischen Gefangenen gewährleistet und sie sofort freigelassen werden. In diesem Zusammenhang möchten wir Sie zu dieser Diskussionsveranstaltung einladen.

Ort : 29. 4. 88 19⁰⁰

Zeit : Philosophenturm Hörsaal A, Uni-Gelände

Kontaktadresse : **Initiative für den Schutz der in die Türkei zurückkehrenden politischen Emigranten**
c/o Tina Lakemeier
Lutterothstr. 50, 2000 Hamburg 20

TÜRKİYE SOSYAL BİLİMLER KÜTÜPHANESİ VAKFI

Hamburg

ABSCHLUSSERKLÄRUNG

Wir, die Teilnehmer des Hearings "Menschenrechte in der Türkei" kamen am 11. Juni 1988 in Hamburg zusammen, um die Menschenrechtssituation in der Türkei zu erörtern. Namhafte und kompetente Persönlichkeiten, Betroffene, Prozeßbeobachter, Ärzte und Juristen nahmen zu folgenden Themen Stellung:

- Folter
- Situation politischer Gefangener
- Politische Prozeße
- Meinungsfreiheit
- Organisationsfreiheit
- Staatsbürgerschaft
- Lage des kurdischen Volkes

Berichterstatter waren:

H. Odendahl, G. Kromschröder, Dr. A. Söylemezoglu, D. Kavukcuoglu, Y. Sargin, K. Baethge, E. Karagöz, C. Rahn, C. Kukielka, Dr. B. Tarakcioglu, Prof. Dr. K. Liebe-Harkort, B. Uyar, Dr. A. Beyik, T. Arinir und B. Onger.

Wir stellen fest,

daß in allen oben genannten Bereichen die Menschenrechte in der Türkei mißachtet werden, insbesondere die Artikel der Menschenrechtskonvention

- Verbot der Folter

Entgegen den Behauptungen der türkischen Regierung und der offiziellen Stellen besteht in der Türkei eine systematische Folterpraxis. Die Folter wird als eine gängige Verhörmethode angewandt. Obwohl bis heute nach offiziellen Quellen 70 Menschen durch Folterverhöre starben, wurde und wird gegen die Schuldigen nur in Ausnahmefällen etwas unternommen. Sie werden im Einzelfall sogar noch befördert, was für sie eine zusätzliche Ermutigung bedeutet.

- Meinungs- und Koalitionsfreiheit

Andersdenkende werden nach Gesetzen verfolgt, die eindeutig schon die politische Meinungsäußerung unter Strafe stellen. Vor allem wurde auf die Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches sowie auf die einschlägigen Bestimmungen der türkischen Verfassung eingegangen.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

In politischen Prozeßen werden hohe Zuchthausstrafen ausgesprochen. Das Recht auf Verteidigung wird beschnitten. Das Recht des Einzelnen wird beschnitten. Zur Zeit befinden sich tausende politische Gefangene in den Gefängnissen. Sie leben unter ständigen Repressalien und sind menschenunwürdigen Bedingungen ausgesetzt.

- Recht auf Staatsbürgerschaft

Politische Emigranten, die, um der Verfolgung zu entgehen, im Ausland Schutz gesucht haben, werden ausgebürgert und ihr Hab und Gut konfisziert.

- Minderheitenschutz

In der Türkei leben ca. 10 Millionen Menschen kurdischer Nationalität. Ihre Existenz wird von staatlicher Seite geleugnet. Sie dürfen weder ihre Sprache sprechen noch ihre nationale Kultur pflegen. Schon das Singen eines kurdischen Liedes und sogar die Erklärung der Existenz des kurdischen Volkes wird schwer bestraft. Im Südosten der Türkei, wo die kurdische Bevölkerung lebt, herrscht der faktische Belagerungszustand. Das kurdische Volk ist der Willkür der Kommandanten und der Behörden ausgeliefert.

Wie viele andere Vorgänge, so beweist der Prozeß gegen die beiden Oppositionspolitiker Dr. N. Sargin und H. Kutlu, der vor drei Tagen in Ankara eröffnet wurde, in allen Punkten unwiderlegbar unsere Feststellungen. Der Staatsanwalt des Staatssicherheitsgerichtes Ankara gibt in der Anklageschrift zu, daß den beiden Generalsekretären keine Gewalttaten vorzuwerfen sind. In der Anklageschrift heißt es ausdrücklich, daß Sargin und Kutlu erstens wegen ihrer kommunistischen Gedanken und Überzeugungen und zweitens wegen ihres Eintretens für die demokratischen Rechte des kurdischen Volkes verurteilt werden sollen. Die Anklageschrift ist ein neuer Beweis für die Tatsache, daß der Prozeß gegen Kutlu und Sargin die Artikel 9, 10 und 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention verletzt. Dieser Prozeß steht auch im Widerspruch zu den bisherigen Erklärungen der türkischen Regierung, in der Türkei demokratische Verhältnisse schaffen zu wollen.

Wir erklären:

Die Menschenrechte können nicht als eine innere Angelegenheit eines je-

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

weiligen Landes angesehen werden. Die Türkei hat sich durch internationale Verträge gegenüber der Weltöffentlichkeit verpflichtet, die Menschenrechte einzuhalten.

Wir fordern von der türkischen Regierung:

- die Todesstrafe abzuschaffen,
- die Folter zu unterbinden und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen,
- die beiden Oppositionspolitiker Dr. N. Sargin und H. Kutlu sowie alle politischen Gefangenen freizulassen, eine Generalamnestie auszurufen sowie den Verbotsprozess gegen die Sozialistische Partei einzustellen,
- die Meinungs- und Koalitionsfreiheit zu gewährleisten und die Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches ersatzlos zu streichen,
- die freiwillige und unbehelligte Rückkehr der politischen Emigranten zu sichern und ausgebürgerte Bürger wieder in die Staatsbürgerschaft aufzunehmen,
- die Unterdrückung des kurdischen Volkes zu beenden und seine nationalen Rechte sowie die Freiheit der Sprache und kulturellen Betätigung zu sichern.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich auf allen Ebenen für die Verwirklichung dieser Forderungen einzusetzen.

Wir rufen die demokratische Öffentlichkeit auf, sich im Sinne aller Menschen einzusetzen für eine

BEENDIGUNG DER MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IN DER TÜRKEI !

Hamburg, den 11. Juni 1988

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Hearings
"Menschenrechte in der Türkei"

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI